

501/A XXI.GP

Eingelangt am: 06.07.2001

Antrag

der Abgeordneten Karlheinz Kopf, Helmut Haigermoser, Dr. Mitterlehner, DI Hofmann und Kollegen
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998, BGBl. I Nr. 103/1998 in der Fassung BGBl. I Nr. 29/2001 geändert wird

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Wirtschaftskammergesetz 1998, BGBl. I Nr.103/1998, in der Fassung BGBl. I Nr.29/2001 wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis lautet wie folgt:

Inhaltsverzeichnis

- 1 .Hauptstück: Wirtschaftskammern und Fachorganisationen
 - § 1 Zweck
 - § 2 Mitgliedschaft
 - § 3 Wirtschaftskammerorganisation
 - § 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder
 - § 5 Sitz
 - § 6 Räumlicher Wirkungsbereich
 - § 7 Eigener und übertragener Wirkungsbereich
 - § 8 Bezeichnung - Wappenführung
 - § 9 Führung der Bezeichnung Kammer
 - § 10 Begutachtungsrecht
 - § 11 entfällt
 - § 12 entfällt
- 2. Hauptstück: Organisation
 - 1 Abschnitt: Allgemeines
 - § 13 Fachliche Gliederung - Spartenordnung
 - § 14 Fachorganisationen
 - § 15 Fachorganisationsordnung
 - § 16 Arbeitsgemeinschaften
 - § 17 Fachliche und sparteneigene Angelegenheiten
 - § 18 Gemeinsame Angelegenheiten
 - 2 Abschnitt: Landeskammern
 - § 19 Eigener Wirkungsbereich
 - § 20 Übertragener Wirkungsbereich
 - § 21 Organe
 - § 22 Präsident
 - § 23 Präsidium
 - § 24 Erweitertes Präsidium
 - § 25 Wirtschaftsparlament
 - § 26 Spartenobmann, Spartenpräsidium und Spartenkonferenz

- § 27 Regionalstellen (Bezirksstellen)
- § 28 Kammerdirektion
- § 29 Direktor
- § 30 entfällt
- 3 Abschnitt: Bundeskammer
- § 31 Eigener Wirkungsbereich
- § 32 Übertragener Wirkungsbereich
- § 33 Organe
- § 34 Präsident
- § 35 Präsidium
- § 36 Erweitertes Präsidium
- § 37 Wirtschaftsparlament
- § 38 Spartenobmann, Spartenpräsidium und Spartenkonferenz
- § 39 Generalsekretariat
- § 40 Generalsekretär
- § 41 entfällt
- § 42 entfällt
- 4. Abschnitt: Fachgruppen
- § 43 Errichtung, Aufgaben und Mitglieder
- § 44 Fachgruppenzuordnung und Entscheidung in strittigen Fällen
- § 45 Organe
- § 46 Berufsgruppenausschüsse
- 5. Abschnitt: Fachverbände
- § 47 Errichtung, Aufgaben und Mitglieder
- § 48 Organe
- § 49 Berufsgruppenausschüsse
- 6. Abschnitt: Funktionäre
- § 50 Rechte und Pflichten
- § 51 Dauer der Funktion
- § 52 Suspendierung
- § 53 Abberufung
- § 54 Misstrauensvotum
- 7. Abschnitt: Personal
- § 55 Allgemeine Bestimmungen
- § 56 Betriebsrat
- § 57 Pensionsfonds
- 8 Abschnitt: Gemeinsame organisatorische Bestimmungen
- § 58 Geschäftsordnung
- § 59 Interessenausgleich
- § 60 Sitzungen
- § 61 Beschlusserfordernisse
- § 62 Stellvertretung
- § 63 Kooptierung
- § 64 Dringlichkeitskompetenz
- § 65 Delegation
- § 65a Übertragung von Aufgaben der Einzelorgane
- § 65b Übertragung von Aufgaben der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft
- § 66 Beharrungsbeschlüsse
- § 67 Übergang der Zuständigkeit
- § 68 Verhältnis zu Behörden und Körperschaften
- § 69 Verschwiegenheitspflicht
- § 70 Auskunftspflicht
- § 71 Statistik
- § 72 Datenschutz
- 3. Hauptstück: Wahlen
- 1 Abschnitt. Allgemeines
- § 73 Wahlen, Wahlrecht und Wählbarkeit
- § 74 Wahlordnung
- § 75 Wahlkataloge

- § 76 Anordnung der Wahlen
- § 77 Wahlkosten
- 2. Abschnitt: Wahlbehörden, Zustellungsbevollmächtigter
- § 78 Hauptwahlkommission
- § 79 Wahlkommissionen
- § 80 Zweigwahlkommissionen
- § 81 Angelobung, Einberufung, Beschlussfassung und Geschäftsführung der Wahlbehörden
- § 82 Funktionsdauer
- § 83 Zustellungsbevollmächtigter
- 3. Abschnitt: Ausschreibung der Wahlen, aktives und passives Wahlrecht
- § 84 Wahlkundmachung
- § 85 Aktives und passives Wahlrecht
- 4. Abschnitt: Fachgruppen und Fachvertretungen
- § 86 Wählerlisten
- § 87 Einspruch gegen die Wählerlisten und Anträge auf Aufnahme in die Wählerlisten
- § 88 Wahlvorschläge
- § 89 Prüfung, Abänderung und Verlautbarung der Wahlvorschläge
- § 90 Wahlkarten
- § 91 Stimmzettel
- § 92 Abstimmungsverfahren
- § 93 Stimmabgabe
- § 94 Gültige Stimmen
- § 95 Vorzugsstimme
- § 96 Organisatorische Maßnahmen nach der Wahl und Stimmenzählung
- § 97 Mandatermittlung und Verlautbarung des Wahlergebnisses
- § 98 Einspruch gegen die Ermittlung und das Wahlergebnis
- § 99 Wahl des Obmannes der Fachgruppe und seiner Stellvertreter sowie der Vorsitzenden der Fachvertreter
- § 100 Wahlen innerhalb einer Funktionsperiode
- 5. Abschnitt: Sparten der Landeskammern
- § 101 Besetzung der Spartenvertretungen
- § 102 Bestellung weiterer Mitglieder der Spartenkonferenz
- § 103 Wahl des Spartenobmannes und seiner Stellvertreter
- 6. Abschnitt: Wirtschaftsparlament, Präsidium und Erweitertes Präsidium der Landeskammer
- § 104 Bestellung weiterer Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes
- § 105 Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten
- § 106 Bestellung weiterer Mitglieder des Erweiterten Präsidiums
- 7. Abschnitt: Fachverbände
- § 107 Besetzung der Fachverbandsausschüsse
- § 108 Wahl des Obmannes des Fachverbandes und seiner Stellvertreter
- 8. Abschnitt: Sparten der Bundeskammer
- § 109 Besetzung der Spartenvertretungen
- § 110 Bestellung weiterer Mitglieder der Spartenkonferenz der Bundeskammer
- § 111 Wahl des Spartenobmannes der Bundeskammer und seiner Stellvertreter
- 9. Abschnitt: Wirtschaftsparlament, Erweitertes Präsidium und Präsidium der Bundeskammer
- § 112 Bestellung weiterer Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes der Bundeskammer
- § 113 Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten der Bundeskammer
- § 114 Bestellung weiterer Mitglieder des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer
- 10. Abschnitt: Nachwahlen und Nachbesetzungen
- § 115 Wahl und Besetzung von Organen und Mitgliedern von Kollegialorganen während der Funktionsperiode
- 11. Abschnitt: Sonstige Wahlen und Bestellungen
- § 116 Wahl der Berufsgruppenausschüsse
- § 117 Bestellung des Kontrollausschusses und Wahl des Obmannes
- § 118 Bestellung der Mitglieder der Regionalstellenausschüsse und Wahl

- des Regionalstellenobmannes
- § 119 Verlautbarung von Wahlangelegenheiten
- § 120 Wahlschutz
- 4. Hauptstück: Finanzen und Kontrolle
 - 1. Abschnitt: Umlagen
 - § 121 Finanzierung
 - § 122 Kammerumlagen
 - § 123 Grundumlagen
 - § 124 entfällt
 - § 125 Gebühren für Sonderleistungen - Gebührenordnung
 - § 126 Vorschreibung und Einhebung der Kammerumlagen
 - § 127 Vorschreibung und Einhebung der Grundumlage und der Gebühren für Sonderleistungen
 - § 128 Feststellung der Umlagenpflicht bei Grundumlagen und bei Gebühren für Sonderleistungen
 - § 129 Umlagenordnung
 - § 130 entfällt
 - 2. Abschnitt: Gebarung und Kontrolle
 - § 131 Gebarungsgrundsätze
 - § 132 Jahresvoranschlag und Rechnungsabschluss
 - § 133 Haushaltsordnung
 - § 134 entfällt
 - § 135 Gebarungskontrolle
- 5. Hauptstück: Aufsicht
 - § 136 Aufsichtsbehörde
 - § 137 Aufsichtsbehördliche Fachgruppenzuordnung
 - § 138 Parteistellung
- 6. Hauptstück: Sonstige und Übergangsbestimmungen
 - 1. Abschnitt: Allgemeines
 - § 139 Schiedsgerichtsbarkeit
 - § 140 Paritätische Ausschüsse
 - § 141 Genehmigung und Verlautbarung von Satzungen
 - § 142 Anpassung betraglicher Regelungen
 - § 143 Sprachliche Gleichbehandlung
 - § 144 Generelle Verweisungsbestimmung
 - § 145 Zustellung, Fristen
 - § 146 Stempel - und Rechtsgebühren
 - 2. Abschnitt: Übergangsbestimmungen
 - § 147 Weiterbestand der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft
 - § 148 Sitz der Kammer Niederösterreich
 - 3. Abschnitt: Weitergeltung von Rechtsvorschriften, Inkrafttreten und Vollziehung
 - § 149 Weitergeltung von Rechtsvorschriften
 - § 150 Inkrafttreten
 - § 151 Vollziehung

Artikel 1

2. §2 lautet:

„Mitgliedschaft

§ 2. (1) Mitglieder der Wirtschaftskammern und Fachorganisationen sind alle physischen und juristischen Personen sowie sonstige Rechtsträger, die Unternehmungen des Gewerbes, des Handwerks, der Industrie, des Bergbaues, des Handels, des Geld - , Kredit - und Versicherungswesens, des Verkehrs, des Nachrichtenverkehrs, des Rundfunks, des Tourismus und der Freizeitwirtschaft sowie sonstiger Dienstleistungen rechtmäßig selbständig betreiben oder zu betreiben berechtigt sind.

(2) Zu den Mitgliedern gemäß Abs. 1 zählen jedenfalls Unternehmungen, die der Gewerbeordnung unterliegen sowie insbesondere solche, die in der Anlage zu diesem Gesetz angeführt sind.

(3) Mitglieder sind auch alle im Firmenbuch eingetragenen Holdinggesellschaften, soweit ihnen zumindest ein Mitglied gemäß Abs. 1 angehört.

(4) Unternehmungen im Sinne der Abs. 1 bis 3 müssen nicht in der Absicht betrieben werden, einen Ertrag oder sonstigen wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen.

(5) Die Mitgliedschaft wird in der Bundeskammer sowie in jenen Landeskammern und Fachorganisationen begründet, in deren Wirkungsbereich eine Betriebsstätte vorhanden ist, die der regelmäßigen Entfaltung von unternehmerischen Tätigkeiten im Sinne des Abs. 1 dient.“

3. § 3 lautet:

„Wirtschaftskammerorganisation

§ 3. (1) Folgende Organisationen der gewerblichen Wirtschaft sind Körperschaften öffentlichen Rechts:

1. die Landeskammern,
2. die Bundeskammer,
3. die Fachgruppen und
4. die Fachverbände.

Die nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften bilden in ihrer Gesamtheit die Wirtschaftskammerorganisation.

(2) Die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft sind selbständige Wirtschaftskörper. Sie haben das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Bundes - und Landesgesetze Vermögen aller Art zu besitzen, zu erwerben und darüber zu verfügen, Leistungen gegen Entgelt auszuführen, wirtschaftliche Unternehmungen zu betreiben und im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes ihren Haushalt selbständig zu führen und Umlagen vorzuschreiben.“

4. § 6 lautet:

„Räumlicher Wirkungsbereich

§ 6. (1) Der räumliche Wirkungsbereich jeder Landeskammer und jeder Fachgruppe erstreckt sich auf das betreffende Bundesland.

(2) Der räumliche Wirkungsbereich der Bundeskammer und jedes Fachverbandes erstreckt sich auf das gesamte Bundesgebiet.

(3) Unbeschadet der Abs. 1 und 2 sind die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft berechtigt, aufgrund von Kooperationsvereinbarungen länderübergreifende Aktivitäten durchzuführen. Die Bundeskammer ist über Kooperationsvereinbarungen, an denen sie nicht beteiligt ist, zu informieren.“

5. §10 lautet:

„Begutachtungsrecht

§ 10. (1) Gesetzesentwürfe sind vor ihrer Einbringung in die gesetzgebende Körperschaft den jeweils zuständigen Kammern unter Einräumung einer angemessenen Frist zur Begutachtung zu übermitteln. Diese Regelung gilt sinngemäß für Verordnungsentwürfe, die Interessen berühren, deren Vertretung den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft zukommt, Staatsverträge und für Vereinbarungen gemäß Art. 15a B - VG.

(2) Die Bundeskammer ist unverzüglich über alle Vorhaben betreffend die Rechtssetzung im Rahmen der Europäischen Union zu unterrichten und ihr insbesondere Gelegenheit zur Stellungnahme zu Entwürfen von Richtlinien, Verordnungen oder Empfehlungen der Europäischen Union binnen angemessener Frist zu geben.

(3) Insoweit Gesetzes - oder Verordnungsentwürfe gemäß Abs. 1 und 2 nur der Bundeskammer zugehen, hat sie die weitere kammerinterne Begutachtung durch die Landeskammern und Bundessparten zu ermöglichen.

(4) Die Landeskammern haben ihr Gutachten an die Bundeskammer zu erstatten, wenn gemäß §§ 31 und 32 deren Zuständigkeit zur Begutachtung gegeben ist. Andernfalls ist das Gutachten unmittelbar abzugeben.

(5) In Fällen besonderer Dringlichkeit ist die Bundeskammer berechtigt, Stellungnahmen unmittelbar abzugeben. Die betroffenen Landeskammern und Bundessparten sind darüber zu informieren.“

6. § 11 entfällt

7. § 12 entfällt

2. Hauptstück Organisation 1. Abschnitt

8. §13 lautet:

„Fachliche Gliederung Spartenordnung

§ 13. (1) Die Bundeskammer und jede Landeskammer gliedern sich in fachlicher Hinsicht in Sparten. Die Spartengliederungen der Bundeskammer und aller Landeskammern haben einander zu entsprechen.

(2) Anzahl, Bezeichnung und Wirkungsbereich der Sparten werden unter Bedachtnahme auf die Anforderungen der Vertretung von Mitgliederinteressen, das Vorliegen gleichartiger Interessen der erfassten Berufszweige, deren wirtschaftliche Bedeutung und Mitgliederanzahl sowie auf die Zusammenarbeit mit internationalen Wirtschaftsverbänden in einer Spartenordnung festgelegt. Die Spartenordnung ist vom Erweiterten Präsidium der Bundeskammer nach Anhörung der Landeskammern zu beschließen.

(3) Ein Beschluss des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer über eine Änderung der Spartengliederung darf nur jeweils zu Beginn einer neuen Funktionsperiode in Kraft treten.“

9. §14 lautet:

„Fachorganisationen

§ 14. (1) Im Bereich jeder Sparte sind Fachorganisationen zur Wahrung und Vertretung der fachlichen Interessen ihrer Mitglieder zu errichten:

1. Fachgruppen im Bereich der Landeskammern und
2. Fachverbände im Bereich der Bundeskammer.

(2) Wenn von der Errichtung oder Aufrechterhaltung einer Fachgruppe abgesehen wird, ist die Vertretung der einschlägigen fachlichen Interessen dem gleichartigen Fachverband übertragen, der sich in dem betreffenden Bundesland eigener Organe (Fachvertreter) zu bedienen hat. Diesen Organen stehen die gleichen Befugnisse zu, wie sie im § 45 Abs. 3 für den Fachgruppenausschuss festgelegt sind. Die Mitglieder des Fachverbandes in einem Bundesland, für die in diesem Bundesland keine Fachgruppe errichtet ist, bilden in ihrer Gesamtheit die Fachvertretung. Für die Fachvertretung gilt § 1 Abs. 2; ihr kommt jedoch keine Rechtspersönlichkeit zu. Die Zahl der Fachvertreter ist im Fachorganisations - Wahlkatalog festzusetzen.“

10. § 15 lautet:

„Fachorganisationsordnung

§ 15. (1) Das Wirtschaftsparlament der Bundeskammer hat nach Anhörung der Landeskammern und der Bundessparten in der Fachorganisationsordnung die Errichtung der Fachverbände und Fachgruppen, insbesondere ihre Zahl und Bezeichnung sowie ihren Wirkungsbereich zu regeln. Hierbei ist insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, dass wirtschaftlich verwandte Berufszweige zusammengefasst werden, eine wirksame Vertretung der Interessen der betreffenden Mitglieder möglich und die Bedeckung des Aufwandes gewährleistet ist.

(2) Innerhalb eines Fachverbandes kann im Bereich einer, mehrerer oder sämtlicher Landeskammern mehr als eine Fachgruppe oder Fachvertretung vorgesehen werden, wenn dies für eine wirksame Interessenvertretung wegen der wirtschaftlichen Bedeutung oder der Mitgliederanzahl der in den Wirkungsbereich des Fachverbandes fallenden Berufszweige zweckmäßig ist.

(3) In der Fachorganisationsordnung ist für den Fall, dass es die Mitgliederzahl oder die wirtschaftliche Lage einzelner Berufszweige erfordert, die Ermächtigung vorzusehen, dass im Bereich jeweils einer Landeskammer Fachvertretungen, die in den Wirkungsbereich mehrerer Fachverbände fallen, zusammengeschlossen werden können. Derartige Zusammenschlüsse können nur nach der Urwahl und innerhalb der gleichen Sparte erfolgen. Sie können ausschließlich zu Beginn einer Funktionsperiode für die Dauer derselben in Kraft treten. Zusammenschlüsse bedürfen übereinstimmender Beschlüsse der betroffenen Fachvertretungen. Nähere Bestimmungen kann die Fachorganisationsordnung treffen.

(4) Die Fachverbände gelten mit dem Inkrafttreten der Fachorganisationsordnung als errichtet.“

11. § 16 lautet:

„Arbeitsgemeinschaften

§ 16. (1) Zur Behandlung von Angelegenheiten, die verschiedene Organisationen der gewerblichen Wirtschaft (Bundeskammer, Landeskammern, Fachverbände, Fachgruppen) gemeinsam berühren, können Arbeitsgemeinschaften errichtet werden.

(2) Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften und die erstmalige Festlegung ihrer Satzung erfolgt aufgrund eines Beschlusses der betreffenden Organisation oder aufgrund übereinstimmender Beschlüsse mehrerer betreffenden Organisationen. Die Satzung der Arbeitsgemeinschaft bedarf der Genehmigung der Bundeskammer, wenn daran sie selbst oder zumindest ein Fachverband, mehrere Landeskammern oder Fachgruppen mehrerer Landeskammern beteiligt sind, sonst der Genehmigung der betreffenden Landeskammer.

(3) Die Arbeitsgemeinschaft hat Rechtspersönlichkeit. Innerhalb ihres satzungsgemäßen Wirkungsbereichs hat sie das Recht, Vermögen zu besitzen, zu erwerben und darüber zu verfügen. Ihr kommt nicht das Recht zu, Umlagen vorzuschreiben.

(4) Die Satzung einer Arbeitsgemeinschaft hat jedenfalls folgende Angaben zu enthalten:

1. den Namen,
2. den Sitz,
3. den Zweck und die Ziele der Arbeitsgemeinschaft,
4. die für die Verwirklichung des Zweckes der Arbeitsgemeinschaft vorgesehenen Tätigkeiten und Einrichtungen,
5. die Organe, deren Bestellung (Wahl), Zuständigkeiten sowie die Erfordernisse einer gültigen Beschlussfassung und
6. die Aufbringung der erforderlichen finanziellen Mittel.

(5) Die Satzung der Arbeitsgemeinschaft hat jedenfalls ein Leitungsorgan und eine Generalversammlung vorzusehen.

(6) Änderungen der Satzung sind vom zuständigen Organ zu beschließen und bedürfen einer Genehmigung gemäß Abs. 2.

(7) Die Satzung einer Arbeitsgemeinschaft kann vorsehen, unter welchen Voraussetzungen Kammermitglieder, sonstige physische und juristische Personen sowie andere Rechtsträger als Mitglieder auf deren Antrag aufgenommen werden können, wenn sie bereit sind, die Ziele der Arbeitsgemeinschaft zu unterstützen.

(8) Arbeitsgemeinschaften sind berechtigt, Anträge an die zuständigen Kammerorgane zu stellen.

(9) Die gemäß Abs. 2 zur Genehmigung der Satzung zuständige Kammer hat die Rechtmäßigkeit der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft zu beaufsichtigen und ist berechtigt, rechtswidrige Beschlüsse ihrer Organe aufzuheben. Für die Gebarung der Arbeitsgemeinschaften gelten die Grundsätze des § 131.“

12. § 17 lautet:

„Fachliche und sparteneigene Angelegenheiten

§ 17. (1) Angelegenheiten, welche die Interessen der Mitglieder nur einer Fachorganisation berühren, sind fachliche Angelegenheiten dieser Fachorganisation. Bei der Beratung und der Beschlussfassung über fachliche Angelegenheiten und in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten sind die Fachorganisationen im Rahmen ihres Wirkungsbereiches selbständig und unabhängig.

(2) Angelegenheiten, welche die Interessen der Mitglieder von mehr als einer Fachorganisation derselben Sparte berühren, sind sparteneigene Angelegenheiten dieser Sparte.

(3) Bei der Vertretung fachlicher und arbeitsrechtlicher Angelegenheiten nach außen durch eine Fachorganisation ist die jeweilige Sparte, bei der Vertretung sparteneigener Angelegenheiten nach außen durch die Sparte ist die jeweilige Kammer zu informieren.

(4) Wenn derselben Sparte angehörige Fachorganisationen für dieselbe Angelegenheit die fachliche Zuständigkeit beanspruchen, hat das betreffende Spartenpräsidium der Bundeskammer nach Anhörung der Landeskammern zu entscheiden, ob es sich um eine fachliche Angelegenheit einer Fachorganisation oder eine sparteneigene Angelegenheit der Sparte handelt.

(5) In allen anderen Zuständigkeitsfragen hat das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer nach Anhörung der Landeskammern zu entscheiden.“

13. § 18 lautet

„Gemeinsame Angelegenheiten

§ 18. (1) Gemeinsame Angelegenheiten sind alle Angelegenheiten, die nicht als fachliche oder sparteneigene Angelegenheiten gelten.

(2) Gemeinsame Angelegenheiten fallen ausschließlich in die Zuständigkeit einer Landeskammer oder der Bundeskammer.

(3) Vor der Beschlussfassung in gemeinsamen Angelegenheiten hat jede Landeskammer den betroffenen Sparten und Fachgruppen, die Bundeskammer den betroffenen Landeskammern und Bundessparten und Fachverbänden Gelegenheit zur Abgabe einer Äußerung zu geben.“

2. Abschnitt Landeskammern

14. § 19 lautet

„Eigener Wirkungsbereich

§ 19. (1) Den Landeskammern obliegen im eigenen Wirkungsbereich insbesondere folgende Aufgaben:

1. die wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, auf die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens hinzuwirken und darauf abzielende Maßnahmen insbesondere auch durch entsprechende Einrichtungen zu fördern,
2. den Behörden und gesetzgebenden Körperschaften ihres Wirkungsbereiches Berichte, Gutachten und Vorschläge über die Anliegen der Mitglieder sowie über alle die Wirtschaft betreffenden Belange zu erstatten,
3. Gutachten zu erstatten über die Errichtung und Organisation von Einrichtungen, welche die Förderung der Wirtschaft oder des ihr dienenden Bildungswesens zum Gegenstand haben sowie diesbezügliche Maßnahmen zu ergreifen und entsprechende Einrichtungen zu schaffen,
4. die Förderung der Wirtschaft, insbesondere auch durch das Anbieten von Aus- und Weiterbildung sowie das Gewähren von allgemeiner, technischer und betriebswirtschaftlicher Wirtschaftsförderung durch entsprechende Einrichtungen, insbesondere durch Wirtschaftsförderungsinstitute,

5. Vertreter in andere Körperschaften und Stellen zu entsenden sowie Besetzungsvorschläge für solche Körperschaften und Stellen zu erstatten,
6. regionale Beziehungen zu ausländischen Interessenvertretungen, Institutionen sowie internationalen Organisationen nach vorheriger Information der Bundeskammer zu pflegen,
7. die Abwicklung von wirtschaftsfördernden EU - Programmen,
8. an den die Wirtschaft betreffenden statistischen Aufnahmen und Erhebungen mitzuwirken sowie Statistiken dieser Art zu führen,
9. die Führung der Verzeichnisse der Mitglieder und
10. im Rahmen der Möglichkeiten die Beratung, Unterstützung und Vertretung ihrer Mitglieder in rechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten,
11. in allen die Gründung und Erweiterung von Unternehmen betreffenden Angelegenheiten zu informieren und Einrichtungen zur Gründungsberatung zu betreiben.

(2) Jeder Landeskammer obliegt weiters insbesondere:

1. die Geschäftsführung der Fachgruppen und die Ausübung der Aufsicht über die Fachgruppen allgemein zu regeln,
2. die Fachgruppen und Arbeitsgemeinschaften, deren Satzung sie zu genehmigen haben, zu beaufsichtigen,
3. die Aufhebung von rechtswidrigen Beschlüssen von Sparten, Fachgruppen, Fachvertretern und Arbeitsgemeinschaften, deren Satzung sie zu genehmigen haben,
4. die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Fachgruppen zu genehmigen und deren Gebarung zu prüfen und
5. die Tätigkeit der im Wirtschaftsparlament vertretenen Wählergruppen zu unterstützen.“

15. § 21 lautet:

„Organe

§ 21. Organe der Landeskammern sind:

1. der Präsident,
 2. das Präsidium,
 3. das Erweiterte Präsidium,
 4. das Wirtschaftsparlament,
- sowie in jeder Sparte
5. der Spartenobmann,
 6. das Spartenpräsidium und
 7. die Spartenkonferenz“

16. § 22 lautet:

„Präsident

§ 22. Der Präsident ist der gesetzliche Vertreter der Landeskammer. Ihm obliegen folgende Aufgaben:

1. die Leitung der Landeskammer,
2. die Überwachung der Geschäftsführung,
3. die Beurkundung und Vollziehung der Beschlüsse der Organe der Landeskammer und die Fertigung der von der Landeskammer ausgehenden Schriftstücke grundsätzlichen Inhalts gemeinsam mit dem Direktor oder dessen Stellvertreter.“

17. § 23 lautet:

„Präsidium

§ 23. (1) Das Präsidium der Landeskammer besteht aus:

1. dem Präsidenten,
2. zwei Vizepräsidenten und
3. den gemäß § 63 kooptierten Mitgliedern.

(2) Das Präsidium hat in Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu entscheiden.“

18. § 24 lautet:

„Erweitertes Präsidium

§ 24. (1) Das Erweiterte Präsidium der Landeskammer besteht aus den

1. Mitgliedern des Präsidiums der Landeskammer,
2. Spartenobmännern,
3. Spartenobmann - Stellvertretern, sofern ihre Beiziehung vom Wirtschaftsparlament beschlossen wird und
4. weiteren Mitgliedern gemäß § 106

(2) Dem Erweiterten Präsidium obliegt die strategische Führung und Steuerung aller im Bereich der Landeskammer gebildeten Organisationen der gewerblichen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit. Dabei ist auf die Funktion der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft als Selbstverwaltungskörper sowie die Selbständigkeit und Unabhängigkeit in fachlichen und sparteneigenen Angelegenheiten sowie Beschlüsse des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer gemäß § 36 Abs. 2 Bedacht zu nehmen. Dem Erweiterten Präsidium obliegt die Beschlussfassung in allen Angelegenheiten, die keinem anderen Organ der Landeskammer zugewiesen sind. Dem Erweiterten Präsidium obliegt insbesondere die Beschlussfassung in folgenden Angelegenheiten:

1. Erlassung der Geschäftsordnung und Genehmigung der Geschäftsordnung der Fachgruppen,
2. generelle Regelung der Fachgruppenzuordnung der Inhaber von Berechtigungen für das fachlich unbeschränkte Handels - und Handelsagentengewerbe sowie für verbundene Gewerbe,
3. Erlassung der Gebührenordnung,
4. Erlassung der Umlagenordnung,
5. Genehmigung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Fachgruppen,
6. Bestellung von Ausschüssen zur Beratung in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches,
7. Errichtung der Regionalstellen, Festsetzung der Anzahl und Bestellung der Mitglieder der Regionalstellenausschüsse und
8. Errichtung eines Schiedsgerichts

(3) In Ausübung des Aufsichtsrechtes der Landeskammer obliegt dem Erweiterten Präsidium insbesondere die Aufhebung von rechtswidrigen Beschlüssen von Sparten und Fachgruppen sowie der Fachvertreter.“

19. § 25 lautet:

„Wirtschaftsparlament

§ 25. (1) Das Wirtschaftsparlament der Landeskammer besteht aus den

1. Mitgliedern des Präsidiums,
2. Mitgliedern der Spartenvertretungen und
3. weiteren Mitgliedern gemäß § 104.

(2) In die Zuständigkeit des Wirtschaftsparlaments fallen:

1. grundsätzliche Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Landeskammer,
2. Beschlussfassung über die Beiziehung der Spartensprecher - Stellvertreter im Erweiterten Präsidium
3. Beschlussfassung über den Voranschlag und Rechnungsabschluss
4. Beschlussfassung über die Kammerumlagen,
5. Angelegenheiten, die eine über den eigenen Voranschlag oder die genehmigten Voranschläge hinausgehende Belastung des Haushalts nach sich ziehen, sofern hierfür nicht ein anderes Organ zuständig ist,
6. Beschlussfassung über die Errichtung von Fachgruppen und den Widerruf der Errichtung,
7. sonstige von den Organen der Bundeskammer dem Wirtschaftsparlament zur Behandlung zugewiesene Angelegenheiten und
8. weitere dem Wirtschaftsparlament von diesem Bundesgesetz zugewiesene Aufgaben.

(3) Vorschläge und Anträge von Kammermitgliedern sind im Wirtschaftsparlament zu behandeln, wenn sie von mindestens 200 Mitgliedern unterstützt werden.“

20. § 26 lautet:

„Spartenobmann, Spartenpräsidium und Spartenkonferenz

§ 26. (1) Dem Spartenobmann obliegen folgende Aufgaben:

1. die Leitung der Sparte,
2. die Überwachung der Geschäftsführung,
3. die Beurkundung und Vollziehung der Beschlüsse der Organe der Sparte und die Fertigung der von der Sparte ausgehenden Schriftstücke grundsätzlichen Inhalts gemeinsam mit dem Leiter der Spartengeschäftsstelle.

(2) Das Präsidium der Sparte besteht aus

1. dem Spartenobmann,
2. zwei Spartenobmann - Stellvertretern und
3. den gemäß § 63 kooptierten Mitgliedern.

(3) Das Spartenpräsidium hat in Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu entscheiden.

(4) Die Spartenkonferenz besteht aus dem (den):

1. Spartenpräsidium,
2. Obmännern der Fachgruppen und Vorsitzenden der Fachvertreter der Sparte,
3. Mitgliedern der Spartenvertretungen gemäß § 101 und
4. weiteren Mitgliedern gemäß § 102.

(5) Die Spartenkonferenz ist zur Behandlung grundsätzlicher sparteneigener Angelegenheiten berufen.“

21. § 27 lautet:

„Regionalstellen (Bezirksstellen)

§ 27. (1) Das Erweiterte Präsidium der Landeskammer ist berechtigt, Regionalstellen einzurichten.

(2) Die Regionalstellen haben im Rahmen der ihnen durch die Geschäftsordnung zugewiesenen Aufgaben auf regionaler Ebene die Interessen der gewerblichen Wirtschaft wahrzunehmen und das Leistungsangebot der Landeskammer umzusetzen.

(3) Organe der Regionalstellen sind der Regionalstellenobmann und der Regionalstellenausschuss, der vom Erweiterten Präsidium der Landeskammer bestellt wird. Die Zahl der Ausschussmitglieder ist vom Erweiterten Präsidium unter Bedachtnahme auf die Zahl der Kammermitglieder im Bezirk und die Bedeutung der Wirtschaft in diesem Bereich festzulegen

(4) Der Regionalstellenausschuss wählt aus seiner Mitte den Regionalstellenobmann. Der Regionalstellenobmann gehört dem Wirtschaftsparlament der Landeskammer mit beratender Stimme an.“

22. § 29 lautet:

„Direktor

§ 29. (1) Der Direktor leitet die Kammerdirektion nach Maßgabe der Beschlüsse der Organe der Landeskammer und führt die laufenden Geschäfte.

(2) Der Direktor und seine Stellvertreter werden über Vorschlag des Präsidenten vom Präsidium der Landeskammer bestellt. Die Bestellung bedarf der Bestätigung des Präsidiums der Bundeskammer. Der Direktor und seine Stellvertreter müssen über jenes Maß an Fachwissen und Erfahrung verfügen, das die einwandfreie Erfüllung ihrer Aufgaben gewährleistet.

(3) Der Wirkungsbereich der Direktor - Stellvertreter wird durch das Präsidium im Einvernehmen mit dem Direktor bestimmt. Einzelne Organisationseinheiten oder Aufgabenbereiche der Kammerdirektion können der ausschließlichen Leitung und Verantwortung eines Stellvertreters übertragen werden.

(4) Der Direktor oder seine Stellvertreter zeichnen gemeinsam mit dem Präsidenten nach Maßgabe des § 22 die Ausfertigungen der Landeskammer und allein insbesondere jene Ausfertigungen der Kammerdirektion, welche die im § 28 Abs. 3 angeführten Angelegenheiten betreffen.

(5) Der Direktor oder seine Stellvertreter sind berechtigt, im Interesse einer raschen und zweckmäßigen Geschäftsführung bestimmte Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches an Mitarbeiter zur Besorgung und Erledigung zu übertragen.“

23. § 30 entfällt

3. Abschnitt Bundeskammer

24. § 31 lautet:

„Eigener Wirkungsbereich

§ 31. (1) Der Bundeskammer obliegen im eigenen Wirkungsbereich die im § 19 Abs. 1 angeführten Aufgaben, soweit sie über den Zuständigkeitsbereich einer Landeskammer hinausreichen.

(2) Die Bundeskammer ist berufen, Berichte, Gutachten und Vorschläge nach Anhörung aller Landeskammern und der betroffenen Bundessparten in allen die Wirtschaft betreffenden Belangen zu erstatten.

(3) Der Bundeskammer obliegt weiters insbesondere:

1. die Beratung und Information der Mitglieder in außenwirtschaftlichen Angelegenheiten im In - und Ausland sowie die Förderung des Außenhandels und der Wirtschaftsbeziehungen im Binnenmarkt und mit Drittstaaten insbesondere durch die Einrichtung einer Außenwirtschaftsorganisation,
2. die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder in und gegenüber der Europäischen Union, internationalen Organisationen und Vereinigungen,
3. die Pflege der Beziehungen zu ausländischen Interessenvertretungen,
4. die Errichtung eines Ständigen Internationalen Schiedsgerichts,
5. die Geschäftsführung der nach diesem Bundesgesetz gebildeten Körperschaften und die Ausübung der Aufsicht über diese Körperschaften allgemein zu regeln,
6. die nach diesem Bundesgesetz gebildeten Körperschaften, unbeschadet der anderen Organen zustehenden Rechte, zu beaufsichtigen,
7. die Aufhebung von rechtswidrigen Beschlüssen von Landeskammern, Bundessparten, Fachverbänden und Arbeitsgemeinschaften, deren Satzung sie zu genehmigen hat,
8. die Dienstverhältnisse der Mitarbeiter einschließlich der diesbezüglichen haushaltsmäßigen Erfordernisse der nach diesem Bundesgesetz gebildeten Körperschaften nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln,
9. die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Landeskammern und Fachverbände zu genehmigen sowie deren Gebarung zu prüfen und
10. die Tätigkeit der im Wirtschaftsparlament vertretenen Wählergruppen zu unterstützen.

(4) In Fällen besonderer Dringlichkeit ist die Bundeskammer berechtigt, Berichte, Gutachten und Vorschläge gemäß Abs. 2 unmittelbar abzugeben. Die betroffenen Landeskammern und Bundessparten sind jedoch darüber zu informieren.“

25. § 32 lautet:

„Übertragener Wirkungsbereich

§ 32. (1) Der Bundeskammer obliegt im übertragenen Wirkungsbereich, an der staatlichen Verwaltung in den durch besondere Rechtsvorschriften vorgesehenen Fällen mitzuwirken und im Auftrag internationaler Organisationen tätig zu werden.“

26. § 33 lautet:

„Organe

§ 33. Die Organe der Bundeskammer sind:

1. der Präsident,
2. das Präsidium,
3. das Erweiterte Präsidium,
4. das Wirtschaftsparlament,
5. der Kontrollausschuss

sowie in jeder Sparte

6. der Spartenobmann,
7. das Spartenpräsidium und
8. die Spartenkonferenz.“

27. § 34 lautet:

„Präsident

§ 34. Der Präsident ist der gesetzliche Vertreter der Bundeskammer. Ihm obliegen folgende Aufgaben:

1. die Leitung der Bundeskammer,
2. die Überwachung der Geschäftsführung,
3. die Beurkundung und Vollziehung der Beschlüsse der Organe der Bundeskammer und die Fertigung der von der Bundeskammer ausgehenden Schriftstücke grundsätzlichen Inhalts gemeinsam mit dem Generalsekretär oder dessen Stellvertreter.“

28. § 35 lautet:

„Präsidium

§ 35. (1) Das Präsidium der Bundeskammer besteht aus:

1. dem Präsidenten,
2. zwei Vizepräsidenten und
3. den gemäß § 63 kooptierten Mitgliedern.

(2) Das Präsidium hat in Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu entscheiden.“

29. § 36 lautet:

„Erweitertes Präsidium

§ 36. (1) Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer besteht aus den

1. Mitgliedern des Präsidiums der Bundeskammer,
2. Präsidenten der Landeskammern
3. Spartenobmännern der Bundessparten und
4. weiteren Mitgliedern gemäß § 114

(2) Dem Erweiterten Präsidium obliegt die strategische Führung und Steuerung aller nach diesem Bundesgesetz gebildeten Organisationen der gewerblichen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit. Dabei ist auf die Funktion der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft als Selbstverwaltungskörper sowie die Selbständigkeit und Unabhängigkeit in

fachlichen, sparteneigenen und länderspezifischen gemeinsamen Angelegenheiten Bedacht zu nehmen. Dem Erweiterten Präsidium obliegt darüber hinaus die Beschlussfassung in allen Angelegenheiten, die keinem anderen Organ der Bundeskammer zugewiesen sind.

(3) Neben den sonstigen durch dieses Bundesgesetz dem Erweiterten Präsidium zugewiesenen Aufgaben obliegt ihm die Beschlussfassung in folgenden Angelegenheiten:

1. Erlassung der Spartenordnung,
2. Erlassung der Dienstordnung,
3. Erlassung der Geschäftsordnung,
4. Erlassung der Pensionsfondsordnung,
5. Erlassung der Umlagenordnung,
6. Erlassung der Haushaltsordnung,
7. Beschlussfassung in Personalangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung,
8. Beschlussfassung über die Kammerumlagen,
9. Genehmigung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Fachverbände,
10. Erlassung der Gebührenordnung,
11. Erlassung der Schiedsgerichtsordnung und
12. Errichtung eines Schiedsgerichts gemäß § 139 Abs. 2.

(4) Die Beschlüsse des Erweiterten Präsidiums bedürfen der Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen. In Angelegenheiten der Abs. 2 und 3 Z 1 bis 7 und Z 8 hinsichtlich des Anteils der Landeskammern an der Umlage gemäß § 122 Abs. 1 und 2 ist zudem die Zustimmung von zwei Drittel der Präsidenten der Landeskammern erforderlich.

(5) In Ausübung des Aufsichtsrechtes der Bundeskammer obliegt dem Erweiterten Präsidium die Aufhebung von rechtswidrigen Beschlüssen von Landeskammern, Bundessparten und Fachverbänden.“

30. § 37 lautet:

„Wirtschaftsparlament

§ 37. (1) Das Wirtschaftsparlament der Bundeskammer besteht aus den

1. Mitgliedern des Präsidiums der Bundeskammer,
2. Präsidenten der Landeskammern,
3. Mitgliedern der Spartenvertretungen der Bundeskammer und
4. weiteren Mitgliedern gemäß § 112.

(2) In die Zuständigkeit des Wirtschaftsparlamentes fallen:

1. grundsätzliche Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Bundeskammer,
2. Erlassung der Kontrollausschussordnung,
3. Erlassung der Wahlordnung,
4. Erlassung der Fachorganisationsordnung,
5. Beschlussfassung über den Voranschlag und Rechnungsabschluss,
6. die Angelegenheiten, die eine über den Voranschlag hinausgehende Belastung des Haushalts der Bundeskammer nach sich ziehen, sofern hierfür kein anderes Organ zuständig sind,
7. Bestellung der Mitglieder des Kontrollausschusses und
8. weitere dem Wirtschaftsparlament von diesem Bundesgesetz zugewiesene Aufgaben.“

31. § 38 lautet:

„Spartenobmann, Spartenpräsidium und Spartenkonferenz

§ 38. (1) Dem Spartenobmann obliegen folgende Aufgaben:

1. die Leitung der Sparte,
2. die Überwachung der Geschäftsführung,
3. die Beurkundung und Vollziehung der Beschlüsse der Organe der Sparte und die Fertigung der von der Sparte ausgehenden Schriftstücke grundsätzlichen Inhalts gemeinsam mit dem Leiter der Spartengeschäftsstelle.

(2) Das Präsidium der Sparte besteht aus

1. dem Spartenobmann,
2. zwei Spartenobmann - Stellvertretern und
3. den gemäß § 63 kooptierten Mitgliedern.

(3) Das Spartenpräsidium hat in Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu entscheiden.

(4) Die Spartenkonferenz besteht aus dem (den):

1. Spartenpräsidium,
2. Obmännern der Fachverbände der Sparte,
3. Obmännern der betreffenden Landessparten,
4. Mitgliedern der Spartenvertretung gemäß § 109 und
5. weiteren Mitgliedern gemäß § 110

(5) Die Spartenkonferenz ist zur Behandlung grundsätzlicher sparteneigener Angelegenheiten berufen.“

32. § 40 lautet:

„Generalsekretär

§ 40. (1) Der Generalsekretär leitet das Generalsekretariat nach Maßgabe der Beschlüsse der Organe der Bundeskammer und führt die laufenden Geschäfte.

(2) Der Generalsekretär und seine Stellvertreter werden über Vorschlag des Präsidenten durch das Präsidium der Bundeskammer bestellt. Sie müssen über jenes Maß an Fachwissen und Erfahrungen verfügen, das die einwandfreie Erfüllung ihrer Aufgaben gewährleistet.

(3) Der Wirkungsbereich der Generalsekretär - Stellvertreter wird durch das Präsidium im Einvernehmen mit dem Generalsekretär bestimmt. Einzelne Organisationseinheiten oder Aufgabenbereiche des Generalsekretariats können der ausschließlichen Leitung und Verantwortung eines Stellvertreters übertragen werden.

(4) Der Generalsekretär und die Generalsekretär - Stellvertreter zeichnen im Rahmen ihres Wirkungsbereiches gemeinsam mit dem Präsidenten gemäß § 34 Abs. 2 die Ausfertigungen des Generalsekretariats. Insbesondere jene Ausfertigungen, welche die im § 39 Abs. 3 angeführte Angelegenheiten betreffen, zeichnen sie jeweils allein.

(5) Der Generalsekretär und seine Stellvertreter sind berechtigt, im Interesse einer raschen und zweckmäßigen Geschäftsführung bestimmte Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches an Mitarbeiter zur Besorgung und Erledigung zu übertragen.“

33. § 41 entfällt

34. § 42 entfällt

4. Abschnitt Fachgruppen

35. § 43 lautet:

„Errichtung, Aufgaben und Mitglieder

§ 43. (1) Die Landeskammern sind nach Maßgabe der Fachorganisationsordnung berechtigt, Fachgruppen zu errichten, wenn es die wirtschaftliche Bedeutung des Berufszweiges erfordert und die Bedeckung des Aufwandes gewährleistet ist. Der Beschluss über die Errichtung bedarf der Bestätigung durch das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer. Dasselbe gilt für den Widerruf eines Beschlusses auf Errichtung einer Fachgruppe. Derartige Beschlüsse sind in einem Anhang zur Fachorganisationsordnung aufzunehmen.

(2) Wenn keine Fachgruppe errichtet wurde, ist die Vertretung der einschlägigen fachlichen Interessen dem gleichartigen Fachverband übertragen. Dieser hat sich in dem betreffenden Bundesland eigener Organe, der Fachvertreter, zu bedienen.

(3) Die Fachgruppen haben im eigenen Wirkungsbereich die fachlichen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Als fachliche Angelegenheiten gelten insbesondere:

1. die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Angelegenheiten der Mitglieder, die Stärkung des Gemeinschaftsgeistes und des Ansehens in der Gesellschaft,
 2. die Sicherung der Chancengleichheit der Mitglieder im Wettbewerb, insbesondere die Beseitigung oder Verhütung von Gewohnheiten, Gebräuchen und Neuerungen, welche dem lauterem und leistungsgerechten Wettbewerb unter den Mitgliedern im Wege stehen,
 3. die Förderung von Kooperationen und Gemeinschaftsaktivitäten, insbesondere der Errichtung von Erwerbs - und Wirtschaftsgenossenschaften, sowie die Entwicklung von markt - und zukunftsorientierten Branchenkonzepten,
 4. die Förderung des öffentlichen und privaten Unterrichtswesens im Interesse der Mitglieder, die Förderung der Aus - und Weiterbildung der Mitglieder und ihrer Mitarbeiter, die Förderung der Berufsausbildung, insbesondere des Lehrlingswesens, sowie die Unterstützung des einschlägigen Prüfungswesens und die Abhaltung von Befähigungsprüfungen, sofern hiefür nicht andere Stellen zuständig sind,
 5. die den Fachgruppen durch Gesetz oder sonstige Vorschriften eingeräumte Mitwirkung an der Gewerbe - und Wirtschaftsverwaltung, insbesondere die Ausübung der Begutachtungsrechte nach der Gewerbeordnung, sowie die Mitwirkung in Berufsausbildungsangelegenheiten,
 6. die Führung von Mitgliederdateien und Statistiken, sofern sie nicht von der Landeskammer zentral geführt werden,
 7. der Abschluss von Kollektivverträgen,
 8. die Werbung und Öffentlichkeitsarbeit und
 9. die Beratung und Information der Mitglieder.
- (4) § 20 Abs. 1 gilt für Fachgruppen sinngemäß.

(5) Die Mitgliedschaft zu einer Fachgruppe wird durch die Fachorganisationsordnung bestimmt.“

36. § 44 lautet:

„Fachgruppenzuordnung und Entscheidung in strittigen Fällen

§ 44. (1) Die Zuordnung eines Unternehmens gemäß § 2 zu einer oder mehreren Fachgruppe(n) erfolgt durch die Landeskammer durch die Eintragung in das Mitgliederverzeichnis.

(2) Die Mitgliedschaft zu einer Fachgruppe ist unabhängig von der Zahl der zustehenden Berechtigungen, weiters davon, ob und in welchem Umfang diese Berechtigungen ausgeübt werden. Sie endet mit dem Wegfall der letzten sie begründenden Berechtigung.

(3) Welchen Fachgruppen (welcher Fachgruppe) die Inhaber von Berechtigungen für das fachlich unbeschränkte Handels- und Handelsagentengewerbe anzugehören haben, bestimmt der Obmann der örtlich und sachlich zuständigen Landessparte in Anwendung der vom Erweiterten Präsidium der Landeskammer getroffenen generellen Regelung.

(4) Welchen Fachgruppen (welcher Fachgruppe) die Inhaber von verbundenen Gewerben anzugehören haben, bestimmt der Obmann der betreffenden Sparte, wenn verschiedene Sparten betroffen sind, der Präsident der örtlich zuständigen Landeskammer. Das Erweiterte Präsidium der Landeskammer hat hierfür unter Berücksichtigung der Schwerpunkte der ausgeübten Geschäftstätigkeit eine generelle Regelung zu treffen.

(5) Die Zugehörigkeit zu den Fachgruppen der Industrie bestimmt sich nach der Ausübung in der Form eines Industriebetriebes. Die Spartenordnung kann auf der Grundlage des § 7 der Gewerbeordnung 1994 nähere Grundsätze für die Zuordnung von Unternehmungen zu den betreffenden Sparten festlegen.

(6) Abweichend von Abs. 5 kann in der Spartenordnung vorgesehen werden, dass Unternehmungen bestimmter Berufszweige unabhängig von ihrer Ausübungsform einer bestimmten Sparte zugeordnet werden, wenn dies wegen einheitlicher Betreuungsinteressen erforderlich ist.

(7) Wird von einer nach diesem Bundesgesetz gebildeten Körperschaft öffentlichen Rechts oder einer Bundes- oder Landessparte die von der Kammerdirektion gemäß Abs. 1 vorgenommene Eintragung eines Mitgliedes bestritten, hat das Präsidium der Landeskammer nach Anhörung der betroffenen Sparte aufgrund eines diesbezüglichen Antrages darüber zu entscheiden, welcher Fachgruppe oder welchem Fachverband das Mitglied angehört.

(8) Einen Antrag gemäß Abs. 7 kann auch das unmittelbar betroffene Mitglied selbst stellen.

(9) Gegen die Entscheidung des Präsidiums gemäß Abs. 7 und 8 steht den betroffenen Organisationen und Mitgliedern innerhalb von vier Wochen die Berufung an das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer offen.

(10) Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer hat über Antrag der betroffenen Organisationen und Mitglieder auch dann zu entscheiden, wenn die Entscheidung des Präsidiums der Landeskammer gemäß Abs. 7 oder 8 nicht binnen sechs Monaten erfolgt.

(11) Auf das Verfahren gemäß der Absätze 7 bis 10 sind die Vorschriften des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, sinngemäß anzuwenden.

(12) Die Rechtswirkungen von Entscheidungen gemäß Abs. 7 bis 10, mit welchen die Fachgruppenzugehörigkeit eines Mitgliedes geändert wird, treten mit Beginn des auf die Rechtskraft der Entscheidung folgenden Jahres ein.“

37. § 45 lautet:

„Organe

§ 45. (1) Organe der Fachgruppe sind:

1. der Obmann,
2. der Ausschuss und
3. die Fachgruppentagung.

(2) Die Bestimmung des § 22 gilt sinngemäß für den Obmann.

(3) Dem Ausschuss obliegt die Beschlussfassung in allen Angelegenheiten, die nicht in die Zuständigkeit der Fachgruppentagung oder des Obmannes fallen.

(4) Die Fachgruppentagung besteht aus allen Mitgliedern der Fachgruppe.

(5) Folgende Angelegenheiten fallen in die Zuständigkeit der Fachgruppentagung:

1. grundsätzliche Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Fachgruppe,
2. Erlassung der Geschäftsordnung nach Maßgabe des § 58 Abs. 3,
3. Beschlussfassung über Grundumlage und über Gebühren für Sonderleistungen,
4. Beschlussfassung über den Voranschlag und Rechnungsabschluss,
5. Angelegenheiten, die eine über den Voranschlag hinausgehende Belastung des Haushalts nach sich ziehen, sofern hierfür nicht der Obmann oder der Fachgruppenausschuss zuständig ist und
6. Errichtung und Förderung von Wohlfahrts - und Unterstützungseinrichtungen.“

38. § 46 lautet:

„Berufsgruppenausschüsse

§ 46. (1) Die Fachgruppen sind berechtigt Berufsgruppenausschüsse zu errichten, wenn dies zur Vertretung der Interessen der betreffenden Berufszweige zweckmäßig ist. Die Errichtung hat durch Beschluss des Fachgruppenausschusses zu erfolgen. Dieser hat unter Bedachtnahme auf die Zahl der der Berufsgruppe angehörnden Mitglieder und die wirtschaftliche Bedeutung der Berufsgruppe die Zahl der Mitglieder des Berufsgruppenausschusses festzulegen. Die Berufsgruppenausschüsse sind berechtigt, über die ihren fachlichen Wirkungsbereich betreffenden Angelegenheiten selbständig Beratungen abzuhalten und Beschlüsse zu fassen. Diese Beschlüsse gelten als Anträge an das zur Entscheidung berufene Organ der Fachgruppe.“

5. Abschnitt Fachverbände

39. § 47 lautet:

„Errichtung, Aufgaben und Mitglieder

§ 47. (1) Die Fachverbände haben im eigenen Wirkungsbereich die fachlichen Interessen der Mitglieder der gleichartigen Fachgruppen und Fachvertretungen zu

vertreten. In fachlichen Angelegenheiten sind die Fachverbände berechtigt, nach Information der Bundeskammer, die im Wege der zuständigen Bundessparte zu erfolgen hat, selbständig Anträge an staatliche Organe und an internationale Organisationen zu stellen. Zu den von den Fachverbänden wahrzunehmenden fachlichen Angelegenheiten gehört auch die Pflege der Beziehungen zu entsprechenden ausländischen Interessenvertretungen. Die Bestimmung des § 43 Abs. 3 und 4 betreffend den Wirkungsbereich der Fachgruppen gilt sinngemäß auch für die Fachverbände.

(2) Eine Berechtigung, welche die Kammermitgliedschaft begründet, führt zu einer Mitgliedschaft bei einem Fachverband oder zur Mitgliedschaft bei mehreren Fachverbänden.

(3) Die Fachverbände gelten mit dem Inkrafttreten der Fachorganisationsordnung als errichtet.“

40. § 48 lautet:

„Organe

§ 48. (1) Organe des Fachverbandes sind:

1. der Obmann und
2. der Ausschuss.

(2) Für den Obmann gilt die Bestimmung des § 22 sinngemäß.

(3) Dem Ausschuss obliegt die Beschlussfassung in allen Angelegenheiten, die nicht in die Zuständigkeit des Obmannes fallen. Hiezu gehören insbesondere:

1. grundsätzliche Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches des Fachverbandes,
2. Erlassung der Geschäftsordnung nach Maßgabe des § 58 Abs. 3,
3. Beschlussfassung über die Gebühren für Sonderleistungen,
4. Beschlussfassung über den Voranschlag und Rechnungsabschluss und
5. Angelegenheiten, die eine über den Voranschlag hinausgehende Belastung des Haushalts nach sich ziehen, sofern hiefür nicht der Obmann zuständig ist.“

6. Abschnitt Funktionäre

41. § 50 lautet:

„Rechte und Pflichten

§ 50. (1) Die Funktionäre üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich und ohne Bindung an einen Auftrag aus.

(2) Die Funktionäre sind verpflichtet, sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben den Zielsetzungen der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft entsprechend zu verhalten, an den Sitzungen der Organe teilzunehmen und die Verschwiegenheitspflicht gemäß § 69 zu beachten. Einzelorgane sind verpflichtet, für die Einhaltung der rechtlichen Vorschriften sowie für die Umsetzung der Beschlüsse der Organe ihrer Wirkungsbereiche Sorge zu tragen.

(3) Die den Funktionären bei der Ausübung ihrer Tätigkeit erwachsenden Auslagen sind in der Art und dem Ausmaß zu vergüten, wie es das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer festzulegen hat.

(4) Aufwandsentschädigungen als pauschalierter Auslagenersatz und Funktionsentschädigungen können nur Funktionären mit erheblicher Inanspruchnahme durch die Funktion gewährt werden. Aufwandsentschädigungen und Funktionsentschädigungen gebühren zwölfmal pro Jahr. Abfertigungen und Ruhe - oder Versorgungsgenüsse dürfen nicht gewährt werden. Die nähere Regelung hat das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer unter Berücksichtigung des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, zu treffen.

(5) Alle Mitglieder der Wirtschaftsparlamente sind berechtigt, während der Dauer ihrer Funktion den Titel Delegierter zum Wirtschaftsparlament zu führen. Die unbefugte Führung dieses Titels ist als Verwaltungsübertretung strafbar.“

42. § 54 lautet:

„Misstrauensvotum

§ 54. (1) Jedem gewählten Einzelorgan kann vom Kollegialorgan, das es gewählt hat, das Misstrauen ausgesprochen werden. Damit endet die Funktion des Einzelorgans.

(2) Ein Antrag auf Abberufung kann von jedem Mitglied des Kollegialorgans gestellt werden. Der Antrag ist schriftlich einzubringen und zu begründen. Die Sitzung des zuständigen Kollegialorgans ist unverzüglich, spätestens jedoch einen Monat nach Einlangen des Antrags einzuberufen. Die Abstimmung hat frühestens zwei und spätestens vier Monate nach Einlangen des Antrags stattzufinden. Für die Abstimmung ist die Anwesenheit von drei Viertel der Mitglieder und eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmen bei der Abstimmung über den Antrag so viele Mitglieder des Kollegialorgans dagegen wie der einfachen Mehrheit der Mitglieder jener Wählergruppe entspricht, welcher das Einzelorgan angehört, ist der Antrag abgelehnt.“

7. Abschnitt Personal

43. § 55 lautet:

„Allgemeine Bestimmungen

§ 55. (1) Das gesamte Personal der nach diesem Bundesgesetz errichteten Organisationen der gewerblichen Wirtschaft bildet einen einheitlichen Körper.

(2) Soweit sich aus Abs. 3 nichts anderes ergibt, unterstehen die Mitarbeiter in dienstrechtlicher und fachlicher Hinsicht dem Präsidenten der jeweiligen Wirtschaftskammer. Mitarbeiter, welche im Bereich von Sparten oder Fachverbänden (Fachgruppen) beschäftigt sind, unterstehen in fachlicher Hinsicht jedoch dem jeweiligen Einzelorgan.

(3) Die näheren dienstrechtlichen Bestimmungen einschließlich der Anstellungserfordernisse sowie der gehalts - und pensionsrechtlichen Bestimmungen werden in der Dienstordnung geregelt. Die Dienstordnung ist vom Erweiterten Präsidium der Bundeskammer zu beschließen.

(4) Bei Entscheidungen des Präsidenten der Bundeskammer, welche einzelne Mitarbeiter betreffen, die bei Fachverbänden oder Sparten der Bundeskammer verwendet

werden, ist das Einvernehmen mit dem leitenden Organ dieser Körperschaft oder Dienststelle anzustreben.“

44. § 56 lautet:

„Betriebsrat

§ 56. (1) Die Gesamtheit der nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften bildet eine wirtschaftliche Einheit im Sinne des § 40 Abs. 4 Arbeitsverfassungsgesetz 1974, BGBl. Nr. 22/1974.

(2) Die Bundeskammer gilt hinsichtlich des gesamten in ihrem Bereich, einschließlich der Fachverbände, beschäftigten Personals als Betrieb im Sinne des § 34 Arbeitsverfassungsgesetz. Dasselbe gilt für jede Landeskammer hinsichtlich des gesamten in ihrem Bereich, einschließlich der Fachgruppen, beschäftigten Personals.

(3) Das Wirtschaftsparlament jeder Landeskammer kann für die Dauer der jeweiligen Funktionsperiode die Beiziehung eines Vertreters des Betriebsrates, das Wirtschaftsparlament und das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer die Beiziehung eines Vertreters des Betriebsrates und eines Vertreters des Zentralbetriebsrates beschließen. Die näheren Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich der Rechte des Zentralbetriebsrates in Angelegenheiten des § 36 Abs. 3 Z 2, 4 und 7, hat die Geschäftsordnung zu treffen.“

45. § 57 lautet:

„Pensionsfonds

§ 57. (1) Bei der Bundeskammer ist für das pensionsberechtigte Personal der nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften ein mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteter Pensionsfonds zu bilden.

(2) Nähere Bestimmungen werden durch die vom Erweiterten Präsidium zu beschließende Pensionsfondsordnung erlassen. In dieser ist insbesondere vorzusehen, dass das Vermögen des Fonds in jeweils eigenen Rechnungskreisen für jede Kammer einschließlich ihrer Fachorganisationen getrennt darzustellen ist und dass die in einem Rechnungskreis zusammengefassten Mittel ausschließlich zur Befriedigung der Ansprüche des pensionsberechtigten Personals der betreffenden Kammer einschließlich ihrer Fachorganisationen verwendet werden dürfen.

(3) Die durch die Erträge (Ertragsanteile) des Pensionsfonds nicht gedeckten Pensionsansprüche der bei den einzelnen Organisationen der gewerblichen Wirtschaft beschäftigt gewesenen Arbeitnehmer sind aus den laufenden Haushalten dieser Körperschaften zu bedecken.

(4) Nach Maßgabe eines Beschlusses des Erweiterten Präsidiums der betreffenden Kammer kann jede der nach diesem Bundesgesetz errichteten Organisationen der gewerblichen Wirtschaft zur Erfüllung der Verpflichtung gemäß Abs. 3 nach vom Erweiterten Präsidium festzulegenden einheitlichen Grundsätzen, insbesondere durch den Abschluss einer Versicherung, den Beitritt zu einer Pensionskasse oder auf andere geeignete Weise, für die Erbringung von Leistungen an das pensionsberechtigte Personal vorsorgen. Hiefür können die Landeskammern sowie die Bundeskammer und ihre Fachorganisationen auch Mittel des Pensionsfonds heranziehen. Unter welchen Voraussetzungen das Kapital in Anspruch genommen werden kann, regelt die Pensionsfondsordnung. Jede Vorsorge im Sinne dieses Absatzes bedarf der Zustimmung des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer.“

8. Abschnitt

Gemeinsame organisatorische Bestimmungen

46. § 58 lautet:

„Geschäftsordnung

§ 58. (1) Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer hat für die Geschäftsführung der Bundeskammer eine Geschäftsordnung zu beschließen. Die Geschäftsordnung der Bundeskammer kann auch für die Bezeichnung der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft und deren Organe Kurzbezeichnungen und Abkürzungen vorsehen.

(2) In der Geschäftsordnung der Bundeskammer ist auch zu bestimmen, an welche der darin getroffenen Regelungen die Landeskammern, Fachgruppen und Fachverbände, die übrigen Organisationseinheiten sowie die zur Besorgung von Kammeraufgaben allenfalls errichteten Rechtsträger bei der Erlassung ihrer Geschäftsordnung gebunden sind. Darüber hinaus hat die Geschäftsordnung der Bundeskammer Rahmenbestimmungen für die Geschäftsordnungen der Landeskammern, Fachgruppen und Fachverbände vorzusehen.

(3) Die Erweiterten Präsidien der Landeskammern, die Fachgruppentagungen und die Ausschüsse der Fachverbände sind berechtigt, eine Geschäftsordnung zu beschließen. Die Geschäftsordnungen der Landeskammern und der Fachverbände bedürfen der Genehmigung des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer, die Geschäftsordnungen der Fachgruppen der Genehmigung des Erweiterten Präsidiums der zuständigen Landeskammer.

(4) Sofern die Landeskammern, Fachgruppen und Fachverbände keine eigene Geschäftsordnung erlassen haben, gilt für ihre Geschäftsführung die Geschäftsordnung der Bundeskammer sinngemäß.“

47. § 59 lautet:

„Interessenausgleich

§ 59. (1) Die Organe der Landeskammern und der Bundeskammer haben bei Beschlussfassung über gemeinsame oder sparteneigene Angelegenheiten im Wege des Interessenausgleichs einen einstimmigen Beschluss anzustreben. Kommt hiebei keine Stimmeneinhelligkeit zustande, ist an die zuständige Stelle die dem Mehrheitsbeschluss entsprechende Äußerung zu erstatten und ausdrücklich als Mehrheitsäußerung zu bezeichnen.

(2) Bei der Beschlussfassung in den Wirtschaftsparlamenten und in den Ausschüssen können, wenn Interessen einzelner Sparten berührt sind, die der selben Sparte angehörnden Stimmberechtigten, eine spartenweise Abstimmung verlangen. Wird ihrem Standpunkt nicht Rechnung getragen, kann dieser als Minoritätsvotum angemeldet werden.

(3) Die Minderheit der Mitglieder eines beschlussfassenden Organes, die der gleichen Sparte oder Fachgruppe (Fachverband) angehört, kann verlangen, dass ihr abgelehnter Antrag oder ihre abweichende Stellungnahme der zu erstattenden Äußerung als Minoritätsvotum angeschlossen wird.

(4) Dieselbe Bestimmung ist sinngemäß anzuwenden, wenn eine Landeskammer eine abweichende Äußerung abgibt.

(5) Ungeachtet von Minoritätsvoten gemäß der Abs. 1 bis 3 sind ordnungsgemäß zustande gekommene Beschlüsse der zuständigen Organe für alle davon betroffenen Organisationen der gewerblichen Wirtschaft verbindlich.“

43. § 60 lautet:

„Sitzungen

§ 60. (1) Sitzungen der Kollegialorgane sind vom jeweiligen Vorsitzenden nach Bedarf und immer dann einzuberufen, wenn ein Fünftel der Mitglieder des jeweiligen Kollegialorgans, bei Fachgruppentagungen ein Zehntel der Mitglieder, es verlangt. Bei Präsidien gemäß § 23 und § 35 sowie bei Spartenpräsidien kann jedes Mitglied die Einberufung einer Sitzung verlangen. Sitzungen sind spätestens binnen zwei Monaten nach Einlangen eines entsprechenden Antrags abzuhalten.

(2) Die Verhandlungsgegenstände sind den Mitgliedern rechtzeitig vor jeder Sitzung schriftlich mitzuteilen. Andere Gegenstände können nur über Vorschlag des Vorsitzenden oder wenn ihnen durch Beschluss die Dringlichkeit zuerkannt wird, verhandelt werden.

(3) Der Präsident der Landeskammer sowie der Direktor und seine Stellvertreter sind berechtigt, an den Sitzungen sämtlicher Organe der Landeskammer und der Fachgruppen (Fachvertretungen) mit beratender Stimme teilzunehmen. Den Sitzungen des Präsidiums, des Erweiterten Präsidiums der Landeskammer und des Wirtschaftsparlaments der Landeskammer ist der Direktor, im Verhinderungsfall sein Stellvertreter, beizuziehen. Darüber hinaus gehende Bestimmungen kann die Geschäftsordnung treffen.

(4) Der Präsident der Bundeskammer sowie der Generalsekretär und seine Stellvertreter sind berechtigt, an den Sitzungen sämtlicher Organe der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft mit beratender Stimme teilzunehmen. Den Sitzungen des Präsidiums, des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer und des Wirtschaftsparlaments der Bundeskammer sind der Generalsekretär und seine Stellvertreter mit beratender Stimme beizuziehen. Darüber hinaus gehende Bestimmungen kann die Geschäftsordnung treffen.

(5) Die Sitzungen der Wirtschaftsparlamente sind öffentlich. Ausnahmen werden durch die Geschäftsordnung oder durch besonderen Beschluss bestimmt. Über Angelegenheiten des Voranschlags und Rechnungsabschlusses kann nur in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen werden.

(6) Die Sitzungen der Fachgruppentagung sind öffentlich, wenn und insoweit dies die Fachgruppentagung beschließt.

(7) Die Sitzungen der übrigen Kollegialorgane sind nicht öffentlich.“

49. § 61 lautet:

„Beschlusserfordernisse

§ 61. (1) Die in diesem Bundesgesetz angeführten Kollegialorgane sind beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, mindestens ein Drittel, bei den Präsidien der Kammern und der Sparten, den Erweiterten Präsidien und dem Kontrollausschuss mindestens die Hälfte, der Mitglieder anwesend sind. In den Fällen der Stimmrechtsübertragungen gemäß § 62 Abs. 2 ist für die Beschlussfähigkeit die Anzahl der Stimmrechte maßgebend. Die Fachgruppentagung ist jedenfalls beschlussfähig, wenn die Einladung samt der Tagesordnung in der Kammerzeitung oder einem anderen allen Mitgliedern zugänglichen Publikationsorgan oder in der Fachzeitschrift der Fachgruppe

verlautbart wurde, wobei die Verlautbarung mindestens 14 Tage vor dem Sitzungstermin erfolgen muss. Über eine Erhöhung der Grundumlage gemäß § 123 Abs. 4 kann nur ein Beschluss gefasst werden, wenn dieser Tagesordnungspunkt auf der Einladung zur Fachgruppentagung aufscheint und zudem eine Einladung an alle Mitglieder dieser Fachgruppe ausgesendet wurde. Vor der Beschlussfassung über die Erhöhung der Grundumlage ist die Meinung der Mitglieder der jeweiligen Fachgruppe auf geeignete Weise zu erkunden. Die näheren Bestimmungen kann die Geschäftsordnung treffen.

(2) Soweit in diesem Bundesgesetz nichts anderes bestimmt ist, werden die Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Jedes Mitglied eines Kollegialorgans hat nur eine Stimme, selbst wenn es in mehrfacher Funktion Mitglied dieses Organs ist. Stimmrechtsübertragungen sind jedoch nach Maßgabe des § 62 zulässig.

(3) Die Beschlüsse der Kammerpräsidien gemäß § 23 und § 35 und der Spartenpräsidien können auch im Umlaufwege gefasst werden. Umlaufbeschlüsse bedürfen der Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen und sind im Protokoll der nächsten Sitzung des Organs anzuführen.“

50. § 62 lautet:

„Stellvertretung

§ 62. (1) Einzelorgane haben für den Fall ihrer Verhinderung zu bestimmen, welchem ihrer Stellvertreter die Besorgung ihrer Aufgaben obliegt. Hat das Einzelorgan keine Anordnung getroffen, obliegt diese Aufgabe dem an Jahren älteren, gewählten Stellvertreter.

(2) Mitglieder von Fachverbands- und Fachgruppenausschüssen, die an der Teilnahme einer Sitzung des jeweiligen Organs verhindert sind, können ihr Stimmrecht schriftlich einem anderen stimmberechtigten Mitglied des betreffenden Kollegialorganes übertragen. Ein Mitglied darf aber nur ein Stimmrecht eines anderen Mitgliedes übernehmen. Eine Stimmrechtsübertragung ist bei einem Misstrauensvotum gemäß § 54 nicht zulässig. Bei den Wahlen gemäß der §§ 99 und 108 ist eine Stimmrechtsübertragung zulässig.

(3) Für den Fall einer Verhinderung eines Mitgliedes des Erweiterten Präsidiums ist in der Geschäftsordnung eine Vertretungsregelung vorzusehen.

(4) In den übrigen Kollegialorganen ist eine Vertretung verhinderter Mitglieder nicht zulässig.“

51. § 63 lautet

„Kooptierung

§ 63. (1) Die Kollegialorgane der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft können beschließen, Kammermitglieder, die zum Organ passiv wahlberechtigt sind, für die Dauer der jeweiligen Funktionsperiode zu kooptieren. Einem kooptierten Mitglied kommt Sitz und beratende Stimme im betreffenden Organ zu.

(2) Die Präsidien der Landeskammern gemäß § 23, das Präsidium der Bundeskammer gemäß § 35 sowie die Spartenpräsidien können, insbesondere wenn deren Mitglieder jeweils nur einer Wählergruppe angehören, darüber hinaus beschließen, höchstens zwei Kammermitglieder mit den jeweiligen Rechten und Pflichten der

ordentlichen Mitglieder zu kooptieren. Bei den Spartenpräsidien müssen diese für die jeweilige Spartenvertretung wählbar sein. Ein solcher Beschluss ist nur bei Anwesenheit sämtlicher Mitglieder und ohne Gegenstimme zulässig.

(3) Für den Widerruf einer Kooptierung sind die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass dem Betroffenen in den Fällen des Abs. 2 kein Stimmrecht zukommt und seine Anwesenheit nicht erforderlich ist.“

52. § 64 lautet:

„Dringlichkeitskompetenz

§ 64. (1) Die Präsidien und die Erweiterten Präsidien der Kammern, die Spartenpräsidien der Bundeskammer und der Landeskammer sowie die Fachgruppenausschüsse haben in Angelegenheiten der (des) jeweils größeren Organe(s) bei Dringlichkeit gegen nachträgliche Kenntnisnahme durch das zuständige Organ tätig zu werden.

(2) Die Präsidenten der Landeskammern und der Bundeskammer haben in Fällen der Dringlichkeit in Angelegenheiten, die in den Aufgabenbereich der jeweiligen Präsidien gemäß § 23 und § 35 fallen, gegen nachträgliche Kenntnisnahme durch das zuständige Organ tätig zu werden. Das gilt sinngemäß für die Obmänner von Fachgruppen und Fachverbänden und für die Spartenobmänner, wenn sie in Fällen der Dringlichkeit für den Ausschuss (das Spartenpräsidium) tätig werden müssen.“

53. § 65 lautet:

„Delegierung

§ 65. (1) Kollegialorgane können die Beschlussfassung in Angelegenheiten ihres Zuständigkeitsbereiches jedem engeren Organ der betreffenden Organisation übertragen, sofern dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis gelegen ist.

(2) Die Kollegialorgane können darüber hinaus die Beschlussfassung in bestimmten Angelegenheiten auch an aus ihrer Mitte gebildete Ausschüsse, die Kollegialorgane der Fachorganisationen auch an Berufsgruppenausschüsse übertragen.

(3) Delegierungsbeschlüsse gemäß Abs. 1 sind mit einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen, Delegierungsbeschlüsse gemäß Abs. 2 nur einstimmig zu fassen.

(4) Die Delegierung von Aufgaben der Fachgruppentagung an den Fachgruppenausschuss ist jeweils bis zur Dauer einer Funktionsperiode zulässig. Eine Delegierung der Beschlussfassung über die Grundumlage gemäß § 45 Abs. 5 Z 3 ist nicht zulässig.

(5) Die Delegierung der Beschlussfassung über den Voranschlag und den Rechnungsabschluss an ein Einzelorgan ist nicht zulässig.

(6) Engere Organe können, sofern nichts anderes bestimmt ist, die Beschlussfassung in bestimmten Angelegenheiten weiteren Organen der betreffenden Organisation übertragen, sofern dies im Hinblick auf die Bedeutung einer bestimmten Angelegenheit zweckmäßig erscheint.

(7) Ein Delegierungsbeschluss kann vom delegierenden Organ jederzeit widerrufen werden.“

54. § 65a lautet:

„Übertragung von Aufgaben der Einzelorgane

§ 65a. (1) Einzelorgane können im Interesse einer raschen und zweckmäßigen Geschäftsbehandlung unbeschadet der ihnen aufgrund dieses Bundesgesetzes obliegenden Verantwortlichkeit sowie der ihnen aufgrund dieses Bundesgesetzes vorbehaltenen Aufgaben ihre Stellvertreter oder den jeweils leitenden Angestellten ermächtigen, bestimmte Gruppen von Angelegenheiten selbständig zu behandeln und zu erledigen. Der Ermächtigte ist berechtigt, die jeweilige Organisation der gewerblichen Wirtschaft in diesen Angelegenheiten zu vertreten.

(2) Das Einzelorgan ist berechtigt, jede Angelegenheit, zu deren selbständigen Behandlung es jemand anderen ermächtigt hat, an sich zu ziehen oder sich die Genehmigung der Entscheidung vorzubehalten.

(3) Personen, die gemäß Abs. 1 zur selbständigen Behandlung und Erledigung bestimmter Angelegenheiten ermächtigt wurden, können ihrerseits ihnen unterstellten geeigneten Mitarbeitern diese Angelegenheiten oder einen Teil derselben in sinngemäßer Anwendung des Abs. 1 zur selbständigen Behandlung und Erledigung übertragen. In diesen Fällen gilt Abs. 2 sinngemäß.“

55. § 65 b lautet

„Übertragung von Aufgaben der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft

§ 65b. (1) Die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft können die Besorgung einzelner der ihnen durch dieses Bundesgesetz zur Besorgung im eigenen Wirkungsbereich übertragenen Aufgaben juristischen Personen, sonstigen Rechtsträgern oder Personenvereinigungen (Personengemeinschaften) übertragen, wenn durch die Aufgabenübertragung die ordnungsgemäße Besorgung der übertragenen Aufgaben nicht beeinträchtigt wird, und aus Gründen der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Interesse der übertragenden Organisation(en) gelegen ist.

(2) Die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft haben bei der Übertragung von Aufgaben gemäß Abs. 1 die dauerhafte und ordnungsgemäße Besorgung der übertragenen Aufgaben sicherzustellen. Übertragen zwei oder mehrere Organisationen gemeinsam Aufgaben an eine juristische Person, sonstige Rechtsträger oder an Personenvereinigungen (Personengemeinschaften), ist das Verhältnis zwischen den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere die Übernahme allenfalls entstehender Kosten, durch eine Vereinbarung zu regeln.

(3) Miet- und Pachtverträge, die zwischen der juristischen Person des privaten oder öffentlichen Rechts als Vermieterin und der übertragenden Organisation der gewerblichen Wirtschaft als Mieterin unmittelbar anlässlich der Übertragung bezüglich der übertragenen Objekte abgeschlossen werden, sind von den Stempel- und Rechtsgebühren befreit.

(4) Unbeschadet Abs. 1 können die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft bestimmte Aufgabenbereiche an juristische Personen des privaten Rechts mit der Maßgabe übertragen, dass die juristischen Personen ausschließlich und unmittelbar für die übertragenden Organisationen tätig werden.“

56. § 66 lautet:

„Beharrungsbeschlüsse

§ 66. (1) Werden in Beschlüssen der Erweiterten Präsidien oder der Wirtschaftsparlamente angeordnete Veranlassungen von der (den) zuständigen Körperschaft(en) nicht innerhalb einer angemessenen Frist getroffen, hat ihr (ihnen) die Bundeskammer oder die Landeskammer eine angemessene Nachfrist zu setzen. Nach erfolglosem Ablauf der Nachfrist und nach Anhörung der betroffenen Körperschaft(en) hat das Organ, welches den Beschluss gefasst hat, einen neuerlichen Beschluss zu fassen. Der Beharrungsbeschluss kann nur bei einer Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst werden. Die näheren Bestimmungen kann die Geschäftsordnung treffen.“

57. § 67 lautet:

„Übergang der Zuständigkeit

§ 67. (1) Wird ein Organ einer nach diesem Bundesgesetz eingerichteten Körperschaft nicht fristgerecht tätig, geht die Zuständigkeit nach fruchtlosem Verstreichen einer einmonatigen Nachfrist auf das zunächst in Betracht kommende engere Organ über. Wird auch dieses Organ innerhalb eines Monats ab Übergang der Zuständigkeit nicht tätig, geht die Zuständigkeit auf das Einzelorgan, schließlich, wenn dieses nicht der Spartenobmann ist, auf den jeweiligen Spartenobmann und zuletzt auf den Präsidenten der Landeskammer oder den Präsidenten der Bundeskammer über.“

58. § 71 lautet:

„Statistik

§ 71. (1) Angaben, die im Zuge statistischer Erhebungen nach dem Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, von Kammermitgliedern erhoben werden, sowie Kammermitglieder betreffende Daten, die nach den Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes 2000 der Bundesanstalt Statistik Österreich auf andere Weise zugänglich werden, sind an die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft zu übermitteln, wenn dies der Wahrnehmung der diesen gesetzlich übertragenen Aufgaben dient.

(2) Die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft sind nach entsprechender Koordinierung zur Durchführung statistischer Erhebungen und Auswertungen berechtigt. Die Kammermitglieder sind verpflichtet, an statistischen Erhebungen der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft mitzuwirken.

(3) Werden Auswertungen der nach Abs. 1 oder Abs. 2 ermittelten Angaben veröffentlicht, so sind hinsichtlich der statistischen Geheimhaltung jene Bestimmungen sinngemäß anzuwenden, die das Bundesstatistikgesetz 2000 vorsieht. Angaben, welche für statistische Zwecke erhoben werden, dürfen für andere Zwecke nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen verwendet werden.

(4) Die mit der Erhebung oder Auswertung von Angaben gemäß Abs. 1 und Abs. 2 für statistische Zwecke beauftragten Personen sind zur Geheimhaltung der Einzelangaben verpflichtet.

(5) Verletzungen der Geheimhaltungspflichten gemäß Abs. 3 und 4 sind gemäß § 17 des Bundesstatistikgesetzes zu bestrafen, sofern die Tat nicht nach einer anderen Bestimmung mit strengerer Strafe bedroht ist.“

59. § 72 lautet:

„Datenschutz

§ 72. (1) Die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft sind insoweit ermächtigt, Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 165/1999, zu verwenden, als dies der Erfüllung der ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben dient. Dies gilt auch für die Verwendung von Daten durch sonstige Rechtsträger, die zur Erfüllung dieser Aufgaben herangezogen werden.

(2) Daten von Kammermitgliedern dürfen an jedermann übermittelt werden, soweit die Datenarten in den §§ 365a Abs. 1 und 365b Abs. 1 der Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 10/1997, aufgezählt sind. Dies gilt sinngemäß auch für gleichartige Daten von Kammermitgliedern, die nach anderen Rechtsvorschriften zum Betrieb von Unternehmen berechtigt sind.

(3) Im Falle von Übermittlungen gemäß Abs. 1 und Abs. 2 entfällt die Pflicht zur Protokollierung gemäß § 14 Abs. 3 Datenschutzgesetz 2000.

(4) Massensendungen im Wege elektronischer Post an Kammermitglieder, die zur Erfüllung der den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft übertragenen Aufgaben erfolgen, bedürfen keiner Zustimmung des Empfängers nach § 101 Telekommunikationsgesetz, BGBl. Nr. 100/1997 in der Fassung BGBl. I Nr. 188/1999.“

3. Hauptstück Wahlen

1. Abschnitt Allgemeines

60. § 73 lautet:

„Wahlen, Wahlrecht und Wählbarkeit

§ 73. (1) Die Wahlen der Organe der nach diesem Bundesgesetz gebildeten Organisationen haben aufgrund des allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlrechtes zu erfolgen. Die Wahlen der Fachgruppenausschüsse und der Fachvertreter erfolgen direkt (Urwahlen), die übrigen Wahlen indirekt. Die Urwahlen können auch auf elektronischem Weg (e - voting) durchgeführt werden.

(2) Sofern in diesem Bundesgesetz nicht ausdrücklich eine andere Regelung vorgesehen ist, ist für das Verhältniswahlrecht das d'Hondtsche Verfahren gemäß § 97 Abs. 2 und 3 anzuwenden.

(3) Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Landeskammern, sofern sie die das Wahlrecht begründende Berechtigung zum Stichtag der Wahl nicht ruhend gemeldet haben. Mitglieder, deren Berechtigung zum Stichtag ruhend gemeldet ist, sind auf Antrag in die Wählerliste aufzunehmen. Die Wahlkundmachung hat einen diesbezüglichen Hinweis zu enthalten. Das Wahlrecht juristischer Personen und sonstiger Rechtsträger ist durch mit Firmenvollmacht ausgestattete Vertreter auszuüben.

(4) Ausgeschlossen vom Wahlrecht und seiner Ausübung nach Abs. 3 sind alle physischen Personen,

1. die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben;
2. die vom Wahlrecht in den Nationalrat ausgeschlossen sind oder bei Besitz der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen wären.

(5) Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind ferner alle physischen und juristischen Personen und sonstigen Rechtsträger, über deren Vermögen ein Konkursverfahren eröffnet ist oder bei denen innerhalb der letzten zwei Jahre ein Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens mangels Vermögens abgewiesen wurde.

(6) Wählbar sind alle wahlberechtigten Personen, wenn die das Wahlrecht begründende Berechtigung durch den Wahlwerber, die juristische Person oder den sonstigen Rechtsträger, deren Vertreter gewählt werden soll, ausgeübt wird. Ein Ruhen der Berechtigung gilt als Nichtausübung; zur Ausübung eines Saisonbetriebes berechnete Personen sind jedoch wählbar, wenn die Berechtigung in den letzten zwölf Monaten vor dem Stichtag wenigstens zeitweise ausgeübt wurde und sie in der Wählerliste eingetragen sind.

(7) Von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind alle

1. wahlberechtigten Personen, die weder die österreichische Staatsbürgerschaft noch eine solche gemäß Art. I des Anpassungsprotokolles zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, BGBl. Nr. 910/1993 oder eine andere Staatsbürgerschaft besitzen, die im Falle der Gegenseitigkeit der österreichischen Staatsbürgerschaft gleich zu halten ist,
2. physischen und juristischen Personen sowie sonstige Rechtsträger, über deren Vermögen ein Konkurs - oder hinsichtlich derer ein Ausgleichsverfahren eröffnet ist oder bei denen innerhalb der letzten zwei Jahre ein Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens mangels Vermögens abgewiesen wurde.

(8) Gegenseitigkeit gemäß Abs. 7 liegt vor, wenn österreichische Staatsbürger hinsichtlich der Wählbarkeit für Funktionen in vergleichbaren Organisationen des betreffenden Staates mit dessen Staatsbürgern gleich behandelt werden. Die Vergleichbarkeit ist insbesondere nach dem Zweck der Mitgliedschaft und den Aufgaben zu beurteilen. Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer stellt mit Beschluß fest, mit welchen Staaten Gegenseitigkeit besteht.

(9) Die Wiederwahl in ein - und dieselbe Funktion als Einzelorgan, ausgenommen die eines Obmann - Stellvertreters eines Fachverbandes und einer Fachgruppe, ist nur zulässig, wenn die betreffende Funktion bis zum Stichtag gemäß § 85 Abs. 6 insgesamt nicht länger als 180 Monate ausgeübt wurde.“

61. § 74 lautet:

„Wahlordnung

§ 74. (1) Die näheren Vorschriften über die Ausübung des Wahlrechtes sowie über die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Besetzungen werden durch die Wahlordnung getroffen. Die Wahlordnung ist vom Wirtschaftsparlament der Bundeskammer zu beschließen.

(2) Im Falle der Durchführung der Wahl auf elektronischem Weg hat die Wahlordnung die näheren Bestimmungen festzulegen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Einhaltung der Bestimmungen des § 73 Abs. 1, erster Satz sowie des Datenschutzgesetzes 2000 - DSG 2000, BGBl. I Nr. 165/1999 gewährleistet ist. Das zum Einsatz kommende System muss den Sicherheitsanforderungen sicherer elektronischer Signaturen gemäß dem Signaturgesetz entsprechen und gewährleisten, dass die Aufgaben der Hauptwahlkommission und der Wahlkommissionen auch bei der elektronischen Wahl erfüllt werden können.

(3) Durch das bei einer elektronischen Wahl eingesetzte System ist insbesondere folgendes sicherzustellen:

a) Die Wahrung des Wahlheimnisses durch Methoden die gewährleisten, dass die ausgefüllten Stimmzettel anonymisiert und nicht rückverfolgbar bei den Wahlkommissionen zur Auszählung gelangen. Es darf zu keinem Zeitpunkt durch die Wahlkommission oder durch Dritte eine Zusammenführung der Identität des Wählers mit seinem Wahlverhalten möglich sein;

b) die Verifikation der Identität des Stimmberechtigten im Rahmen des Wahlvorganges vor der Übermittlung des Stimmzettels, damit die Stimmabgabe durch Nichtberechtigte und die Abgabe mehrerer Stimmen durch eine Person ausgeschlossen ist. Es dürfen nur jene personenbezogenen Daten verwendet werden, die zur Durchführung der Wahl notwendig sind;

c) die Unverfälschtheit des ausgefüllten Stimmzettels durch den Einsatz sicherer elektronischer Signaturen und die Geheimhaltung der Wahldaten während der Übertragung zur Wahlkommission durch Verschlüsselung dieser Daten zur Sicherstellung des Wahlgeheimnisses;

d) die Berücksichtigung des Übereilungsschutzes für den Wähler wie bei der herkömmlichen Stimmabgabe und

e) die Erfüllung der gemäß § 92 Abs. 3 an Wahzellen gestellten Anforderungen durch die aufgestellten technischen Komponenten zur Abgabe der Stimme und die Verpflichtung der Wahlberechtigten durch die Wahlordnung zum unbeobachteten und unbeeinflussten Ausfüllen der Wahlformulare.

(4) Die Erfüllung der Sicherheitsanforderungen gemäß Abs. 2 und 3 muss von einer Bestätigungsstelle gemäß § 19 Signaturgesetz bescheinigt sein.“

62. § 75 lautet:

„Wahlkataloge

§ 75. (1) Als Anlage zur Wahlordnung sind ein Sparten - Wahlkatalog und ein Fachorganisations - Wahlkatalog zu erlassen.

(2) Der Sparten - Wahlkatalog hat die Anzahl der zu wählenden Mitglieder der Spartenvertretungen in den Wirtschaftsparlamenten festzusetzen. Die Anzahl der Mitglieder der Spartenvertretungen der Landeskammern ist nach Anhörung der Landeskammern unter Berücksichtigung der Zahl der Wähler zu jeder Kammer sowie im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten im Bundesgebiet, jedoch unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Bedeutung des betreffenden Bundeslandes zu bestimmen. Sie hat mindestens vier, jedoch höchstens 15 zu betragen. Die Gesamtzahl der Spartenvertreter im Wirtschaftsparlament der mitgliederstärksten Landeskammer darf jedoch die Zahl 80 nicht überschreiten. Die Anzahl der Mitglieder der Spartenvertretungen der Bundeskammer ist unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Sparten innerhalb einer Untergrenze von neun und einer Obergrenze von 20 Mandaten zu bestimmen. Die Gesamtzahl aller Spartenvertreter im Wirtschaftsparlament der Bundeskammer darf jedoch die Zahl 100 nicht überschreiten.

(3) Der Fachorganisations - Wahlkatalog hat die Anzahl der zu wählenden Mitglieder der Fachverbands - und Fachgruppenausschüsse unter Berücksichtigung der Anzahl der Mitglieder und der wirtschaftlichen Bedeutung der Branche mit mindestens fünf und höchstens 32 zu bestimmen. Die Anzahl der Fachvertreter ist mit mindestens einem und höchstens vier festzusetzen.

(4) Die Wahlkataloge sind unter Bedachtnahme auf die in Abs. 2 und 3 festgelegten Bestimmungen mit dem Stichtag 1. Jänner bis spätestens 1. Oktober des den Wahlen vorangehenden Kalenderjahres für die folgende Funktionsperiode neu festzusetzen.“

63. § 76 lautet:

„Anordnung der Wahlen

§ 76. (1) Die Wahlen der Organe der nach diesem Bundesgesetz gebildeten Organisationen sind von den Hauptwahlkommissionen innerhalb des fünften Kalenderjahres nach Ablauf des Jahres, in dem die letzten Urwahlen stattgefunden haben, anzuordnen.

(2) Kann in einer Fachgruppe (Fachvertretung) in Ermangelung eines gültigen Wahlvorschlages die Wahl zum vorgesehenen Termin nicht abgehalten werden, so werden dadurch die anderen Wahlgänge in den Fachgruppen (Fachvertretungen) und auch die weiteren Wahlgänge nicht gehemmt und beeinflusst.

(3) Die Hauptwahlkommission der Bundeskammer hat für die Urwahlen einen zeitlichen Rahmen von vier Tagen sowie den Tag der Wahlausschreibung festzusetzen.

(4) Die Hauptwahlkommission der Landeskammer hat die Wahltage innerhalb des Rahmens gemäß Abs. 3 festzulegen.

(5) Die Hauptwahlkommission der Landeskammer hat auch zu beschließen, ob die Wahl auf elektronischem Weg durchgeführt wird. Der diesbezügliche Beschluss bedarf der Genehmigung durch die Hauptwahlkommission der Bundeskammer.

(6) Bei der Mandatsaufteilung in den Spartenvertretungen der Landeskammer, Fachverbandsausschüssen und Spartenvertretungen der Bundeskammer sind jene Wahlkörper, in denen nicht gewählt werden konnte, mit der Mandatsverteilung der bisherigen Funktionsperiode zu berücksichtigen.

64. § 77 lautet:

„Wahlkosten

§ 77. (1) Die Kosten, die sich aus der Durchführung der Wahlen ergeben, sind von den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft zu tragen.

(2) Jede Kammer und ihre Fachorganisationen haben die in ihrem Bereich anfallenden Kosten, die sich aus der Durchführung der Wahlen ergeben, grundsätzlich selbst zu tragen.

(3) Über die interne Aufteilung der Kosten der Wahl hat das Erweiterte Präsidium der jeweiligen Kammer zu entscheiden.“

2. Abschnitt Wahlbehörden , Zustellungsbevollmächtigter

65. § 78 lautet

„Hauptwahlkommission

§ 78. (1) Zur Durchführung und Leitung der Wahlen ist bei jeder Landeskammer und bei der Bundeskammer jeweils eine Hauptwahlkommission einzurichten.

(2) Die Hauptwahlkommission hat aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und sieben Mitgliedern zu bestehen. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu bestellen. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sind auf Vorschlag des Erweiterten Präsidiums der jeweiligen Wirtschaftskammer vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zu ernennen. Die sieben Mitglieder und die sieben Ersatzmitglieder sind auf Vorschlag des

Erweiterten Präsidiums der jeweiligen Wirtschaftskammer vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit aus dem Kreise der wählbaren Personen zu bestellen. Die im Wirtschaftsparlament mit Sitz und Stimme vertretenen Wählergruppen sind im Verhältnis ihrer bei den letzten Urwahlen erzielten Mandate auch in der jeweiligen Hauptwahlkommission zu berücksichtigen.

(3) Der Vorsitzende und der Stellvertreter der Hauptwahlkommission müssen rechtskundige Verwaltungsbeamte sein.

(4) Der Hauptwahlkommission obliegt insbesondere:

1. die Bestellung der Wahl - und Zweigwahlkommissionen sowie deren Vorsitzenden und dessen Stellvertretern,
2. die Bestimmung der Wahlorte, Wahlsprengel, der Wahltage und der Wahlzeiten,
3. die Ausschreibung der Wahlen (Wahlkundmachung),
4. die Bestimmung, an welcher Stelle sowie innerhalb welcher Zeit die Wählerlisten zur Einsichtnahme bereitgestellt werden,
5. die Ausstellung der Wahlkarten,
6. die Entscheidung über die Wählbarkeit der Wahlwerber und über die Gültigkeit der Wahlvorschläge sowie die Verlautbarung der Wahlvorschläge,
7. die Zuweisung der Mandate an die Wählergruppen sowie die Feststellung und Verlautbarung der Wahlergebnisse,
8. die Entscheidung über Einsprüche gegen die Ermittlung des Wahlergebnisses,
9. die Besetzung der Spartenvertretungen,
10. die Bestellung weiterer Mitglieder der Spartenvertretungen gemäß der §§ 101 und 109, der Wirtschaftsparlamente gemäß der §§ 104 und 112, der Spartenkonferenzen gemäß der §§ 102 und 110 und der Erweiterten Präsidien gemäß der §§ 106 und 114,
11. die Besetzung der Fachverbandsausschüsse,
12. die Wahl von Einzelorganen und die Besetzung von Mitgliedern von Kollegialorganen während der Funktionsperiode,
13. die Abberufung von Einzelorganen und Mitgliedern von Kollegialorganen gemäß § 53 und
14. die Abberufung von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Wahlkommissionen und Zweigwahlkommissionen.

(5) Die Hauptwahlkommission hat festzulegen, bis zu welchem Zeitpunkt am letzten Tag einer Frist Wahl - und Besetzungsvorschläge und sonstige Anbringen bei ihr eingelangt sein müssen.

(6) Die Hauptwahlkommission hat eine elektronisch geführte Wahl unter Beiziehung einer Bestätigungsstelle gemäß § 19 Signaturgesetz abzubrechen, wenn die Funktionsfähigkeit des verwendeten Systems nicht mehr gegeben ist.

(7) Nach einem Abbruch der Wahl gemäß Abs. 6 ist diese innerhalb von 60 Tagen zu wiederholen. Die Hauptwahlkommission hat die entsprechende Kundmachung zu erlassen. Die näheren Bestimmungen hat die Wahlordnung zu treffen.“

66. § 79 lautet:

Wahlkommissionen

§ 79. (1) Die Hauptwahlkommission kann eine oder mehrere Wahlkommission(en) errichten. Wird keine Wahlkommission errichtet, obliegen der Hauptwahlkommission die Aufgaben gemäß der Abs. 3 und 4.

(2) Die Wahlkommissionen haben aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und vier weiteren Mitgliedern zu bestehen. Sie werden von der Hauptwahlkommission aus dem Kreis der wählbaren Personen bestellt. Für jedes Mitglied der Wahlkommission ist ein Ersatzmitglied zu bestellen. Für die Zusammensetzung der Wahlkommission gilt die Bestimmung des § 78 Abs. 2 letzter Satz, sinngemäß mit der Maßgabe, dass für das Verhältnis der Wählergruppen die in der jeweiligen Sparte erzielten Mandate heranzuziehen sind.

(3) Der Wahlkommission obliegt:

1. die Erstellung der Wählerlisten,
2. die Auflegung der Wählerlisten,
3. die Entscheidung über Einsprüche gegen die Aufnahme oder Nichtaufnahme in die Wählerlisten,
4. die Entscheidung über Anträge auf Aufnahme in die Wählerlisten gemäß § 87 Abs. 2 und
5. die Feststellung der Stimmenzahl und der Vorzugsstimmen, sofern keine Stimmenauszählung gemäß § 96 Abs. 4 erfolgt.

(4) Dem Vorsitzenden der Wahlkommission obliegt die Leitung der Wahlen gemäß der §§ 99, 103, 108 und 111. Dieser kann auch ein Mitglied oder Ersatzmitglied der Wahlkommission damit beauftragen.“

67. § 80 lautet

„Zweigwahlkommissionen

§ 80. (1) Die Hauptwahlkommission hat für die Stimmabgabe bei den Wahlen der Fachgruppen und Fachvertretungen Zweigwahlkommissionen zu errichten. Bei der Errichtung der Zweigwahlkommissionen ist auf die örtlichen Verhältnisse und auf die Erreichbarkeit durch die Wahlberechtigten Bedacht zu nehmen.

(2) Die Zweigwahlkommission hat aus einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern zu bestehen. Sie werden von der Hauptwahlkommission bestellt. Ein Mitglied der Zweigwahlkommission ist aus dem Kreis der wahlberechtigten Personen zu bestellen, wobei Bezieher einer Pension nach dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, als wahlberechtigte Personen im Sinne dieser Bestimmung gelten. Die weiteren Mitglieder der Zweigwahlkommission können aus dem Kreis der im Bereich der Wirtschaftskammern beschäftigten oder bereits pensionierten Mitarbeitern bestellt werden, wenn dies wegen der Anzahl der Zweigwahlkommissionen erforderlich ist. Für den Vorsitzenden ist aus dem Kreise der Mitglieder ein Stellvertreter zu bestellen. Für jedes Mitglied kann (können) ein (mehrere) Ersatzmitglied(er) bestellt werden.

(3) In Fällen besonderer Dringlichkeit, insbesondere um die Beschlussfähigkeit zu sichern, kann der Vorsitzende der Hauptwahlkommission weitere Mitglieder von Zweigwahlkommissionen bestellen.

(4) Die Hauptwahlkommission ist berechtigt, Wahlhelfer für die Zweigwahlkommissionen zu bestellen.

(5) Die Wählergruppen sind berechtigt, der Hauptwahlkommission für die Wahlkommissionen und die Zweigwahlkommissionen Vertrauenspersonen zu nennen, die als Wahlzeugen bei der Wahlhandlung anwesend sein können. Der Vorsitzende der Wahlkommission oder Zweigwahlkommission hat dafür Sorge zu tragen, dass nur jeweils ein Wahlzeuge einer Wählergruppe bei der Wahlhandlung anwesend ist.

(6) Bei der Festlegung der Gesamtzahl an Mitgliedern von allen zu errichtenden Zweigwahlkommissionen gilt die Bestimmung des § 78 Abs. 2, letzter Satz.“

68. § 81 lautet:

„Augelobung, Einberufung, Beschlussfassung und Geschäftsführung der Wahlbehörden

§ 81. (1) Vor Antritt des Amtes haben der Vorsitzende der Hauptwahlkommission und sein Stellvertreter in die Hand des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit das Gelöbnis strenger Unparteilichkeit und gewissenhafter Erfüllung der mit dem Amt verbundenen Pflichten abzulegen. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit kann den Landeshauptmann zur Entgegennahme des Gelöbnisses ermächtigen, sofern dies im Interesse der Zweckmäßigkeit und der Zeitersparnis gelegen ist. Das gleiche Gelöbnis

haben die übrigen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Hauptwahlkommission sowie die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Wahlkommissionen und der Zweigwahlkommissionen durch Zusendung der unterfertigten Gelöbnisformel an den Vorsitzenden der Hauptwahlkommission abzulegen.

(2) Die Hauptwahlkommission, die Wahlkommissionen und die Zweigwahlkommissionen wird (werden) von ihrem Vorsitzenden einberufen. Zur ersten Sitzung der Hauptwahlkommission, der Wahlkommissionen und der Zweigwahlkommissionen sind auch die Ersatzmitglieder einzuberufen. Die Hauptwahlkommission kann beschließen, dass die Einberufung zur ersten Sitzung der Wahlkommission(en) und der Zweigwahlkommissionen durch den Vorsitzenden der Hauptwahlkommission erfolgt.

(3) Die Hauptwahlkommission ist beschlußfähig, wenn der Vorsitzende und drei Mitglieder, die Wahlkommissionen sind beschlußfähig, wenn der Vorsitzende und zwei Mitglieder anwesend sind. Zweigwahlkommissionen sind beschlussfähig, wenn der Vorsitzende und ein Mitglied anwesend sind. An Stelle eines verhinderten Mitgliedes ist zunächst das für dieses Mitglied bestimmte Ersatzmitglied und, wenn auch dieses ausfällt, eines der übrigen Ersatzmitglieder stimmberechtigt. Ist der Vorsitzende verhindert, führt sein Stellvertreter den Vorsitz; ist auch dieser verhindert, kann bei einer Wahlkommission oder einer Zweigwahlkommission auch ein vom Vorsitzenden bestimmtes Mitglied den Vorsitz führen. Die Sitzungen der Kommissionen sind nicht öffentlich.

(4) Sämtliche Kommissionen haben ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu fassen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Hauptwahlkommission und die Wahlkommissionen sind berechtigt, Beschlüsse im Umlaufwege durchzuführen. Derartige Beschlüsse sind einstimmig zu fassen.

(5) Der Vorsitzende der Hauptwahlkommission kann in Fällen der Dringlichkeit gegen nachträgliche Kenntnisnahme durch die Hauptwahlkommission tätig werden.

(6) Die Hauptwahlkommission und die Wahlkommissionen können die Beschlußfassung in bestimmten Angelegenheiten ihrem Vorsitzenden übertragen, soweit dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis gelegen ist. Ein solcher Delegierungsbeschluss ist zumindest mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen zu fassen.

(7) Die Tätigkeit als Mitglied einer Kommission ist ehrenamtlich. Mitglieder der Kommissionen haben keinen Anspruch auf Bezüge. Für den Vorsitzenden der Hauptwahlkommission und seinen Stellvertreter können aufgrund eines Beschlusses des Präsidiums der jeweiligen Kammer eine Vergütung vorgesehen werden. Den Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) bei der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit erwachsende Barauslagen sind auf Antrag zu vergüten. Die Vergütung kann auch durch Pauschalbeträge erfolgen.

(8) Für die Hauptwahlkommission und für die Wahlkommissionen sind Geschäftsstellen im Bereich des Generalsekretariates (der Kammerdirektion) einzurichten.

(9) Den Sitzungen der Hauptwahlkommission sind der Generalsekretär (Direktor) sowie der Leiter ihrer Geschäftsstelle mit beratender Stimme beizuziehen. Den Sitzungen der Wahlkommissionen ist ein vom Generalsekretär (Direktor) zu bestimmender Mitarbeiter mit beratender Stimme beizuziehen.

(10) Der Generalsekretär (Direktor) sowie der Leiter der Geschäftsstelle der Hauptwahlkommission sind berechtigt, an den Sitzungen sämtlicher Wahl - und Zweigwahlkommissionen teilzunehmen.

(11) Die Hauptwahlkommissionen und die Wahlkommissionen können beschließen, Kammermitglieder oder Kammerangestellte für bestimmte Aufgaben zur Mitarbeit heranzuziehen sowie ihren Sitzungen beizuziehen. Diese Personen sind zur strikten Einhaltung der Verschwiegenheit verpflichtet und vom betreffenden Vorsitzenden auf diese Verpflichtung ausdrücklich hinzuweisen.“

69. § 82 lautet

„Funktionsdauer

§ 32. (1) Die vor jeder Wahl gebildeten Hauptwahl-, Wahl- und Zweigwahlkommissionen bleiben bis zur Konstituierung der neuen Kommissionen anlässlich der nächsten Wahl im Amt. Den neuen Kommissionen stehen auch die Aufgaben für die auslaufende Funktionsperiode zu.

(2) Mitglieder oder Ersatzmitglieder der Hauptwahlkommission, der Wahlkommissionen und der Zweigwahlkommissionen sind abzurufen, wenn

1. Umstände eintreten, oder nachträglich bekannt werden, die ihre Wählbarkeit ausschließen oder
2. sie sich eine gröbliche Verletzung oder Vernachlässigung ihrer Pflichten zuschulden kommen lassen.

(3) Die Abberufung hat bei den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Hauptwahlkommission durch die Aufsichtsbehörde, bei den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Wahlkommissionen und der Zweigwahlkommissionen durch die Hauptwahlkommission zu erfolgen.

(4) Der Vorsitzende der Hauptwahlkommission und sein Stellvertreter sind bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Abs. 2 Z 2 von der Aufsichtsbehörde abzurufen.“

70. § 83 lautet:

„Zustellungsbevollmächtigter

§ 83. (1) Wählergruppen, die sich an den Wahlen beteiligen, haben im Wahl und Besetzungsvorschlag einen Zustellungsbevollmächtigten namhaft zu machen. Wird kein Zustellungsbevollmächtigter namhaft gemacht, gilt der jeweilige Listenführer als Zustellungsbevollmächtigter.

(2) Dem Zustellungsbevollmächtigten obliegt insbesondere:

1. die Einbringung und Zurückziehung von Wahl- und Besetzungsvorschlägen,
2. die Mängelbehebung,
3. die Kennzeichnung von Bewerbern gemäß § 101 Abs. 4,
4. die Abgabe von Zurechnungs- und Vereinigungserklärungen,
5. die Erhebung eines Einspruches und
6. die Erstattung von Wahl- und Ergänzungsvorschlägen gemäß § 115.

(3) Eine Änderung in der Person des Zustellungsbevollmächtigten ist von der Wählergruppe der Hauptwahlkommission anzuzeigen.“

3. Abschnitt

Ausschreibung der Wahlen, aktives und passives Wahlrecht

71. § 84 lautet:

„Wahlkundmachung

§ 84. (1) Die Hauptwahlkommission der Landeskammer hat die Wahlkundmachung zu erlassen. Die Wahlkundmachung hat auch den Kundmachungsteil der Hauptwahlkommission der Bundeskammer über die Besetzung der Spartenvertretungen der Bundeskammer und die Besetzung der Fachverbandsausschüsse zu enthalten.

Zwischen der Verlautbarung der Wahlkundmachung und dem ersten möglichen Wahltag muss ein Zeitraum von mindestens zehn Wochen liegen.

(2) In der Wahlkundmachung müssen alle für die Wählergruppen und Wahlberechtigten zur Beteiligung an der Wahl (Besetzung) erforderlichen Angaben enthalten sein. Die Wahlkundmachung hat sich in fünf Abschnitte zu gliedern, und zwar in je einen Teil für

- 1) die Urwahlen
- 2) die Besetzung der Spartenvertretungen der Landeskammer
- 3) die Besetzung der Spartenvertretungen der Bundeskammer
- 4) die Besetzung der Fachverbandsausschüsse und
- 5) allgemeine Inhalte.

(3) Die Wahlkundmachung hat insbesondere zu enthalten

1) Für die Urwahlen:

a) Die Wahltage, Wahlorte und Wahllokale sowie die Wahlzeiten, wobei unterschiedliche Wahltage und Wahlzeiten für verschiedene Wahlsprengele nach Gesichtspunkten örtlicher Zweckmäßigkeit festgelegt werden können;

b) den Hinweis, an welcher Stelle sowie innerhalb welcher Zeit die Wählerlisten zur Einsichtnahme bereitgestellt werden;

c) den Hinweis, dass Kammermitglieder, deren Berechtigung zum Stichtag der Wahl ruhend gemeldet ist, über ihren Antrag in die Wählerliste aufgenommen werden;

d) die Aufforderung, dass Wahlvorschläge für die Urwahlen schriftlich bei der Hauptwahlkommission spätestens sechs Wochen vor dem ersten möglichen Wahltag eingebracht werden können;

e) die Bestimmung, dass Wahlvorschläge von wahlberechtigten Mitgliedern der jeweiligen Fachorganisation unterstützt werden müssen. Die Zahl der Unterstützer hat zu betragen:

Bei einer Anzahl von bis zu	25 Wahlberechtigten	1
von 26 bis zu	100 Wahlberechtigten	2
von 101 bis zu	200 Wahlberechtigten	3
von 201 bis zu	300 Wahlberechtigten	4
von 301 bis zu	400 Wahlberechtigten	5
von 401 bis zu	500 Wahlberechtigten	6
von 501 bis zu	600 Wahlberechtigten	7
von 601 bis zu	700 Wahlberechtigten	8
von 701 bis zu 800	Wahlberechtigten	9
über 800	Wahlberechtigten	10

f) die Anzahl der Wahlberechtigten je Fachgruppe und Fachvertretung.

2) Für die Besetzung der Spartenvertretungen der Landeskammer:

Die Inhalte der Bestimmungen des § 101 Abs. 2 und 3.

3) Für die Besetzung der Spartenvertretungen der Bundeskammer:

Die Inhalte der Bestimmungen des § 109 Abs. 2 und 3.

4) Für die Besetzung der Fachverbandsausschüsse:

Die Inhalte der Bestimmungen des § 107 Abs. 2 und 3.

5) Allgemeine Inhalte:

a) Die zu wählenden (besetzenden) Organe sowie die Anzahl der bei den Wahlen (Besetzungen) jeweils zu vergebenden Mandate;

b) die Bestimmung, dass Besetzungsvorschläge für die Spartenvertretungen der Landeskammer und der Bundeskammer von so vielen wahlberechtigten Mitgliedern der jeweiligen Sparte unterstützt werden müssen, wie Mandate zur Vergebung gelangen.

c) die Bestimmung, dass Wahl- und Besetzungsvorschläge mindestens einen Bewerber enthalten müssen und nicht mehr als doppelt so viele Bewerber enthalten dürfen, als Mandate zur Vergebung gelangen;

- d) die Bestimmung, dass auf Wahl - und Besetzungsvorschlägen nur Personen vorgeschlagen werden können, die für die jeweilige Fachorganisation (Sparte) wahlberechtigt sind;
 - e) den Hinweis, dass verspätet eingebrachte Wahl - und Besetzungsvorschläge nicht berücksichtigt werden;
 - f) die Festsetzung des Tages, an dem die Wahlvorschläge verlaublich werden.
- (4) Die Wahlkundmachung ist zu verlaublicharen.“

72. § 85 lautet

„Aktives und passives Wahlrecht

§ 85. (1) Das aktive Wahlrecht richtet sich nach den Bestimmungen des § 73 Abs. 3 bis 5. Voraussetzung für die Zulassung zur Wahlhandlung ist die Eintragung in die Wählerliste der zuständigen Fachgruppe oder Fachvertretung.

(2) Juristische Personen und sonstige Rechtsträger haben zur Ausübung des aktiven Wahlrechtes einen Gesellschafter, ein Vorstand - oder Aufsichtsratsmitglied, einen Geschäftsführer oder Prokuristen zu bevollmächtigen. Eine entsprechende Vollmacht ist vorzulegen. Für öffentliche Unternehmungen ist der von dem zuständigen Organ mit der Ausübung des Wahlrechtes betraute und hierüber durch eine schriftliche Erklärung ausgewiesene Vertreter wahlberechtigt.

(3) Wählbar in die Organe der Kammern und der Fachorganisationen sind die gemäß § 73 Abs. 6 bis 8 passiv wahlberechtigten Personen.

(4) Bei juristischen Personen und sonstigen Rechtsträgern ist das passive Wahlrecht nicht an die Person gebunden, durch die das aktive Wahlrecht ausgeübt wird. Wählbar ist auch jeder andere Gesellschafter, jedes andere Vorstands - oder Aufsichtsratsmitglied und jeder andere Geschäftsführer oder Prokurist der juristischen Person oder des sonstigen Rechtsträgers, sofern diese juristische Person oder der sonstige Rechtsträger für den Betreffenden eine firmenmäßig gezeichnete Einverständniserklärung aussteht und auch dieser die Voraussetzungen für die Wählbarkeit erbringt. Die Einverständniserklärung ist unwiderruflich. Sie erlischt jedoch bei Ausscheiden des Mandatars (Bewerbers) aus der betreffenden juristischen Person oder dem sonstigen Rechtsträger.

(5) Innerhalb einer Fachgruppe oder Fachvertretung hat jeder Wahlberechtigte nur eine Stimme und ist nur einmal wählbar.

(6) Stichtag für die Wahlen und Besetzungen ist der Tag der Wahlauschreibung. Nach ihm bestimmen sich die Voraussetzungen des aktiven und passiven Wahlrechtes.“

4. Abschnitt Fachgruppen und Fachvertretungen

73. § 86 lautet:

„Wählerlisten

§ 86. (1) Für jede Fachgruppe und Fachvertretung ist eine Wählerliste zu erstellen.

(2) In der Wahlordnung sind nähere Bestimmungen über die Anlage der Wählerlisten und ihre Verlaublichbarung zu treffen.

(3) Jede Landeskammer hat auf Verlangen den in ihrem Wirtschaftsparlament vertretenen Wählergruppen jene Daten zu übermitteln, die zur laufenden Führung der Listen der wahlberechtigten Kammermitglieder notwendig sind. Der Kostenersatz ist vom Präsidium der Landeskammer zu regeln. Den Wählergruppen ist eine Weitergabe dieser Daten untersagt.“

74. § 87 lautet:

„Einspruch gegen die Wählerlisten und Anträge auf Aufnahme in die Wählerlisten

§ 87. (1) Einsprüche wegen der Aufnahme vermeintlich Nichtwahlberechtigter oder wegen der Nichtaufnahme vermeintlich Wahlberechtigter in die Wählerliste können von jedem in der betreffenden Fachgruppe oder Fachvertretung Wahlberechtigten oder von den Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die in der abgelaufenen Funktionsperiode im Wirtschaftsparlament der betreffenden Kammer vertreten waren, schriftlich an die Wahlkommission gerichtet werden und müssen dort binnen zehn Tagen nach Verlautbarung der Wählerlisten eingelangt sein. Die Wahlkommission hat Personen, gegen deren Aufnahme in die Wählerliste Einspruch erhoben wurde, hievon mittels bescheinigter Postsendung zu verständigen. Einwendungen der Betroffenen können nur berücksichtigt werden, wenn sie bis spätestens am letzten Werktag vor dem Ablauf der Entscheidungsfrist gemäß Abs. 3 bei der Wahlkommission schriftlich einlangen.

(2) Anträge von Kammermitgliedern auf Aufnahme in die Wählerliste gemäß § 73 Abs. 3 müssen binnen zehn Tagen nach Verlautbarung der Wählerlisten bei der zuständigen Wahlkommission eingelangt sein.

(3) Die Wahlkommission hat binnen zehn Tagen nach Ablauf der Frist gemäß Abs. 1 und 2 über die Einsprüche und Anträge zu entscheiden.

(4) Gegen die Entscheidung der Wahlkommission gemäß Abs. 3 ist ein weiteres ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig.

(5) Bei offensichtlichen Verfahrensfehlern kann die Hauptwahlkommission jedoch eine amtswegige Berichtigung der Entscheidung einer Wahlkommission vornehmen.

(6) Durch Einsprüche gemäß Abs. 1 oder Anträge gemäß Abs. 2 bedingte Änderungen in der Anzahl der Wahlberechtigten haben keinen Einfluss auf die gemäß § 85 Abs. 3 Z 1 lit. e und f erforderliche Anzahl an Unterstützern.“

75. § 88 lautet:

„Wahlvorschläge

§ 88. (1) Wählergruppen, die sich an der Wahl beteiligen wollen, haben ihre Wahlvorschläge aufgrund der Inhalte der Wahlkundmachung für die jeweiligen Fachgruppen und Fachvertretungen der Hauptwahlkommission schriftlich vorzulegen. Die Wahlvorschläge müssen bis spätestens sechs Wochen vor dem ersten Wahltag bei der Hauptwahlkommission eingelangt sein. Die Hauptwahlkommission hat den Empfang des Wahlvorschlages unter Angabe des Tages und der Zeit seines Einlangens zu bestätigen.

(2) Die Wahlvorschläge müssen mindestens einen Bewerber, dürfen aber höchstens doppelt so viele Bewerber, wie Mandate zu vergeben sind, aufweisen. Der jeweilige Bewerber muß für die betreffende Fachorganisation wählbar sein.

(3) Dem Wahlvorschlag sind anzuschließen:

1. Die Unterstützungserklärungen der Wahlberechtigten mit der Beifügung des Standortes der Berechtigung.

2. Die Zustimmung des Bewerbers zu seiner Aufnahme in den Wahlvorschlag (Zustimmungserklärung).

3. Die Erklärung der juristischen Person oder des sonstigen Rechtsträgers gemäß § 85 Abs. 4 (Einverständniserklärung). Die Unterstützungserklärung und die Zustimmungserklärung sind vom Unterstützer (Bewerber) zu unterfertigen, die Einverständniserklärung ist firmenmäßig zu zeichnen.

(4) Jeder Wahlvorschlag hat eine von bereits eingereichten oder gemäß § 89 Abs. 5 von der Hauptwahlkommission der Bundeskammer zu reihenden Wahlvorschlägen eindeutig unterscheidbare Bezeichnung zu führen. Fehlt eine solche Bezeichnung, so ist

der Wahlvorschlag nach dem Listenführer, das ist der an erster Stelle vorgeschlagene Bewerber, zu benennen.

(5) Innerhalb einer Fachgruppe oder Fachvertretung kann jeder Wahlwerber nur im Wahlvorschlag einer Wählergruppe aufscheinen. Wenn er auch im Wahlvorschlag einer anderen Wählergruppe enthalten ist, ist er von der Geschäftsstelle der Hauptwahlkommission aufzufordern, binnen drei Tagen nach Zustellung der Aufforderung zu erklären, für welchen der Wahlvorschläge er sich entscheidet. Von allen anderen Wahlvorschlägen ist er zu streichen. Die Erklärung muß bis spätestens zum Ablauf des dritten Tages nach der Zustellung bei der Hauptwahlkommission eingelangt sein. Wenn er sich nicht oder nicht rechtzeitig erklärt, ist er von allen Wahlvorschlägen zu streichen.

(6) Bereits eingereichte gültige Wahlvorschläge bleiben gültig, auch wenn nachträglich eine Verminderung der im Wahlvorschlag bezeichneten Bewerber oder Unterstützer eintritt.“

76. § 89 lautet

„Prüfung, Abänderung und Verlautbarung der Wahlvorschläge

§ 89. (1) Die Hauptwahlkommission hat die innerhalb der Einreichungsfrist eingereichten Wahlvorschläge zu prüfen und vorhandene Mängel innerhalb von einer Woche nach Ablauf der Einreichfrist dem Zustellungsbevollmächtigten der Wählergruppe mitzuteilen. Zur Behebung der Mängel ist eine Frist von einer Woche zu setzen. Änderungen im Wahlvorschlag oder dessen Zurückziehung sind spätestens bis zum Ablauf des 36. Tages vor dem ersten Wahltag der Hauptwahlkommission schriftlich anzuzeigen. Änderungen im Wahlvorschlag durch Neuaufnahme von Wahlwerbern und die Zurückziehung des Wahlvorschlages müssen von mehr als der Hälfte der Unterstützer gefertigt sein.

(2) Wahlvorschläge, die verspätet eingereicht wurden, sowie Wahlvorschläge, die nicht die erforderliche Mindestzahl von Unterschriften von Unterstützern und nicht mindestens einen wählbaren Wahlwerber aufweisen, sind nicht zuzulassen.

(3) Wird kein Wahlvorschlag eingereicht oder können sämtliche eingereichte Wahlvorschläge wegen Mangelhaftigkeit nicht zugelassen werden, so hat die Hauptwahlkommission über eine neuerliche Wahlauschreibung zu entscheiden.

(4) Wird nur ein gültiger Wahlvorschlag eingebracht, hat die Hauptwahlkommission von der Fortsetzung des Wahlverfahrens abzusehen, diese Tatsache zu verlautbaren und die Wahlwerber des Wahlvorschlages mit dem Wahltag als gewählt zu erklären.

(5) Die eingereichten gültigen Wahlvorschläge sind von der Hauptwahlkommission in der von ihr festgestellten Reihenfolge mit fortlaufender Numerierung der Wahlwerber zu verlautbaren. Die Reihenfolge, in der die Wahlvorschläge zu verlautbaren sind, richtet sich bei jenen Wählergruppen, die im Wirtschaftsparlament der Bundeskammer vertreten sind, nach der Zahl der Mandate, die die Wählergruppe, in deren Nachfolge eine Wählergruppe nunmehr auftritt, bei den letzten Urwahlen im Bereich aller Landeskammern erreicht hat. Die Reihenfolge dieser Wahlvorschläge ist von der Hauptwahlkommission der Bundeskammer für alle Landeskammern verbindlich festzulegen. Die übrigen Wahlvorschläge sind danach entsprechend dem Zeitpunkt ihres Einlangens bei der Geschäftsstelle der Hauptwahlkommission anzuführen.

(6) Die für die Zurechnung gemäß § 101 Abs. 4 erforderliche Kennzeichnung der einzelnen Bewerber hat bis spätestens eine Woche vor dem ersten Wahltag zu erfolgen.

(7) Die Verlautbarung der Wahlvorschläge muss spätestens eine Woche vor dem ersten möglichen Wahltag erfolgen, wobei der Tag der Verlautbarung in der Wahlkundmachung anzuführen ist. Die Wahlvorschläge müssen außerdem während dreier Tage vor dem ersten Wahltag an den in der Wahlkundmachung bezeichneten Stellen zur Einsichtnahme aufliegen.“

77. § 90 lautet:

„Wahlkarten

§ 90. (1) Wahlberechtigte haben, sofern die Wahl nicht auf elektronischem Weg erfolgt, Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte für die Urwahlen. Mit der Wahlkarte ist die Berechtigung zur Stimmabgabe verbunden.

(2) Wahlkartenwähler haben die Wahlkarte samt den Wahlunterlagen an die zuständige Hauptwahlkommission oder an die von dieser bestimmten Stelle rückzuübermitteln. Die Wahlkarte muss spätestens am vorletzten Werktag vor dem ersten möglichen Wahltag bei der zuständigen Hauptwahlkommission oder der von dieser bestimmten Stelle eingelangt sein, widrigenfalls sie nicht berücksichtigt wird.

(3) In der Wahlordnung sind die näheren Bestimmungen über die Wahlkarten und die Durchführung der Wahlkartenwahl zu treffen.“

78. § 91 lautet:

„Stimmzettel

§ 91. (1) Die Stimmabgabe erfolgt mittels Stimmzettel. Für jede Fachgruppe und Fachvertretung ist ein Stimmzettel aufzulegen, der die Bezeichnung der Wählergruppen in der Reihenfolge zu enthalten hat, in der ihre Wahlvorschläge verlautbart wurden. Den unterscheidenden Bezeichnungen der Wählergruppen sind die Worte „Liste 1, 2, 3 usw.“ in fortlaufender Numerierung voran zu setzen. Für die Ausübung des Rechtes auf Vergabe einer Vorzugsstimme ist eine entsprechende Rubrik vorzusehen. Auf eine Lesbarkeit der Stimmzettel durch Einrichtungen der elektronischen Datenverarbeitung ist Bedacht zu nehmen. Die Stimmzettel dürfen nur auf Anordnung der Hauptwahlkommission hergestellt werden.

(2) Kann einem Wähler, ausgenommen Wahlkartenwähler, ein Stimmzettel gemäß Abs. 1 nicht ausgefolgt werden, ist dem Wähler ein leerer Stimmzettel zu überreichen. Der leere Stimmzettel hat eine Rubrik zu enthalten, in die der Wähler die Bezeichnung oder die allfällige Kurzbezeichnung oder die Listenummer oder einen, mehrere oder alle Bewerber der von ihm gewählten Wählergruppe eintragen kann. Vor Ausgabe des leeren Stimmzettels an den Wähler vermerkt der Vorsitzende der Zweigwahlkommission auf dem Stimmzettel durch eine Kurzbezeichnung, für welche Fachgruppe oder Fachvertretung diese Wahlstimme abgegeben wird. Der Abs. 1 gilt sinngemäß.

(3) Im Falle der Durchführung der Wahl auf elektronischem Weg hat der elektronische Stimmzettel den Anforderungen des Abs. 1 zu entsprechen.“

79. § 92 lautet:

„Abstimmungsverfahren

§ 92. (1) An dem (den) in der Wahlkundmachung festgesetzten Wahltag (Wahltagen) haben sich die Zweigwahlkommissionen in den festgesetzten Wahllokalen zu versammeln.

(2) Jeder Zweigwahlkommission müssen zur Verfügung stehen:

- a) die Wählerliste,
- b) ein Abstimmungsverzeichnis und sofern die Abstimmung nicht auf elektronischem Weg durchgeführt wird,
- c) eine genügende Anzahl von Stimmzettel und von undurchsichtigen Wahlkuverts,
- d) leere Stimmzettel und
- e) zumindest eine Wahlurne.

(3) In jedem Wahllokal muss zumindest eine geeignete Wahlzelle vorbereitet sein. Sie muss so beschaffen sein, dass eine geheime Stimmabgabe gewährleistet ist.

(4) Im Falle der Durchführung der Wahl auf elektronischem Weg ist dem Wahlberechtigten die Abgabe der Stimme auf elektronischem Weg im Sinne des Abs. 3 zu ermöglichen.“

80. § 93 lautet:

„Stimmabgabe

§ 93. (1) Zur Stimmabgabe sind nur die in den Wählerlisten eingetragenen Wahlberechtigten berechtigt.

(2) Die Stimmabgabe hat mit dem auf Anordnung der Hauptwahlkommission hergestellten Stimmzettel zu erfolgen.

(3) Das Wahlrecht ist durch den Wahlberechtigten persönlich oder den gemäß § 85 Abs. 2 Bevollmächtigten auszuüben. Blinde und gebrechliche Personen können sich von einer Begleitperson führen und diese für sich abstimmen lassen.“

81. § 94 lautet:

„Gültige Stimmen

§ 94. (1) Der Stimmzettel ist gültig ausgefüllt, wenn aus ihm eindeutig zu erkennen ist, welche Wählergruppe der Wähler wählen wollte. Dies ist der Fall, wenn der Wähler in einem der rechts von jeder Wählergruppe hinzugefügten leeren Kreise ein Kreuz oder ein anderes Zeichen anbringt, aus dem eindeutig hervorgeht, dass er die in derselben Zeile angeführte Wählergruppe wählen will. Der Stimmzettel ist aber auch dann gültig ausgefüllt, wenn der Wille des Wählers auf andere Weise, zum Beispiel durch Anhaken, Unterstreichen, sonstige entsprechende Kennzeichnung einer Wählergruppe, durch Durchstreichen der übrigen Wählergruppen oder durch Bezeichnung wenigstens eines Bewerbers einer Wählergruppe oder durch Abgabe der Vorzugsstimme eindeutig zu erkennen ist.

(2) Wird bei der Stimmabgabe ein anderer Stimmzettel als der über Anordnung der Hauptwahlkommission hergestellte verwendet, so ist diese Stimme ungültig.

82. § 95 lautet:

„Vorzugsstimme

§ 95. (1) Der Wähler kann auf dem Stimmzettel den Namen eines bestimmten Bewerbers der von ihm gewählten Wählergruppe eintragen. Dies kann auch durch Angabe der Ziffer, die der Bewerber auf dem Wahlvorschlag erhalten hat, erfolgen.

(2) Es kann nur eine Vorzugsstimme gültig abgegeben werden. Werden zwei oder mehrere Vorzugsstimmen abgegeben, dann gilt die in der Reihenfolge zuerst gesetzte Vorzugsstimme.

(3) Die Abgabe einer Vorzugsstimme gilt nur für die vom Wähler gewählte Wählergruppe.

(4) Wurde eine Vorzugsstimme abgegeben, ohne dass eine Wählergruppe gekennzeichnet ist, so gilt die Stimme für jene Wählergruppe, auf deren Wahlvorschlag der genannte Bewerber steht. Auch die Vorzugsstimme gilt. Unter Berücksichtigung des Abs. 2 gilt dies auch bei Abgabe mehrerer Vorzugsstimmen für nur eine Wählergruppe.

(5) Vorzugsstimmen für Bewerber verschiedener Wählergruppen ohne Bezeichnung einer Wählergruppe, machen diese Wahlstimme ungültig.

(6) Vorzugsstimmen sowie Ziffern, die einer Wählergruppe angefügt werden und ihr nicht zuzuordnen sind, gelten als nicht beigesetzt."

83. § 96 lautet:

„Organisatorische Maßnahmen nach der Wahl und Stimmzählung

§ 96. (1) Wenn die für die Wahlhandlung festgesetzte Zeit abgelaufen ist und alle bis dahin im Wahllokal erschienenen Wähler abgestimmt haben, hat der Wahlleiter die Stimmabgabe für geschlossen zu erklären.

(2) Die näheren Bestimmungen über die Übermittlung der Wahlunterlagen, die Übernahme dieser durch die Hauptwahlkommission, die Verteilung der Wahlkuverts an die Wahlkommissionen und die Entnahme der Stimmzettel hat die Wahlordnung zu treffen.

(3) Die Stimmzählung im gesamten Bundesgebiet darf erst dann eingeleitet werden, wenn die Stimmabgabe im Bereich aller Landeskammern beendet ist.

(4) Bei der Verwendung von Einrichtungen der elektronischen Datenverarbeitung für die Stimmzählung kann eine Entnahme der Stimmzettel aus den Wahlkuverts und die Erfassung in unveränderbaren Stimmzettel - Bilddateien auch durch eine von den Wahlkommissionen ermächtigte, in der betreffenden Wirtschaftskammer eingerichtete zentrale Stelle erfolgen.

(5) Die Wahlkommission oder die dazu ermächtigte zentrale Stelle hat für jede Fachgruppe (Fachvertretung) festzustellen:

- a) die Gesamtsumme der abgegebenen ungültigen und gültigen Stimmen,
- b) die Summe der ungültigen Stimmen,
- c) die Summe der gültigen Stimmen
- d) die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen gültigen Stimmen und
- e) die Anzahl der auf die einzelnen Bewerber entfallenden gültigen Vorzugsstimmen.“

84. § 97 lautet:

„Mandatsermittlung und Verlautbarung des Wahlergebnisses

§ 97. (1) Die Hauptwahlkommission hat die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Mandate zu ermitteln.

(2) Die Mandate sind auf Grund der Wahlzahl zuzuteilen. Die Wahlzahl ist zu ermitteln, indem die Summen der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Stimmen, nach ihrer Größe geordnet, nebeneinander geschrieben werden. Unter jede dieser Summen ist die Hälfte, darunter das Drittel, das Viertel und je nach Bedarf noch weitere folgende Teilzahlen zu schreiben. Auch Bruchteile von Zahlen sind zu berücksichtigen. Als Wahlzahl gilt, nach der Größe fallend, die Sovielte der angeschriebenen Zahlen, wie Mitglieder in das betreffende Organ zu wählen sind.

(3) Jede Wählergruppe erhält so viele Mandate, wie die Wahlzahl in ihrer Stimmensumme enthalten ist. Wenn nach dieser Berechnung zwei Wählergruppen auf ein Mandat den gleichen Anspruch haben, so entscheidet das Los.

(4) Hat eine Wählergruppe aufgrund der Zuteilung gemäß der Abs. 2 und 3 kein Mandat erhalten, gilt, wenn auf sie zumindest fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen entfallen, der erstgereichte Bewerber als gewählt. Die vorstehende Bestimmung gilt nicht für die Wahl der Fachvertreter. Das Mandat wird der im Wahlkatalog festgelegten Mandatszahl hinzugeschlagen.

(5) Haben mehrere Wählergruppen Anspruch auf das Minderheitenmandat gemäß Abs. 4 gilt dieses Recht nur für die stimmenstärkste Wählergruppe. Bei einer Stimmengleichheit mehrerer Wählergruppen entscheidet das Los.

(6) Einem Mandatar gemäß den Bestimmungen der Abs. 4 und 5 steht das Wahlrecht bei der Wahl gemäß § 99 nur zu, wenn die Anzahl der auf die Wählergruppe entfallenden gültigen Stimmen mehr als zehn Prozent betrug.

(7) Die Gesamtzahl der auf jeden Bewerber entfallenden Vorzugsstimmen hat die Wahlkommission zu ermitteln. Nach Feststellung der Anzahl der auf jede Wählergruppe entfallenden Mandate richtet sich die Reihenfolge der Zuweisung der Mandate vorerst nach der Reihenfolge der Bewerber auf dem Wahlvorschlag. Bewerbern, die nicht bereits aufgrund des Wahlvorschlages als gewählt erscheinen, deren Vorzugsstimmen aber zumindest eine Anzahl erreichen, die der Wahlzahl entspricht, ist ein Mandat zuzuweisen. Sie verdrängen den oder die bei der ursprünglichen Mandatszuweisung nach dem Wahlvorschlag zuletzt zu berücksichtigenden Bewerber, sofern die Vorzugsstimmen solcher Bewerber nicht ebenfalls die Wahlzahl erreichen oder übersteigen. Innerhalb dieser zusätzlich zu berücksichtigenden Vorzugsstimmenträger wird nach der Anzahl der Vorzugsstimmen gereiht, wobei der Höchstzahl der Vorzugsstimmen jeweils die nächstniedrigere Anzahl folgt. Bei Gleichheit der Vorzugsstimmen ist für die Reihung die ursprüngliche Reihenfolge der Bewerber auf dem Wahlvorschlag maßgebend. Die Reihenfolge der Bewerber ohne eine für die Vorreihung ausreichende Anzahl von Vorzugsstimmen richtet sich nach der Reihung auf dem Wahlvorschlag.

(8) Die Hauptwahlkommission hat von jeder Wählergruppe so viele Bewerber, wie ihr Mandate zukommen, für gewählt zu erklären und die Namen der gewählten Mitglieder zu verlautbaren“

85. § 98 lautet:

„Einspruch gegen die Ermittlung und das Wahlergebnis

§ 98. (1) Der Zustellungsbevollmächtigte einer betroffenen Wählergruppe kann nach Verlautbarung des endgültigen Wahlergebnisses gegen dessen Ermittlung schriftlich Einspruch bei der Hauptwahlkommission erheben. Der Einspruch muss für jede Fachgruppe oder Fachvertretung gesondert eingebracht werden und muss binnen einer Woche bei der Hauptwahlkommission eingelangt sein. Der Einspruch hat eine Begründung zu enthalten. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

(2) Die Hauptwahlkommission hat auf Grund der Aktenlage das Wahlergebnis zu überprüfen und allfällige Unrichtigkeiten sofort richtig zu stellen. Gegebenenfalls ist die Verlautbarung für nichtig zu erklären und das richtige Ergebnis zu verlautbaren.

(3) Wurden wesentliche Bestimmungen über das Wahlverfahren verletzt, bei deren Beachtung das Wahlergebnis voraussichtlich ein anderes gewesen wäre, hat die Hauptwahlkommission die Wahl für ungültig zu erklären und eine neue Wahl auszuschreiben. Die Entscheidung der Hauptwahlkommission ist allen betroffenen Wählergruppen mitzuteilen.

(4) Gegen die Abweisung des Einspruchs steht binnen einer Woche nach Zustellung der Entscheidung der Hauptwahlkommission die Beschwerde an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit offen, die bei der Hauptwahlkommission einzubringen ist. Ebenso steht die Beschwerde gegen eine stattgebende Entscheidung der Hauptwahlkommission jenen Wählergruppen zu, die keinen Einspruch erhoben haben.

(5) Wenn der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit die Wahlhandlung für ungültig erklärt, hat er gleichzeitig anzuordnen welche Teile der Wahlhandlung bei der unverzüglich auszuschreibenden Neuwahl vorzunehmen sind.

(6) Die Bestimmung des § 76 Abs. 2 gilt sinngemäß."

86. § 99 lautet:

„Wahl des Obmannes der Fachgruppe und seiner Stellvertreter sowie der Vorsitzenden der Fachvertreter

§ 99. (1) Nach der Verlautbarung des endgültigen Wahlergebnisses ist die Wahl des Obmannes und seiner beiden Stellvertreter durch die Mitglieder des Fachgruppenausschusses und die Wahl des Vorsitzenden der Fachvertreter durch die Fachvertreter durchzuführen.

(2) Wählbar sind nur die Mitglieder des Fachgruppenausschusses (die Fachvertreter).

(3) Der Wahlleiter darf dem jeweiligen Fachgruppenausschuss (den Fachvertretern) nicht als Mitglied angehören.

(4) Zur Erstattung eines Wahlvorschlags ist jedes Mitglied eines Fachgruppenausschusses berechtigt, sofern die Zustimmung von mehr als der Hälfte jener Mitglieder des Fachgruppenausschusses, die seiner Wählergruppe angehören, nachgewiesen wird; dies gilt sinngemäß auch für die Wahl des Vorsitzenden der Fachvertreter. Jeder Bewerber kann nur in einem Wahlvorschlag aufscheinen.

(5) Liegt nur ein Wahlvorschlag vor, so entfällt jede weitere Wahlhandlung und die vorgeschlagenen Bewerber gelten als gewählt.

(6) Das Wahlergebnis ist von der Hauptwahlkommission zu verlautbaren.

(7) § 98 gilt mit der Maßgabe, dass das Wahlergebnis von den Zustellungsbevollmächtigten der im Fachgruppenausschuss oder bei den Fachvertretern vertretenen Wählergruppen beansprucht werden."

87. § 100 lautet:

„Wahlen innerhalb einer Funktionsperiode

§ 100. (1) Wenn infolge der Errichtung eines Fachverbandes während einer Funktionsperiode Wahlen in die entsprechenden Fachgruppen oder Fachvertretungen abzuhalten sind, sind die Bestimmungen der Abschnitte 1 bis 4 und 7 des 3. Hauptstückes anzuwenden. Die näheren Bestimmungen hat die Wahlordnung zu treffen, wobei die Wahl auch ausschließlich in Form einer Wahlkartenwahl durchgeführt werden kann.

(2) Die gemäß Abs. 1 durchgeführten Wahlen haben in der bereits laufenden Funktionsperiode, mit Ausnahme der Besetzung des Fachverbandsausschusses, keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung anderer Organe der betreffenden Landeskammer und der Bundeskammer.

(3) Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 gelten sinngemäß, wenn in der laufenden Funktionsperiode eine Fachvertretung in eine Fachgruppe umgewandelt wird.

(4) Werden Berufsgruppen innerhalb bestehender Fachverbände umgegliedert, hat die Hauptwahlkommission der Bundeskanzler zu prüfen, ob eine Vertretung der umgegliederten Berufsgruppe im neuen Fachverband und in den betreffenden Fachgruppen (Fachvertretungen) durch andere Maßnahmen insbesondere durch Nachbesetzungen gemäß § 115 gewährleistet werden kann. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, hat die Hauptwahlkommission der Bundeskanzler nach Befragung der Landeskammern eine Neuwahl gemäß Abs. 1 und 2 anzuordnen.“

5. Abschnitt Sparten der Landeskammern

88. § 101 lautet:

„Besetzung der Spartenvertretungen

§ 101. (1) Die Hauptwahlkommission hat die Mandate der Mitglieder der Spartenvertretungen zu besetzen.

(2) Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die in der betreffenden Sparte zumindest einen gültigen Wahlvorschlag für die Urwahlen eingebracht haben, können in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der §§ 84 Abs. 3 Z 5 lit. b, 85 Abs. 3 bis 6 und 88 spätestens vier Wochen vor dem ersten möglichen Wahltag einen Besetzungsvorschlag bei der Hauptwahlkommission einreichen. Die Zurückziehung eines eingebrachten Besetzungsvorschlages durch den Zustellungsbevollmächtigten ist bis spätestens zehn Tage vor dem ersten möglichen Wahltag möglich.

(3) Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die berechtigt sind einen Besetzungsvorschlag gemäß Abs. 2 einzureichen, können der Hauptwahlkommission bis spätestens eine Woche vor dem ersten möglichen Wahltag auch mitteilen, dass die Wählergruppe

a) sich für die Besetzung der Spartenvertretung mit einer anderen Wählergruppe vereinigt oder

b) (die) Mandate, die sie bei der Urwahl in der betreffenden Sparte erreicht, einer oder mehreren anderen Wählergruppe(n), die einen Besetzungsvorschlag eingebracht hat (haben), zurechnen lässt.

(4) Für den Fall, dass vom Zustellungsbevollmächtigten eine Zurechnungserklärung gemäß Abs. 3 lit. b abgegeben wird, hat dieser, wenn für die betreffende Fachgruppe (Fachvertretung) mehrere gültige Wahlvorschläge eingebracht wurden, auf dem Wahlvorschlag für die Fachgruppe (Fachvertretung) bei jedem Bewerber anzuführen, welcher der Wählergruppen er zuzurechnen ist. Wird eine solche Kennzeichnung der einzelnen Bewerber im Wahlvorschlag für die Fachgruppe (Fachvertretung) nicht bis spätestens eine Woche vor dem ersten möglichen Wahltag durchgeführt, ist die abgegebene Zurechnungserklärung für die betreffende Fachgruppe (Fachvertretung) ungültig.

(5) Eine Fachgruppe (Fachvertretung) soll höchstens durch zwei Mitglieder in der Spartenvertretung vertreten sein.

(6) Die Hauptwahlkommission hat nach Ende der Einreichfrist die Besetzungsvorschläge in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 89 zu prüfen und zu verlautbaren. Die vom Zustellungsbevollmächtigten gemäß Abs. 4 vorgenommene Kennzeichnung der einzelnen Bewerber ist jedoch nicht zu verlautbaren.

(7) Nach Abschluss der Ermittlung der Ergebnisse der Urwahlen gemäß § 97 hat die Hauptwahlkommission den Wählergruppen, die Besetzungsvorschläge eingebracht haben, die Mandate zuzuteilen. Von einem Zustellungsbevollmächtigten gemäß Abs. 3 lit. b mitgeteilte Zurechnungen sind zu berücksichtigen. Die Anzahl der auf die einzelnen Wählergruppen bei den Urwahlen in der betreffenden Sparte entfallenen Mandate entspricht dabei der Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen.

(8) Hat eine Wählergruppe, die für die Urwahlen der betreffenden Sparte zumindest einen gültigen Wahlvorschlag und einen Besetzungsvorschlag für die Spartenvertretung eingebracht hat, aufgrund der Zuteilung gemäß Abs. 7 kein Mandat erhalten, gilt (gelten), wenn auf sie zumindest 7,5 Prozent von allen bei den Urwahlen der betreffenden Sparte zu vergebenden Mandate entfallen, der erstgereichte, bei einer Anzahl von mehr als 11,5 Prozent der Mandate die beiden erstgereichten Bewerber als gewählt.

(9) Hat eine Spartenvertretung höchstens zwölf Mitglieder, so gilt das Minderheitenrecht gemäß Abs. 8 auch bei einem Mandatsanteil von mehr als 11,5 Prozent nur für ein Mitglied.

(10) Das Minderheitenrecht gemäß der Abs. 7 bis 9 steht einer Wählergruppe nicht zu, wenn sie sich für die Besetzung der Spartenvertretung mit einer anderen Wählergruppe vereint. Bei der Berechnung der Gesamtzahl an Mandaten einer Wählergruppe für das Minderheitenrecht gemäß der Abs. 7 bis 9 sind weiters jene Mandate nicht zu zählen, die sie für die Besetzung der Spartenvertretung einer anderen Wählergruppe zurechnen ließ.

(11) Die Minderheitenmandate gemäß der Abs. 7 bis 9 werden der im Wahlkatalog festgelegten Mandatszahl hinzugeschlagen.

(12) Die Hauptwahlkommission hat die Namen der Mitglieder der Spartenvertretung zu verlautbaren.

(13) § 98 gilt sinngemäß.“

89. § 102 lautet:

„Bestellung weiterer Mitglieder der Spartenkonferenz

§ 102. (1) Wählergruppen, die in der Spartenkonferenz nicht im Verhältnis der bei den Urwahlen der betreffenden Sparte erreichten Mandate vertreten sind, können so viele weitere Mitglieder in die Spartenkonferenz entsenden, wie dies diesem Verhältnis entspricht.

(2) Die Mandatszahl für die Ermittlung der weiteren Vertreter in einer Spartenkonferenz ergibt sich aus der Summe der Anzahl der

a) Obmänner der Fachgruppen (Vorsitzende der Fachvertreter) der betreffenden Sparte und

b) Mitglieder der betreffenden Spartenvertretung.

(3) Das Entsendungsrecht gemäß Abs. 1 steht einer Wählergruppe nicht zu wenn sie sich für die Besetzung der Spartenvertretung mit einer anderen Wählergruppe vereint. Bei der Berechnung der Gesamtzahl an Mandaten einer Wählergruppe für das Entsendungsrecht gemäß Abs. 1 sind weiters jene Mandate nicht zu zählen, die sie für die Besetzung der Spartenvertretung einer anderen Wählergruppe zurechnen ließ.

(4) Die Vertretungsrechte jener Wählergruppen, die in der Spartenkonferenz bereits entsprechend dem Verhältnis gemäß Abs. 1 oder stärker vertreten sind, werden durch das Entsendungsrecht gemäß Abs. 1 nicht geschmälert.

(5) Die von den Wählergruppen entsandten Mitglieder müssen in eine der Fachgruppen (Fachvertretungen) der betreffenden Sparte wählbar sein. Sie sind von der Wählergruppe binnen einer Woche nach der Verlautbarung der Wahlen gemäß § 99 der Hauptwahlkommission mitzuteilen und von dieser zu bestellen und zu verlautbaren.

(6) § 98 gilt sinngemäß.“

90. § 103 lautet

„Wahl des Spartenobmannes und seiner Stellvertreter

§ 103. (1) Nach der Verlautbarung der Wahlen gemäß § 99 und der Bestellung gemäß § 102 ist von den Mitgliedern der Spartenkonferenz die Wahl des Spartenobmannes und seiner beiden Stellvertreter durchzuführen.

(2) Wählbar sind nur Personen, die der jeweiligen Spartenvertretung angehören.

(3) Die Bestimmungen des § 99 Abs. 3 bis 7 gelten sinngemäß.“

6. Abschnitt

Wirtschaftsparlament, Präsidium und Erweitertes Präsidium der Landeskammer

91. § 104 lautet:

„Bestellung weiterer Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes

§ 104. (1) Wählergruppen, die im Wirtschaftsparlament nicht im Verhältnis der bei den Urwahlen im gesamten erreichten Mandate vertreten sind, können so viele weitere Mitglieder in das Wirtschaftsparlament entsenden, wie dies diesem Verhältnis entspricht.

(2) Die Mandatszahl für die Ermittlung der weiteren Vertreter im Wirtschaftsparlament ergibt sich aus der Summe der gemäß § 101 besetzten Mitglieder aller Spartenvertretungen.

(3) Für die Berechnung der Gesamtzahl an Mandaten einer Wählergruppe gemäß Abs. 1 gilt folgendes:

a) Bei Wählergruppen die sich für die Besetzung einer Spartenvertretung im Sinne des § 101 Abs. 3 lit. a vereinigen, werden die von den ursprünglichen Wählergruppen bei den Urwahlen erreichten Mandate der vereinigten Wählergruppe zugerechnet, es sei denn der Zustellungsbevollmächtigte der vereinigten Wählergruppe gibt der Hauptwahlkommission bekannt, dass die bei der Urwahl erzielten Mandate den ursprünglichen Wählergruppen zugerechnet werden sollen; für diesen Fall hat der Zustellungsbevollmächtigte jedoch auch die Aufteilung der bei der Besetzung der Spartenvertretung erreichten Mandate auf die ursprünglichen Wählergruppen bekanntzugeben, widrigenfalls seine Erklärung nicht berücksichtigt wird.

b) Bei der Berechnung der Gesamtzahl an Mandaten einer Wählergruppe gemäß Abs. 1 sind weiters jene Mandate nicht zu zählen, die sie für die Besetzung der Spartenvertretung einer anderen Wählergruppe zurechnen ließ.

(4) Die Vertretungsrechte jener Wählergruppen, die im Wirtschaftsparlament bereits entsprechend dem Verhältnis gemäß Abs. 1 oder stärker vertreten sind werden durch das Entsendungsrecht gemäß Abs. 1 nicht geschmälert

(5) Die von der Wählergruppe entsandten Mitglieder müssen wählbar sein. Sie sind von der Wählergruppe binnen einer Woche nach Verlautbarung der Ergebnisse der Besetzungen gemäß § 101 der Hauptwahlkommission mitzuteilen, von dieser zu bestellen und zu verlautbaren.

(6) § 98 gilt sinngemäß.“

92. § 105 lautet:

„Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten

§ 105. (1) Nach Verlautbarung der Ergebnisse der Wahlen gemäß § 97 sowie der Besetzungen gemäß der §§ 101 und 104 ist die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten vom Wirtschaftsparlament durchzuführen. Die Wahl ist vom Vorsitzenden der Hauptwahlkommission zu leiten.

(2) Wählbar ist jedes passiv wahlberechtigte Mitglied.

(3) Zur Erstattung eines Wahlvorschlages ist jedes Mitglied des Wirtschaftsparlamentes berechtigt, sofern es die Zustimmung von mehr als der Hälfte jener Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes nachweist, die seiner Wählergruppe angehören. Jeder Bewerber kann nur in einem Wahlvorschlag aufscheinen.

(4) Die Bestimmungen des § 99 Abs. 5 bis 7 gelten sinngemäß.“

93. § 106 lautet:

„Bestellung weiterer Mitglieder des Erweiterten Präsidiums

§ 106. (1) Wählergruppen, die im Erweiterten Präsidium nicht im Verhältnis der bei den Urwahlen im gesamten erreichten Mandate vertreten sind, können so viele weitere Mitglieder in das Erweiterte Präsidium entsenden, wie dies diesem Verhältnis entspricht.

(2) Die Mandatszahl für die Ermittlung der weiteren Vertreter im Erweiterten Präsidium ergibt sich aus der Summe der

a) gewählten und gemäß § 63 Abs. 2 kooptierten Präsidenten,

b) Spartenobmännern und

c) gewählten und gemäß § 63 Abs. 2 kooptierten Spartenobmann - Stellvertreter, sofern deren Beiziehung vom Wirtschaftsparlament beschlossen wird.

(3) Ist eine Wählergruppe auch aufgrund der Zuteilung weiterer Mitglieder gemäß Abs. 1 und 2 nicht vertreten, kann sie wenn sie bei den Urwahlen im Bereich der gesamten Landeskammer zumindest fünf Prozent von allen zu vergebenden Mandaten erreicht hat, einen Vertreter, bei einer Mandatszahl von mehr als neun Prozent zwei Vertreter in das Erweiterte Präsidium entsenden.

(4) Hat das Erweiterte Präsidium jedoch höchstens zwölf Mitglieder, besteht das Entsendungsrecht gemäß Abs. 3 auch bei einer Mandatszahl von mehr als neun Prozent nur für ein Mitglied.

(5) Die gemäß § 63 Abs. 2 in das Präsidium der Landeskammer und in das Präsidium einer Sparte kooptierten Vertreter einer Wählergruppe sind dieser für die Berechnung gemäß Abs. 1 anzurechnen.

(6) Die Bestimmungen des § 104 Abs. 3 und 4 gelten sinngemäß.

(7) Die gemäß Abs. 1, 3 und 4 entsandten Mitglieder müssen Mitglied einer Spartenvertretung sein oder dem Kreis der weiteren Mitglieder gemäß § 104 angehören. Sie sind von der Wählergruppe binnen einer Woche nach der Verlautbarung der Wahlen gemäß § 103 und 105 sowie des Beschlusses des Wirtschaftsparlamentes gemäß § 25 Abs. 2 Z 2 der Hauptwahlkommission mitzuteilen, von dieser zu bestellen und zu verlautbaren.

(8) § 98 gilt sinngemäß.“

7. Abschnitt Fachverbände

94. § 107 lautet:

„Besetzung der Fachverbandsausschüsse

§ 107. (1) Die Hauptwahlkommission der Bundeskammer hat für die Einreichung der Besetzungsvorschläge einen zeitlichen Rahmen von einer Woche festzusetzen und hat diesen zumindest zwölf Wochen vor den Urwahlen den Hauptwahlkommissionen der Landeskammern mitzuteilen.

(2) Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die bei den Urwahlen der in den Wirkungsbereich des jeweiligen Fachverbandes fallenden Fachgruppen (Fachvertretungen) Mandate erreicht haben, können innerhalb des zeitlichen Rahmens gemäß Abs. 1 einen Besetzungsvorschlag für den Fachverbandsausschuss einreichen. Für

die Einreichung der Besetzungsvorschläge gelten die Bestimmungen der §§ 85 Abs. 3 bis 6 und 88 sinngemäß.

(3) Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die berechtigt sind einen Besetzungsvorschlag gemäß Abs. 2 einzureichen, können der Hauptwahlkommission der Bundeskammer auch mitteilen, dass die Wählergruppe

- a) sich für die Besetzung des Fachverbandsausschusses mit einer anderen Wählergruppe vereinigt und diese einen Besetzungsvorschlag einbringt oder
- b) (die) erreichte(n) Mandate einer oder mehreren anderen Wählergruppe(n) zurechnen lässt.

Die Mitteilung gemäß lit. a) muss spätestens zum Beginn, die Mitteilung gemäß lit. b) spätestens zum Ablauf der gemäß Abs. 1 festgesetzten Einreichfrist für Besetzungsvorschläge bei der Hauptwahlkommission der Bundeskammer eingelangt sein.

(4) Die Hauptwahlkommission der Bundeskammer hat die Besetzungsvorschläge zu prüfen und vorhandene Mängel innerhalb einer Woche nach Ablauf der Einreichfrist dem Zustellungsbevollmächtigten der Wählergruppe mitzuteilen. Zur Behebung der Mängel ist eine Frist von einer Woche zu setzen.

(5) Die Hauptwahlkommission der Bundeskammer hat nach Abschluss der Mängelbehebung gemäß Abs. 4 den Wählergruppen die Mandate zuzuteilen. Von einem Zustellungsbevollmächtigten gemäß Abs. 3 lit. b) mitgeteilte Zurechnungen sind zu berücksichtigen.

(6) Hat eine Wählergruppe, die für den Fachverbandsausschuss einen Besetzungsvorschlag eingebracht hat aufgrund der Zuteilung gemäß Abs. 5 kein Mandat erhalten, gilt (gelten) wenn auf sie zumindest fünf Prozent von allen bei den Urwahlen der Fachorganisationen des betreffenden Fachverbandes zu vergebenden Mandate entfallen, der erstgereichte, bei einer Anzahl von mehr als neun Prozent der Mandate die beiden erstgereichten Bewerber als gewählt.

(7) Das Minderheitenrecht gemäß Abs. 6 steht der betreffenden Wählergruppe nicht zu, wenn sie sich für die Besetzung des Fachverbandsausschusses mit einer anderen Wählergruppe vereint. Bei der Berechnung der Gesamtzahl an Mandaten einer Wählergruppe für das Minderheitenrecht gemäß Abs. 6 sind weiters jene Mandate nicht zu zählen, die sie einer anderen Wählergruppe zurechnen ließ.

(8) Die Minderheitenmandate gemäß Abs. 6 werden der im Wahlkatalog festgelegten Mandatszahl hinzugeschlagen.

(9) Die Hauptwahlkommission hat die Namen der Mitglieder der Fachverbandsausschüsse zu verlautbaren.

(10) § 98 gilt sinngemäß.“

95. § 108 lautet:

„Wahl des Obmannes des Fachverbandes und seine Stellvertreter

§ 108. (1) Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse gemäß § 107 ist die Wahl des Obmannes des Fachverbandes und seiner beiden Stellvertreter durchzuführen.

(2) Die Bestimmungen des § 99 Abs. 2 bis 7 gelten sinngemäß.“

8. Abschnitt Sparten der Bundeskammer

96. § 109 lautet:

„Besetzung der Spartenvertretungen

§ 109. (1) Die Hauptwahlkommission der Bundeskammer hat die Mandate der Mitglieder der Spartenvertretungen der Bundeskammer zu besetzen.

(2) Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die in der betreffenden Sparte zumindest einen gültigen Wahlvorschlag für die Urwahlen eingebracht haben, können in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der §§ 84 Abs. 3 Z 5 lit. b, 85 Abs. 3 bis 6 und 88 spätestens vier Wochen vor dem ersten möglichen Wahltag einen Besetzungsvorschlag bei der Hauptwahlkommission der Bundeskammer einreichen. Die Zurückziehung eines eingebrachten Besetzungsvorschlages durch den Zustellungsbevollmächtigten ist bis spätestens zehn Tage vor dem ersten Wahltag möglich.

(3) Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die berechtigt sind, einen Besetzungsvorschlag gemäß Abs. 2 einzureichen können der Hauptwahlkommission der Bundeskammer bis spätestens eine Woche vor dem ersten möglichen Wahltag auch mitteilen, dass die Wählergruppe

a) sich für die Besetzung der Spartenvertretung mit einer anderen Wählergruppe vereinigt und diese einen Besetzungsvorschlag einbringt oder

b) (die) Mandat(e), die sie bei der Urwahl in der betreffenden Sparte erreicht, einer oder mehreren anderen Wählergruppe(n) die einen Besetzungsvorschlag eingebracht hat (haben), zurechnen lässt.

(4) Die Bestimmungen des § 101 Abs. 4 bis 12 gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass einer Wählergruppe das erste Minderheitenmandat gemäß § 101 Abs. 8 bereits bei fünf Prozent der Mandate, das zweite Minderheitenmandat bei mehr als neun Prozent der Mandate zusteht; das Minderheitenrecht gemäß § 101 Abs. 9 steht bei einer Spartenvertretung von höchstens zwölf Mitgliedern auch bei einem Mandatsanteil von mehr als neun Prozent nur für ein Mitglied zu.

(5) § 98 gilt sinngemäß.“

97. § 110 lautet:

„Bestellung weiterer Mitglieder der Spartenkonferenz der Bundeskammer

§ 110. (1) Wählergruppen, die in der Spartenkonferenz nicht im Verhältnis der bei den Urwahlen der betreffenden Sparte im Bereich aller Landeskammern erreichten Mandate vertreten sind, können so viele weitere Mitglieder in die Spartenkonferenz entsenden, wie dies diesem Verhältnis entspricht.

(2) Die Mandatszählung für die Ermittlung der weiteren Vertreter in einer Spartenkonferenz ergibt sich aus der Summe der Anzahl der

a) Fachverbandsobmänner der betreffenden Sparte,

b) Spartenobmänner der Landeskammern der betreffenden Sparte und

c) Mitglieder der betreffenden Spartenvertretung der Bundeskammer.

(3) Die Bestimmungen des § 102 Abs. 3 und 4 gelten sinngemäß.

(4) Die Bestimmung des § 102 Abs. 5 gilt sinngemäß mit der Maßgabe, dass die Mitteilung der Wählergruppe an die Hauptwahlkommission der Bundeskammer binnen einer Woche nach der Verlautbarung der Wahlen gemäß § 103 und 108 zu erfolgen hat.
(5) § 98 gilt sinngemäß.“

98. § 111 lautet:

„Wahl des Spartenobmannes der Bundeskammer und seiner Stellvertreter

§ 111. (1) Nach der Verlautbarung der Besetzungen gemäß § 109 und der Bestellungen gemäß § 110 ist von den Mitgliedern der Spartenkonferenz die Wahl des Spartenobmannes der Bundeskammer und seiner beiden Stellvertreter durchzuführen.

(2) Wählbar sind nur Personen, die der jeweiligen Spartenvertretung der Bundeskammer angehören.

(3) Die Bestimmungen des § 99 Abs. 3 bis 7 gelten sinngemäß.“

9. Abschnitt

Wirtschaftsparlament, Erweitertes Präsidium und Präsidium der Bundeskammer

99. § 112 lautet:

„Bestellung weiterer Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes der Bundeskammer

§ 112. (1) Wählergruppen, die im Wirtschaftsparlament der Bundeskammer nicht im Verhältnis der bei den Urwahlen im Bereich aller Landeskammern im gesamten erreichten Mandate vertreten sind, können so viele weitere Mitglieder in das Wirtschaftsparlament der Bundeskammer entsenden, wie dies diesem Verhältnis entspricht.

(2) Die Mandatszahl für die Ermittlung der weiteren Vertreter im Wirtschaftsparlament der Bundeskammer ergibt sich aus der Summe der gemäß § 109 besetzten Mitglieder aller Spartenvertretungen sowie der Landeskammerpräsidenten.

(3) Die Bestimmungen des § 104 Abs. 3 und 4 gelten sinngemäß.

(4) Die Bestimmung des § 104 Abs. 5 gilt sinngemäß mit der Maßgabe, dass die Mitteilung der Wählergruppe an die Hauptwahlkommission der Bundeskammer binnen einer Woche nach Verlautbarung der Ergebnisse der Wahlen gemäß § 105 und der Besetzungen gemäß § 109 zu erfolgen hat.

(5) § 101 gilt sinngemäß.“

100. § 113 lautet:

„Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten der Bundeskammer

§ 113. (1) Nach Verlautbarung der Ergebnisse der Wahlen nach § 105 und der Besetzungen nach § 109 sowie der Bestellungen gemäß § 112 ist die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten der Bundeskammer durchzuführen. Die Wahl ist vom Vorsitzenden der Hauptwahlkommission der Bundeskammer zu leiten.

(2) Wählbar ist jedes passiv wahlberechtigte Mitglied.

(3) Die Bestimmungen der §§ 99 Abs. 5 bis 7 und 105 Abs. 3 gelten sinngemäß.“

101. § 114 lautet:

„Bestellung weiterer Mitglieder des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer

§ 114. (1) Wählergruppen, die im Erweiterten Präsidium der Bundeskammer nicht im Verhältnis der bei den Urwahlen im Bereich aller Landeskammern im gesamten erreichten Mandate vertreten sind, können so viele weitere Mitglieder in das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer entsenden wie dies diesem Verhältnis entspricht.

(2) Die Mandatszahl für die Ermittlung der weiteren Vertreter im Erweiterten Präsidium der Bundeskammer ergibt sich aus der Summe der Anzahl der

- a) gewählten und gemäß § 63 Abs. 2 kooptierten Präsidenten der Bundeskammer,
- b) Landeskammerpräsidenten und
- c) Spartenobmänner der Bundeskammer.

(3) Die Bestimmungen des § 104 Abs. 3 und 4 gelten sinngemäß.

(4) Die Bestimmungen des § 106 Abs. 3 und 5 gelten sinngemäß.

(5) Die Bestimmung des § 106 Abs. 7 gilt sinngemäß mit der Maßgabe, dass die Mitteilung der Wählergruppe an die Hauptwahlkommission der Bundeskammer binnen einer Woche nach Verlautbarung der Ergebnisse der Wahlen gemäß der §§ 105, 111 und 113 zu erfolgen hat.

(6) § 98 gilt sinngemäß.“

**10. Abschnitt
Nachwahlen und Nachbesetzungen**

102. § 115 lautet:

„Wahl und Besetzung von Organen und Mitgliedern von Kollegialorganen während der Funktionsperiode

§ 115. (1) Bei Ausscheiden eines Einzelorganes ist für den Rest der Funktionsperiode eine Nachwahl vorzunehmen. In diesem Fall ist zur Erstattung eines Wahlvorschlages an die Hauptwahlkommission nur jene Wählergruppe durch ihren Zustellungsbevollmächtigten berechtigt, auf deren Liste der Ausgeschiedene zum Mitglied des betreffenden Kollegialorganes gewählt wurde. Nach Prüfung der Gültigkeit des Wahlvorschlages hat die Hauptwahlkommission das betreffende Einzelorgan als gewählt zu erklären und diese Tatsache zu verlautbaren.

(2) Bei Ausscheiden eines Mitgliedes eines Kollegialorganes hat die Geschäftsstelle der Hauptwahlkommission den Zustellungsbevollmächtigten der betroffenen Wählergruppe schriftlich aufzufordern, für dieses Mandat einen Ergänzungsvorschlag einzubringen. Dieser Ergänzungsvorschlag soll unter Bedachtnahme auf die Wahrung der fachlichen und örtlichen Vertretung erfolgen. Nach Prüfung des Ergänzungsvorschlages hat die Hauptwahlkommission den Vorgeschlagenen als gewählt zu erklären und diese Tatsache zu verlautbaren.

(3) Stichtag für die Wählbarkeit von gemäß Abs. 1 und 2 Nachnominierten ist der Tag, an dem der Wahl - oder Ergänzungsvorschlag bei der zuständigen Hauptwahlkommission einlangt.

(4) Die Bestimmungen des Abs. 1 und 2 finden sinngemäß Anwendung, wenn infolge der Umwandlung einer Fachgruppe in eine Fachvertretung innerhalb der Funktionsperiode die Besetzung der Fachvertreter und ihres Vorsitzenden erforderlich wird. Dabei hat die Hauptwahlkommission die Ergebnisse der letzten Wahl in diese

Fachgruppe zu berücksichtigen. Die Besetzung erfolgt nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes.

(5) § 98 gilt sinngemäß.“

11. Abschnitt Sonstige Wahlen und Bestellungen

103. § 116 lautet:

„Wahl der Berufsgruppenausschüsse

§ 116. (1) Die Wahl der Berufsgruppenausschüsse ist getrennt von den Wahlen in die Fachgruppen und in die Fachverbände durchzuführen.

(2) Die Berufsgruppenausschüsse innerhalb einer Fachgruppe setzen sich aus mindestens drei, höchstens aber sechs Mitgliedern zusammen. Die Wahl ist vom Obmann der Fachgruppe zu leiten und persönlich durchzuführen. Wahlberechtigt und wählbar sind die der Berufsgruppe angehörenden Fachgruppenmitglieder.

(3) Die Berufsgruppenausschüsse innerhalb eines Fachverbandes setzen sich aus mindestens drei, höchstens aber zwölf Mitgliedern zusammen. Die Wahl ist vom Obmann des Fachverbandes zu leiten und schriftlich durchzuführen. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder der in den Wirkungsbereich des Fachverbandes fallenden Fachgruppen (Fachvertretungen), die der Berufsgruppe angehören.

(4) § 98 gilt sinngemäß.“

104. § 117 lautet:

„Bestellung des Kontrollausschusses und Wahl des Obmannes

§ 117. (1) Der Kontrollausschuss ist vom Wirtschaftsparlament der Bundeskammer zu bestellen. Bei der Bestellung ist auf eine ausgewogene regionale Vertretung sowie auf das Verhältnis der von den Wählergruppen bei den Urwahlen erreichten Mandate Bedacht zu nehmen. Auf jede im Wirtschaftsparlament der Bundeskammer vertretene Wählergruppe hat aber zumindest ein Mandat zu entfallen. Die Mitglieder des Kontrollausschusses müssen wählbar sein.

(2) Der Kontrollausschuss wählt aus seiner Mitte einen Obmann und zwei Stellvertreter. Der Obmann darf jener Wählergruppe nicht angehören, die den Präsidenten der Bundeskammer stellt.

(3) Zur Einbringung eines Wahlvorschlages ist jedes Mitglied des Kontrollausschusses berechtigt. Für die Wahl des Obmannes ist die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Erreicht keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die höchste und zweithöchste Stimmenanzahl erreicht haben.

(4) Die Wahl der Stellvertreter hat gesondert zu erfolgen. Zur Erstattung eines Wahlvorschlages ist jedes Mitglied des Kontrollausschusses berechtigt. Das Mandat des Obmannes ist seiner Wählergruppe anzurechnen.

(5) § 98 gilt sinngemäß.“

105. § 118 lautet:

**„Bestellung der Mitglieder der Regionalstellenausschüsse
und Wahl des Regionalstellenobmannes**

§ 118. (1) Der Regionalstellenausschuss ist vom Erweiterten Präsidium der Landeskammer zu bestellen. Die Zahl der Ausschussmitglieder hat mindestens drei, höchstens jedoch zehn zu betragen. Die Summe der Mandate aller Regionalstellenausschüsse hat dem Verhältnis der von den Wählergruppen bei den Urwahlen erreichten Mandate zu entsprechen. Einer Wählergruppe darf in einem Regionalstellenausschuss nur dann ein weiteres Mandat zugeordnet werden, wenn sie in sämtlichen Regionalstellenausschüssen mit einem Mandat berücksichtigt ist. Dies gilt sinngemäß auch für die Zuordnung weiterer Mandate.

(2) Wählergruppen, die im Wirtschaftsparlament vertreten sind und bei den Urwahlen insgesamt zumindest fünf Prozent von allen zu vergebenden Mandaten erreicht haben, können auch in jene Regionalstellenausschüsse, in denen sie aufgrund der Zuteilung gemäß Abs. 1 nicht vertreten sind, ein Mitglied entsenden. Diese Mandate werden der vom Erweiterten Präsidium festgelegten Anzahl der Mitglieder des Regionalstellenausschusses hinzugeschlagen.

(3) Der Regionalstellenausschuss wählt aus seiner Mitte den Regionalstellenobmann. Für die Wahl des Regionalstellenobmannes gilt die Bestimmung des § 117 Abs. 3.

(4) § 98 gilt sinngemäß.“

106. § 119 lautet:

„Verlautbarung von Wahlangelegenheiten

§ 119. (1) Sofern in diesem Bundesgesetz die Verlautbarung (Kundmachung) von Ergebnissen der Wahlen (Besetzungen), Wählerlisten und von Wahl- und Besetzungsvorschlägen angeordnet wird, hat diese in geeigneter Weise, zumindest jedoch durch Anschlag bei der Geschäftsstelle der betreffenden Hauptwahlkommission, zu erfolgen.

(2) Die Verlautbarungen (Kundmachungen) der Hauptwahlkommission der Bundeskammer gemäß Abs. 1 haben sowohl bei ihrer Geschäftsstelle als auch bei den Geschäftsstellen der Hauptwahlkommissionen der Landeskammern zu erfolgen.

(3) Delegierungsbeschlüsse gemäß § 81 Abs. 6 sind durch Anschlag bei der Geschäftsstelle der jeweiligen Hauptwahlkommission zu verlautbaren.

(4) Die Wahlkundmachung gemäß § 84 ist zumindest durch Anschlag bei der Geschäftsstelle der betreffenden Hauptwahlkommission sowie durch Anschlag in jeder Spartengeschäftsstelle zu verlautbaren.“

107. § 120 lautet:

„Wahlschutz

§ 120. Die nach diesem Bundesgesetz abgehaltenen Wahlen (Besetzungen) stehen unter dem Schutz der Bestimmungen der §§ 262 bis 268 des Strafgesetzbuches, BGBl. Nr. 60/1974.“

4. Hauptstück
Finanzen und Kontrolle
1. Abschnitt
Umlagen

108. § 121 lautet:

„Finanzierung

§ 121. (1) Zur Finanzierung der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft haben die Mitglieder nach Maßgabe entsprechender Beschlüsse der zuständigen Organe durch Umlagen im Sinne der nachfolgenden Bestimmungen beizutragen.

(2) Die finanzielle Inanspruchnahme der Mitglieder durch Umlagen darf nur in jener Höhe erfolgen, die zur Deckung der den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft erwachsenden Aufwendungen und zur Bildung angemessener Rücklagen erforderlich ist. Dabei sind sonstige Erträge und Einnahmen sowie die Einnahmen der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft als Träger von Privatrechten einschließlich der Leistungsentgelte zu berücksichtigen.“

109. § 122 lautet:

"Kammerumlagen

§ 122. (1) Zur Bedeckung der in den genehmigten Jahresvoranschlägen vorgesehenen und durch sonstige Erträge nicht gedeckten Aufwendungen der Landeskammern und der Bundeskammer kann von den Kammermitgliedern eine Umlage nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Inanspruchnahme eingehoben werden; die Verhältnismäßigkeit ist auch an dem Verhältnis zwischen den Umlagebeträgen und der Differenz zwischen Einkaufs - und Verkaufspreisen zu messen. Ist an einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts ein Kammermitglied, dem für die im Rahmen der Gesellschaft ausgeübten Tätigkeiten keine Unternehmereigenschaft im Sinne der Umsatzsteuer zukommt, gemeinsam mit einer oder mehreren physischen oder juristischen Personen beteiligt, so gelten die Bemessungsgrundlagen der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Bemessungsgrundlage für die Umlage; diesfalls kann die Erhebung der Umlage bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts erfolgen. Die Umlage ist in einem Tausendsatz zu berechnen von jenen Beträgen, die

1. aufgrund der an das Kammermitglied für dessen inländische Unternehmensteile von anderen Unternehmern erbrachten Lieferungen oder sonstigen Leistungen vom anderen Unternehmer, ausgenommen aufgrund von Geschäftsveräußerungen, als Umsatzsteuer geschuldet werden,
2. als Umsatzsteuerschuld aufgrund der an das Kammermitglied für dessen Unternehmen von anderen Unternehmern erbrachten Lieferungen oder sonstigen Leistungen auf das Kammermitglied übergegangen ist,
3. aufgrund der Einfuhr von Gegenständen für das Unternehmen des Kammermitglieds oder aufgrund des innergemeinschaftlichen Erwerbs für das Unternehmen des Kammermitglieds vom Kammermitglied als Umsatzsteuer geschuldet werden.

Der Tausendsatz beträgt für die Bundeskammer 1,3 vT, und für alle Landeskammern einheitlich 1,9 vT der Bemessungsgrundlagen gemäß Z 1 bis 3. Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer kann jeweils geringere Tausendsätze beschließen.

(2) Abweichend von Abs. 1 wird die Bemessungsgrundlage für einzelne Gruppen von Kammermitgliedern wie folgt bestimmt:

1. Bei Kreditinstituten im Sinne des Art. 1 (Bankwesengesetz) § 1 Abs. 1 Finanzmarktanpassungsgesetz 1993, BGBl. Nr. 532/1993, ist die Summe der Bruttoprovisionen und die Summe der mit einem für alle Umlagepflichtigen geltenden Faktor vervielfachten Nettozinserträge heranzuziehen, jeweils unter entsprechender Ausscheidung des Auslandsgeschäftes. Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer hat sowohl den Faktor unter Bedachtnahme auf das allgemeine durchschnittliche Verhältnis zwischen Brutto- und Nettozinserträgen, als auch Art und Umfang der Ausscheidung des Auslandsgeschäftes festzulegen.
2. Bei Versicherungsunternehmen ist das Prämienvolumen des direkten inländischen Geschäftes, abzüglich eines Abschlages von 80 vH des Prämienvolumens aus Versicherungsgeschäften im Sinne von § 6 Abs. 1 Z 1 Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133/1953, heranzuziehen. Um die Verhältnismäßigkeit der Inanspruchnahme dieser Kammermitglieder im Vergleich zu anderen Kammermitgliedern zu gewährleisten, darf der für diese Bemessungsgrundlage vom Erweiterten Präsidium der Bundeskammer festzulegende Tausendsatz höchstens 0,41 vT betragen. Das Umlagenaufkommen aufgrund dieser Bemessungsgrundlage wird im Verhältnis der für das jeweilige Einhebungsjahr geltenden Hebesätze gemäß Abs. 1 zwischen der Bundeskammer und den Landeskammern aufgeteilt.

(3) Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer kann beschließen, dass Teile der Bemessungsgrundlagen außer Betracht bleiben, soweit deren Berücksichtigung in einzelnen Berufszweigen zu einer unverhältnismäßigen Inanspruchnahme der Kammermitglieder führen würde. Dies gilt auch für die Zuordnung von einzelnen Gruppen von Kammermitgliedern zu einer Bemessungsgrundlagenermittlung im Sinne des Abs. 2, die an steuerbarem Umsatz anknüpft.

(4) Ist die genaue Ermittlung der Bemessungsgrundlagen in einzelnen Berufszweigen für die Kammermitglieder mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten verbunden, so kann das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer für die Kammermitglieder in diesen Berufszweigen die Möglichkeit einer pauschalierten Ermittlung der Bemessungsgrundlagen nach den jeweiligen Erfahrungen des Wirtschaftslebens beschließen.

(5) Die Umlage gemäß Abs. 1 und 2 ist von den Abgabenbehörden des Bundes nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu erheben:

1. Die für die Umsatzsteuer geltenden Abgabenvorschriften sind mit Ausnahme des § 20 Abs. 1 vierter Satz und des § 21 UStG 1994 sinngemäß anzuwenden.
2. Der zu entrichtende Umlagebetrag ist kalendervierteljährlich selbst zu berechnen und spätestens am fünfzehnten Tag des nach Ende des Kalendervierteljahres zweitfolgenden Kalendermonats zu entrichten. Bei der Berechnung der Umlage für das jeweils letzte Kalendervierteljahr sind Unterschiedsbeträge, die sich zwischen den berechneten Vierteljahresbeträgen und dem Jahresbetrag der Umlage ergeben, auszugleichen. Ein gemäß § 201 BAO, BGBl. Nr. 194/1961, in der jeweils geltenden Fassung, festgesetzter Umlagenbetrag hat den vorgenannten Fälligkeitstag.
3. Ist auf dem amtlichen Formular für die Umsatzsteuererklärung die Angabe des Jahresbetrages der Umlage vorgesehen, so ist dieser Jahresbetrag in der Umsatzsteuererklärung bekannt zu geben.

4. Von Kammermitgliedern, deren Umsätze gemäß § 1 Abs. 1 Z 1 UStG 1994, BGBl. Nr. 663/1994, jährlich 150.000 Euro nicht übersteigen, wird die Umlage nicht erhoben.

5. Über Rechtsmittel, mit denen die Umlagepflicht dem Grunde oder dem Umfang nach bestritten wird, hat der Präsident der Landeskammer zu entscheiden. Solche Rechtsmittel gelten als Berufungen gemäß § 128 Abs. 3.

(6) Die Umlage gemäß Abs. 1 und 2 ist von den Abgabenbehörden des Bundes an die Bundeskammer zu überweisen. Die auf die Landeskammern entfallenden Anteile sind nach Maßgabe der Eingänge zu verrechnen und von der Bundeskammer an die Landeskammern zu überweisen. Die Aufteilung des Landeskammeranteiles auf die einzelnen Landeskammern erfolgt nach dem Verhältnis der Zahl der Kammermitglieder der Landeskammern; das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer kann Sockelbeträge vorsehen.

(7) Die Landeskammern können zur Bedeckung ihrer Aufwendungen festlegen, dass die Kammermitglieder eine weitere Umlage zu entrichten haben. Diese ist beim einzelnen Kammermitglied von der Summe der in seiner Unternehmung (seinen Unternehmungen) nach § 2 anfallenden Arbeitslöhne zu berechnen, wobei als Bemessungsgrundlage die Beitragsgrundlage nach § 41 Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, gilt (Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag). Die Umlage ist in einem Hundertsatz dieser Beitragsgrundlage zu berechnen. Der Hundertsatz ist vom Wirtschaftsparlament der Landeskammer festzusetzen; er darf 0,29 v.H. der Beitragsgrundlage nicht übersteigen. Hat ein Kammermitglied gemeinsam mit einem oder mit mehr als einem anderen Kammermitglied eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, so wird die weitere Umlage hinsichtlich der Arbeitslöhne, die bei der Arbeitsgemeinschaft anfallen, durch diese entrichtet. Bei einer Personengesellschaft des Handelsrechts, bei der ein Komplementär eine juristische Person oder eine Personengesellschaft des Handelsrechts ist, gehören die diesbezüglichen, bei der Komplementärgesellschaft anfallenden Arbeitslöhne auch dann zur Beitragsgrundlage, wenn die Komplementärgesellschaft keine Berechtigung nach § 2 besitzt. Die Bestimmungen der §§ 42a und 43 Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, finden auf die Umlage sinngemäß Anwendung. Über Rechtsmittel, mit denen die Umlagepflicht dem Grunde nach bestritten wird, hat der Präsident der Landeskammer zu entscheiden. Solche Rechtsmittel gelten als Berufungen nach § 128 Abs. 3; § 128 Abs. 3 und Abs. 5 sind sinngemäß anzuwenden. Ein im Verhältnis zur Summe der Arbeitslöhne der Arbeitnehmer der Mitglieder der einzelnen Landeskammern ungleichgewichtiges Aufkommen aus der weiteren Umlage ist zwischen den Landeskammern auszugleichen (Finanzausgleich).

(8) Die Bundeskammer kann zur Bedeckung ihrer Aufwendungen eine Umlage nach Abs. 7 festlegen. Abs. 7 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Umlage 0,15 v.H. der dort angeführten Beitragsgrundlage nicht übersteigen darf.“

110. § 123 lautet

„Grundumlagen

§ 123. (1) Die Mitglieder der Fachgruppen (Fachverbände) haben eine Grundumlage zu entrichten, die

1. zur Bedeckung der in den Voranschlägen vorgesehenen und durch sonstige Erträge nicht gedeckten Aufwendungen der Fachgruppen (im Falle des § 14 Abs. 2 zur Bedeckung des Aufwands der durch sonstige Erträge nicht gedeckten

- Kosten der Landeskammer, die ihr durch die Vertretung der Interessen der betreffenden Fachverbandsmitglieder erwachsen), ferner
2. zur Bedeckung der in den Voranschlägen vorgesehenen und durch sonstige Erträge nicht gedeckten Aufwendungen der Fachverbände dient.
- (2) Zur Beratung der Höhe der Anteile der Fachverbände an den Grundumlagen sind bei den Fachverbänden Ausschüsse (Grundumlagenausschüsse) eingerichtet. Den einzelnen Ausschüssen gehören die Mitglieder des Ausschusses des jeweiligen Fachverbandes sowie die Obmänner der entsprechenden Fachgruppen und die Vorsitzenden der jeweiligen Fachvertreter an. Der Grundumlagenausschuss ist berechtigt, mit der Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen Beschlüsse über die Höhe des Anteils des Fachverbandes an den Grundumlagen zu fassen. Dieser Beschluss gilt als Antrag an den zur Beschlussfassung gemäß Abs. 3 berufenen Fachverbandsausschuss. Die näheren Bestimmungen hat die Umlagenordnung zu treffen.
- (3) Die Höhe des zur Bedeckung der Aufwendungen der Fachverbände erforderlichen Anteils an den Grundumlagen ist von den Ausschüssen der Fachverbände unter Berücksichtigung der Anträge der Grundumlagenausschüsse gemäß Abs. 2 bis zum 15. September jeden Jahres für das folgende Jahr zu beschließen. Werden diese Beschlüsse nicht fristgerecht gefasst, hat ein Grundumlagenausschuss keinen Antrag gemäß Abs. 2 gestellt oder wird seinen Anträgen nicht entsprochen, entscheidet das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer. Die auf die Fachverbände entfallenden Anteile an Grundumlagen sind nach Maßgabe der Eingänge vierteljährlich zu verrechnen und an die Bundeskammer abzuführen.
- (4) Die Grundumlage ist von der Fachgruppentagung (im Falle des § 14 Abs. 2 vom Präsidium der Landeskammer im Einvernehmen mit den jeweiligen Fachvertretern) unter Zugrundelegung des Anteils des Fachverbandes an der Grundumlage zu beschließen. Der Beschluss der Fachgruppentagung über die Grundumlage bedarf der Genehmigung des Präsidiums der Landeskammer. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.
- (5) Die Grundumlage ist für jede Berechtigung nach § 2 zu entrichten. Dies gilt auch, wenn die Mitgliedschaft zu mehreren Fachgruppen (Fachverbänden) durch nur eine Berechtigung begründet ist. Der Erlangung einer Berechtigung nach § 2 ist die Begründung einer weiteren Betriebsstätte gleichzuhalten. Bei verpachteten Berechtigungen ist die Grundumlage sowohl vom Verpächter als auch vom Pächter zu entrichten.
- (6) Das Wirtschaftsparlament der Landeskammer hat nach Anhörung des betroffenen Spartenpräsidiums zu regeln, in welchen Fachgruppen oder Fachvertretungen die Inhaber von Berechtigungen für das fachlich unbeschränkte Handels- und Handelsagentengewerbe umlagepflichtig sind. Die Regelung hat insbesondere auf den Umfang des jeweiligen Warensortiments Bedacht zu nehmen.
- (7) Die Grundumlage ist unbeschadet der Bestimmung des letzten Satzes des Abs. 13 eine unteilbare Jahresumlage; sie ist auch für das Kalenderjahr zu entrichten, in dem die Berechtigung erworben wird oder erlischt.
- (8) Die Grundumlage kann festgesetzt werden:
1. ausgehend von einer allgemein leicht feststellbaren Bemessungsgrundlage (zum Beispiel Brutto - Lohn - und Gehaltssumme, Umsatzsumme, durchschnittliche Zahl der Beschäftigten oder von Betriebsmitteln, Rohstoffeinsatz, Sozialversicherungsbeiträge, Betriebsvermögen, Anzahl der Betriebsstätten oder der Berechtigungen) in einem Hundert - oder Tausendsatz der Bemessungsgrundlage oder mit festen Beträgen,
 2. in einem festen Betrag,
 3. in einer auch mehrfachen Kombination der Varianten nach Z 1 und Z. 2.
- (8a) Die Bemessungsgrundlage(n) der Grundumlage je Fachverband und den ihm entsprechenden Fachgruppen oder Fachvertretungen ist (sind) einheitlich. Sie ist vom

Fachverbandsausschuss im Einvernehmen mit den Fachgruppen und den Fachvertretern festzusetzen. Kann das Einvernehmen über eine einheitliche Bemessungsgrundlage(n) nicht hergestellt werden, entscheidet das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer.

(9) Wird die Grundumlage mit einem festen Betrag festgesetzt, so ist dieser von physischen Personen, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften sowie von eingetragenen Erwerbsgesellschaften in einfacher Höhe (Normalsatz), von juristischen Personen in doppelter Höhe zu entrichten.

(10) Wird die Grundumlage in einem Tausendsatz von der Brutto - Lohn - und - Gehaltssumme oder in einem Tausendsatz von der Umsatzsumme festgesetzt, so darf sie nicht mehr als 10 v. T. der Brutto - Lohn - und - Gehaltssumme bzw. nicht mehr als 4 v. T. der Summe der Gesamtumsätze betragen; bei allen anderen variablen Bemessungsgrundlagen und bei Kombination der Varianten nach Abs. 8 Z 1 und Z. 2 darf die Grundumlage nicht mehr als 4 v. T. der Summe der Gesamtumsätze betragen; eine Überschreitung dieser Höchstgrenze ist nur in jenen Fällen zulässig, in denen die Grundumlage nicht mehr als 6.500 Euro beträgt. Wird die Grundumlage ausschließlich in einem festen Betrag festgesetzt (Abs. 8 Z 2), darf sie 6.500 Euro, und zwar auch in doppelter Höhe des Normalsatzes, nicht übersteigen. Die in diesem Absatz vorgesehenen Höchstsätze gelten für jede Berechtigung nach § 2.

(11) Im Falle des § 14 Abs. 2 kommt der sonst der Fachgruppe zufließende Anteil an der Grundumlage der Landeskammer zu.

(12) Für ruhende Berechtigungen und für Verpächter ist, wenn diese Voraussetzung für das ganze Kalenderjahr zutrifft, die Grundumlage nur in halber Höhe festzusetzen. Besteht die Mitgliedschaft zu einer Fachgruppe nicht länger als die Hälfte eines Kalenderjahres, ist die Grundumlage für dieses Kalenderjahr nur in halber Höhe zu entrichten.“

111. § 125 lautet:

„Gebühren für Sonderleistungen - Gebührenordnung

§ 125. (1) Von den Landeskammern, den Fachgruppen, der Bundeskammer und den Fachverbänden können Gebühren für Sonderleistungen, die von diesen Körperschaften oder von einem paritätischen Ausschuss (§ 140) erbracht werden, festgesetzt und eingehoben werden. Sonderleistungen sind Leistungen, die über die allgemeine Interessenvertretung hinausgehen und einzelnen Personen oder Berufsgruppen unmittelbar oder mittelbar zugute kommen. Die gebührenpflichtigen Sonderleistungen sind von den satzunggebenden Organen der betreffenden Körperschaften (Erweiterte Präsidien der Landeskammern und der Bundeskammer, Fachgruppentagung, Fachverbandsausschuss) in einer Gebührenordnung festzulegen. Die Gebührenordnung eines Fachverbandes ist dem Präsidium der Bundeskammer, die Gebührenordnung einer Fachgruppe dem Präsidium der jeweils zuständigen Landeskammer zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn der Beschluss ordnungsgemäß zustande gekommen und rechtmäßig ist. Die Gebührenordnung jeder Landeskammer ist der Bundeskammer zur Kenntnis zu bringen.

(2) Gebühren für Sonderleistungen nach Abs. 1 sind insbesondere:

1. Prüfungsgebühren,
2. Gebühren für Beurkundungen im zwischenstaatlichen Waren - und Dienstleistungsverkehr, insbesondere Ursprungszeugnisse und die Bearbeitung von Carnets ATA,
3. Gebühren für Ausfertigungen in Musterregistersachen,
4. Gebühren für Auszüge aus den Dateien (Verzeichnissen, Registern, Katastern, und dgl.) der Wirtschaftskammern und Fachorganisationen,
5. Gebühren für Sonderleistungen des Fachverbandes Bau und des Fachverbandes der Bauindustrie zur Förderung von Ausbildungsmaßnahmen, insbesondere von

Ausbildungen im Rahmen eines Ausbildungsverbundes (Lehrbauhöfe), Bauhandwerker— und Werkmeisterschulen sowie Fachhochschul-Studiengänge und

6. Gebühren für Sonderleistungen des Fachverbandes für das Güterbeförderungsgewerbe auf Grund des Güterbeförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 63/1952, in der jeweils geltenden Fassung und Sonderleistungen für den Fernverkehr (§ 3 Abs. 5 Güterbeförderungsgesetz) im Bereich der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie der Fahrer- und Unternehmensbetreuung im Ausland.“

112. § 127 lautet

„Vorschreibung und Einhebung der Grundumlage und der Gebühren für Sonderleistungen

§ 127. (1) Die Grundumlage ist von der Direktion der Landeskammer vorzuschreiben und einzuheben. Für die Einhebung der Grundumlage kann in der Umlagenordnung eine Vergütung für die Landeskammern vorgesehen werden, deren Höhe drei Prozent der eingehobenen Beträge nicht überschreiten darf. Die Grundumlage wird einen Monat nach Vorschreibung fällig. Gebühren für Sonderleistungen werden mit der Erbringung der Sonderleistung, bei Vorschreibung zwei Wochen nach dieser fällig.

(2) Für nicht rechtzeitig entrichtete Umlagen können in der Umlagenordnung angemessene Verzugszinsen vorgesehen werden.

(3) Das Recht, eine fällige Umlage der in Abs. 1 bezeichneten Art (Grundumlage, Gebühr für Sonderleistung) einzuheben und zwangsweise einzubringen, verjährt in fünf Jahren ab dem Ende des Kalenderjahres, in welchem die Umlage fällig geworden ist.

(4) Den zur Vorschreibung der in Abs. 1 angeführten Umlagen zuständigen Organisationen ist zur Einbringung nicht rechtzeitig entrichteter Umlagen die Einbringung im Verwaltungsweg gewährt (§ 1 Abs. 1 Z 3 und § 3 Abs. 3 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991, BGBl. Nr. 53/1991). Zur Eintreibung nicht rechtzeitig entrichteter Umlagen ist ein Rückstandsausweis auszufertigen, der den Namen und die Anschrift des Umlagenschuldners, den rückständigen Betrag, die Art des Rückstandes sowie den Vermerk zu enthalten hat, dass der Rückstandsausweis einem die Vollstreckbarkeit hemmenden Rechtszug nicht unterliegt. Der Rückstandsausweis ist ein Exekutionstitel im Sinne des § 1 der Exekutionsordnung, RGBl. Nr. 79/1896.

(5) Vor Ausstellung eines Rückstandsausweises ist der rückständige Betrag schriftlich unter Vorschreibung einer Zahlungsfrist einzumahnen. Im Rückstandsausweis kann als Nebengebühr ein pauschalierter Kostenersatz für die durch das Mahnverfahren und die Eintreibung verursachten Verwaltungsauslagen sowie für die Verzugszinsen vorgeschrieben werden. Die Höhe des pauschalierten Kostenersatzes wird nach Maßgabe des durchschnittlichen Aufwandes einschlägiger Verfahren in den Umlagenordnungen der Landeskammern festgelegt.

(6) Die in Abs. 1 angeführten Umlagen sind nach in der Umlagenordnung näher bestimmten Grundsätzen ganz oder teilweise nachzusehen, wenn ihre Einhebung nach Lage des Falles unbillig wäre. Über die Nachsicht entscheidet

1. bei Grundumlagen der Fachgruppenobmann (bei Fachvertretungen der jeweilige Spartenobmann),

2. bei Gebühren für Sonderleistungen das Einzelorgan der jeweiligen Körperschaft.

(7) Gegen eine Entscheidung gemäß Abs. 6 ist kein ordentliches Rechtsmittel zulässig.

(8) Die zur Entrichtung der in Abs. 1 angeführten Umlagen Verpflichteten haben auf Verlangen alle für die Errechnung der Umlage erforderlichen Angaben zu machen. Wenn dieser Verpflichtung nicht zeitgerecht und vollständig entsprochen wird, muss die Vorschreibung auf Grund einer Schätzung erfolgen. Diese ist unter Berücksichtigung der bedeutsamen Umstände vorzunehmen.“

113. § 128 lautet:

„Feststellung der Umlagenpflicht bei Grundumlagen und bei Gebühren für Sonderleistungen

§ 128. (1) Der Präsident der Landeskammer hat über Art und Ausmaß der Grundumlagepflicht einen Bescheid zu erlassen, wenn dies vom Zahlungspflichtigen spätestens einen Monat nach Vorschreibung verlangt wird.

(2) Die Verpflichtung gemäß Abs. 1 trifft bei Gebühren für Sonderleistungen den Obmann oder Präsidenten jener Körperschaft, die die Sonderleistung erbracht hat.

(3) Gegen den Bescheid des Präsidenten der Landeskammer nach Abs. 1 und 2 sowie gegen den Bescheid des Obmannes des Fachverbandes nach Abs. 2 steht binnen zwei Wochen die Berufung an den Präsidenten der Bundeskammer offen, gegen dessen Entscheidung kein weiteres ordentliches Rechtsmittel zulässig ist.

(4) Gegen den Bescheid des Obmannes der Fachgruppe gemäß Abs. 2 kann binnen zwei Wochen ab Zustellung Berufung an den Präsidenten der Landeskammer erhoben werden, gegen dessen Entscheidung kein weiteres ordentliches Rechtsmittel zulässig ist.

(5) Auf das Verfahren nach Abs. 1 bis 4 sind die Vorschriften des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr.51/1991, sinngemäß anzuwenden.“

114. § 129 lautet

„Umlagenordnung

§ 129. (1) Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer hat in Ausführung der Bestimmungen der §§ 121 bis 127 eine Umlagenordnung zu erlassen, um eine möglichst niedrige und unter Bedachtnahme auf die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmungen verhältnismäßige Inanspruchnahme der zahlungspflichtigen Unternehmungen zu gewährleisten. Die Umlagenordnung hat nähere Bestimmungen über den Finanzausgleich gemäß § 122 Abs. 7 zu treffen und kann auch regeln, unter welchen Voraussetzungen Organisationen auf ihnen zustehende Umlageneingänge zugunsten anderer nach diesem Bundesgesetz gebildeter Organisationen verzichten können.

(2) In der Umlagenordnung der Bundeskammer wird auch bestimmt, an welche der darin getroffenen Regelungen die Landeskammern bei der Erlassung ihrer Umlagenordnung gebunden sind. Darüber hinaus kann die Umlagenordnung der Bundeskammer Rahmenbestimmungen für die Umlagenordnungen der Landeskammern vorsehen.

(3) Die Umlagenordnung der Bundeskammer gilt für die Landeskammern, sofern diese keine eigene Umlagenordnung erlassen, sinngemäß.

(4) Die Umlagenordnungen der Landeskammern sind der Bundeskammer zur Kenntnis zu bringen.

(5) Die Fachgruppen sind an die Umlagenordnung der Landeskammer, die Fachverbände an jene der Bundeskammer gebunden. Die Fachgruppen sind an die

Umlagenordnung der Bundeskammer unmittelbar gebunden, wenn und insoweit die Landeskammer keine Umlagenordnung erlässt.“

115. § 130 entfällt

2. Abschnitt Gebarung und Kontrolle

116. § 131 lautet:

"Gebarungsgrundsätze

§ 131. Die Gebarung der nach diesem Bundesgesetz gebildeten Organisationen hat nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu erfolgen. Die in den §§ 122 bis 125 vorgesehenen Kammerumlagen, Grundumlagen und Gebühren für Sonderleistungen sind innerhalb der in diesen Bestimmungen festgelegten Höchstgrenzen nur in solcher Höhe festzusetzen, dass ihr Aufkommen zusammen mit allfälligen sonstigen Erträgen einschließlich der Leistungsentgelte den in den genehmigten Jahresvoranschlägen festgelegten Aufwand deckt und unter Bedachtnahme auf die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmungen der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird. Zum Ausgleich von unvorhergesehenen Schwankungen bei den Erträgen und Aufwendungen sowie zur Bedeckung bestimmter Vorhaben sind angemessene Rücklagen zu bilden.“

117. § 132 lautet:

"Jahresvoranschlag und Rechnungsabschluss

§ 132. (1) Die Fachverbände haben ihren Voranschlag bis zum 15. Oktober dem Erweiterten Präsidium der Bundeskammer zur Genehmigung vorzulegen, die Fachgruppen ihren Voranschlag bis zum selben Zeitpunkt dem Erweiterten Präsidium der Landeskammer. Jede Landeskammer hat bis spätestens 30. November ihren eigenen Voranschlag (einschließlich der genehmigten Voranschläge ihrer Fachgruppen) der Bundeskammer zur Weiterleitung an den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft vorzulegen.

(2) Die der Bundeskammer und den Landeskammern gemäß Abs. 1 vorgelegten Voranschläge der Fachverbände und der Fachgruppen sind zu genehmigen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(3) Die Bundeskammer hat ihren eigenen Voranschlag (einschließlich der genehmigten Voranschläge der Fachverbände) und die Voranschläge der Landeskammern (einschließlich der genehmigten Voranschläge der Fachgruppen) bis spätestens Jahresende dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft zur Kenntnis zu bringen. Wird gegen die Voranschläge vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nicht binnen einem Monat Einspruch erhoben, gelten sie als zur Kenntnis genommen.

(4) Kommt der Beschluss über einen Voranschlag nicht rechtzeitig zustande oder ist die Genehmigung nicht bis Jahresende erteilt, so gilt bis zur Genehmigung des neuen Voranschlages ein Voranschlagsprovisorium. Die näheren Bestimmungen hat die Haushaltsordnung zu treffen.

(5) Bei Überschreitungen eines Voranschlages um mehr als 20 Prozent ist ein Nachtragsvoranschlag zu erstellen, wenn der Mehraufwand nicht durch Mehrerträge, die

mit dem Mehraufwand in unmittelbarem Zusammenhang stehen, oder durch die Auflösung von Rücklagen gedeckt ist. Für die Genehmigung und Zurkenntnisnahme der Nachtragsvoranschläge gelten die Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 sinngemäß.

(6) Die Fachverbände haben ihren Rechnungsabschluss bis zum 15. Juni dem Erweiterten Präsidium der Bundeskammer zur Genehmigung vorzulegen, die Fachgruppen ihren Rechnungsabschluss bis zum 30. April dem Erweiterten Präsidium der Landeskammer. Jede Landeskammer hat bis spätestens 15. Juni ihren eigenen Rechnungsabschluss (einschließlich der genehmigten Rechnungsabschlüsse der Fachgruppen) der Bundeskammer zur Weiterleitung an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit vorzulegen.

(7) Die Bundeskammer hat ihren eigenen Rechnungsabschluss (einschließlich der genehmigten Rechnungsabschlüsse der Fachverbände) und die Rechnungsabschlüsse der Landeskammern (einschließlich der genehmigten Rechnungsabschlüsse der Fachgruppen) bis spätestens 31. Juli dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zur Kenntnis zu bringen. Wird gegen die Rechnungsabschlüsse vom Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft nicht binnen einem Monat Einspruch erhoben, gelten sie als zur Kenntnis genommen.

(8) Kommt der Beschluss über einen Rechnungsabschluss nicht rechtzeitig zustande, geht die Zuständigkeit zur Beschlussfassung an das zur Genehmigung des Rechnungsabschlusses zuständige Organ über.

(9) Die genehmigten Voranschläge, die Nachtragsvoranschläge und Rechnungsabschlüsse sind zur Einsicht durch die Mitglieder der betreffenden Körperschaft aufzulegen. Die näheren Bestimmungen hat die Geschäftsordnung zu treffen.“

118. § 133 lautet

"Haushaltsordnung

§ 133. (1) Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer hat für die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft eine Haushaltsordnung zu beschließen, in der insbesondere die Erstellung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse, die Voranschlagsprovisorien, die Verwendung der Mittel sowie die Verwaltung und Anlage des Vermögens der nach diesem Bundesgesetz gebildeten Organisationen zu regeln ist. Die Haushaltsordnung ist dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

(2) In der Haushaltsordnung kann vorgesehen werden, dass das jeweilige Erweiterte Präsidium zu einzelnen Bestimmungen der Haushaltsordnung Durchführungsbestimmungen zu erlassen hat oder erlassen kann.“

119. § 134 entfällt

120. § 135 lautet

"Gebarungskontrolle

§ 135. (1) Bei der Bundeskammer ist ein Kontrollausschuss einzurichten. Der Kontrollausschuss ist berufen, die Gebarung aller nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften und Rechtsträger zu kontrollieren. Der Kontrollausschuss prüft weiter die Gebarung von Rechtsträgern, denen gemäß § 65b Aufgaben zur Besorgung übertragen

wurden, wenn dies die für diese Rechtsträger maßgeblichen Rechtsvorschriften zulassen und eine nach diesem Bundesgesetz errichtete Körperschaft allein oder gemeinsam mit anderen solchen Rechtsträgern mit mindestens 50 vH des Stamm - , Grund - oder Eigenkapitals beteiligt ist.

(2) Der Kontrollausschuss besteht aus 15 vom Wirtschaftsparlament der Bundeskammer zu bestellenden Mitgliedern. Der Obmann und die beiden Stellvertreter bilden das Präsidium des Kontrollausschusses, dem die Vorbereitung der Sitzungen des Ausschusses obliegt. Der Obmann ist berechtigt, an den Sitzungen des Erweiterten Präsidiums und des Wirtschaftsparlamentes der Bundeskammer mit beratender Stimme teilzunehmen.

(3) Die Mitglieder des Kontrollausschusses sind bei der Ausübung ihres Amtes an keine Weisungen gebunden. Während der Dauer ihres Amtes können sie keine andere Funktion innerhalb der nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften bekleiden.

(4) Der Kontrollausschuss hat außer der ziffernmäßigen Richtigkeit und Rechtmäßigkeit auch die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung zu prüfen. Er ist berechtigt, bei Meinungsverschiedenheiten nach Anhörung des jeweiligen Präsidenten den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit anzurufen.

(5) Der Kontrollausschuss hat den Endbericht über die Einhaltung der im Abs. 5 genannten Grundsätze und allfällige Anträge betreffend die Gebarungskontrolle der Bundeskammer dem Präsidenten der Bundeskammer, wenn sich der Bericht auf eine Landeskammer bezieht, deren Präsidenten zu erstatten. Die Berichte sind vom Präsidenten dem jeweiligen Wirtschaftsparlament zur Kenntnis zu bringen. Die Beschlussfassung über die Anträge des Kontrollausschusses obliegt dem zuständigen Organ.

(6) Zur Durchführung seiner Obliegenheiten hat sich der Kontrollausschuss der bei der Bundeskammer errichteten Geschäftsstelle des Kontrollausschusses zu bedienen.

(7) Der Leiter und die Referenten der Geschäftsstelle des Kontrollausschusses unterstehen in Ausübung ihrer Tätigkeit ausschließlich dem Obmann des Kontrollausschusses; sie können nur im Einvernehmen mit dem Kontrollausschuss gegen ihren Willen versetzt, gekündigt, oder entlassen werden.

(8) Die näheren Bestimmungen hat die Kontrollausschussordnung zu treffen. Diese bedarf der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit.“

121. § 138 lautet:

"Parteistellung

§ 138. (1) Im aufsichtsbehördlichen Verfahren haben die nach diesem Bundesgesetz errichteten Organisationen der gewerblichen Wirtschaft einschließlich der Sparten und Fachvertretungen sowie die betroffenen Organe und Organwalter und das betroffene Mitglied Parteistellung sowie das Recht, gegen aufsichtsbehördliche Bescheide vor dem Verwaltungsgerichtshof und dem Verfassungsgerichtshof Beschwerde zu führen.

(2) Sind in einem aufsichtsbehördlichen Verfahren über die Fachgruppenzugehörigkeit eines Kammermitgliedes mit mehr als 250 Arbeitnehmern Arbeitnehmerinteressen berührt, gilt dies auch für die in Betracht kommenden kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Arbeitnehmer.“

6. Hauptstück Sonstige und Übergangsbestimmungen

1. Abschnitt Allgemeines

122. § 139 lautet:

"Schiedsgerichtsbarkeit

§ 139. (1) Jede Landeskammer kann durch Beschluss des Wirtschaftsparlamentes ein Schiedsgericht für Streitigkeiten errichten, bei denen alle Vertragsparteien, welche die Schiedsvereinbarung geschlossen haben, zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatten.

(2) Die Bundeskammer kann durch Beschluss des Erweiterten Präsidiums ein Ständiges Internationales Schiedsgericht für Streitigkeiten errichten, bei denen nicht alle Vertragsparteien, welche die Schiedsvereinbarung geschlossen haben, zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatten. Die Zuständigkeit dieses Schiedsgerichts kann auch von Parteien mit Sitz in Österreich für die Erledigung von Streitigkeiten internationalen Charakters vereinbart werden.

(3) Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer hat für die Schiedsgerichte gemäß Abs. 1 und Abs. 2 je eine Schiedsgerichtsordnung zu erlassen.

(4) Die Organe der Schiedsgerichte gemäß Abs. 1 und 2 sind bei der Ausübung ihrer Funktion unabhängig und an keine Weisungen gebunden.“

123. § 141 lautet:

„Genehmigung und Verlautbarung von Satzungen

§ 141. (1) Die Fachorganisationsordnung, die Spartenordnung, die Geschäftsordnungen, die Wahlordnung, die Haushaltsordnung, die Umlagenordnungen, die Dienstordnung, die Pensionsfondsordnung, die Kontrollausschussordnung, die Schiedsgerichtsordnungen, sonstige aufgrund dieses Bundesgesetzes erlassene Satzungen, die Delegierungsbeschlüsse und deren Widerruf gemäß § 65 sowie die Übertragung von Aufgaben und deren Widerruf gemäß § 65a sind in geeigneter Weise zu verlautbaren. Die näheren Bestimmungen hat die Geschäftsordnung zu treffen.

(2) Auf die Erlassung der Geschäftsordnung der Bundeskammer ist in den Landeskammerzeitungen oder in einem anderen allen Mitgliedern zugänglichen Publikationsorgan hinzuweisen. Dabei ist auch anzugeben, wo und wann die Geschäftsordnung eingesehen werden kann.

(3) Die Fachorganisationsordnung, die Wahlordnung, die Kontrollausschussordnung, die Pensionsfondsordnung und die Dienstordnung bedürfen der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, alle anderen auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen (Satzungen) der Bundeskammer sowie die Regelung gemäß § 50 Abs. 4 sind ihm zur Kenntnis zu bringen.

(4) Beschlüsse über die Festsetzung der Kammerumlagen, Grundumlagen, und Gebühren für Sonderleistungen der Landeskammern und der Fachgruppen sowie die Beschlüsse der Bundeskammer sowie der Fachverbände, mit denen Kammerumlagen und Gebühren für Sonderleistungen festgesetzt werden, sind in geeigneter Weise zu verlautbaren. Die näheren Bestimmungen hat die Geschäftsordnung der Bundeskammer zu treffen.“

124. § 46 lautet:

„Stempel - und Rechtsgebühren

§ 146. Der Schriftwechsel der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft mit Organen der Gebietskörperschaften, den öffentlichen Behörden und Ämtern, im Zusammenhang mit der Durchführung von Wahlen nach den Bestimmungen des 3. Hauptstückes stehende Schriften, insbesondere Vollmachten und Stimmrechtsübertragungen gemäß § 62 Abs. 2, sind von den Verwaltungsabgaben und Rechtsgebühren befreit. Im gerichtlichen Verfahren gelten jedoch die Vorschriften des Gerichtsgebührengesetzes, BGBl. Nr. 501/1984.“

125. § 149 lautet:

3. Abschnitt Weitergeltung von Rechtsvorschriften Inkrafttreten und Vollziehung

„Weitergeltung von Rechtsvorschriften

- § 149. (1) Art. IV der 8. HKG - Novelle, BGBl. Nr. 620/1991, bleibt unberührt.
(2) Ebenfalls unberührt bleibt Art. II Abs. 1 der 8. HKG - Novelle, BGBl. Nr. 620/1991.
(3) Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehende Verordnungen (Satzungen), die aufgrund des Handelskammergesetzes, BGBl. Nr. 182/1946, in Fassung BGBl. Nr. 661/1994, erlassen wurden, bleiben aufrecht, soweit sie nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes stehen.“

Artikel II

Übergangsbestimmungen

§ 1. (1) Die Fachorganisationsordnung - FOO, BGBl. II, Nr. 365/1999 bleibt bis zum Inkrafttreten einer neuen Fachorganisationsordnung in Kraft.

(2) Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehende Verordnungen (Satzungen), die aufgrund des Handelskammergesetzes, BGBl. Nr. 182/1946, zuletzt geändert durch BGBl 661/1994, oder des Wirtschaftskammergesetzes 1998, BGBl I Nr. 103/1998, erlassen wurden, bleiben aufrecht, soweit sie nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes stehen. Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehende Sektionsordnung (§ 13 Wirtschaftskammergesetz 1998) gilt als Spartenordnung gemäß Art. I § 13 dieses Bundesgesetzes.

(3) Wird in zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehenden Verordnungen (Satzungen) gemäß Abs. 2 auf Organe nach dem Wirtschaftskammergesetz 1998 Bezug genommen, so gilt dies als Bezugnahme auf die entsprechenden Organe nach diesem Bundesgesetz; dabei ist § 2 sinngemäß anzuwenden und bleibt § 8 unberührt.

(4) Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes auf Grund des Wirtschaftskammergesetzes 1998, BGBl. I Nr. 103/1998 errichteten Hauptwahlkommissionen der Kammern bleiben in der bestehenden Zusammensetzung bis zur erforderlichen Neubestellung in Funktion.

(5) Auf Grund des Wirtschaftskammergesetzes 1998 gewählte Vorsteher von Fachgruppen und Fachverbänden gelten als Obmänner der jeweiligen Fachgruppen und Fachverbänden im Sinne des Art. 1 dieses Bundesgesetzes.

(6) Vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gemäß § 65 Wirtschaftskammergesetz 1998 gefasste Delegierungsbeschlüsse treten außer Kraft, soweit sie sich auf die Festsetzung von Grundumlagen beziehen.

(7) Aufgrund des Wirtschaftskammergesetzes 1998 errichtete Arbeitsgemeinschaften gelten als Arbeitsgemeinschaften nach diesem Bundesgesetz. Satzungen von nach dem Wirtschaftskammergesetz 1998 errichteten Arbeitsgemeinschaften, die Art. 1 § 16 nicht entsprechen, sind bis 1.1.2003 entsprechend zu ändern.

§ 2. Die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, welche die Zusammensetzung von Organen der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft ändern, sind ab der dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes folgenden Funktionsperiode mit der Maßgabe anzuwenden, dass bis zu diesem Zeitpunkt unbeschadet der Bestimmungen des §§ 3 und 4

1. die Mitglieder der Vorstände (§§ 24, 36 Wirtschaftskammergesetz 1998) die jeweiligen Erweiterten Präsidien (Art. 1 §§ 24, 36 dieses Bundesgesetzes),
2. die Mitglieder der Vollversammlungen und des Kammertages (§§ 25, 37 Wirtschaftskammergesetz 1998) die jeweiligen Wirtschaftsparlamente (Art. I § § 25, 37 dieses Bundesgesetzes),
3. die Mitglieder der Sektionsleitungen (§§ 26 Abs. 8, 38 Abs. 6 Wirtschaftskammergesetz 1998) die jeweiligen Spartenkonferenzen (Art. 1 §§ 26 Abs. 4, 38 Abs. 4 dieses Bundesgesetzes) und
4. die Mitglieder der Sektionspräsidien (§§ 26 Abs. 6, 38 Abs. 4) die jeweiligen Spartenpräsidien (Art. 1 §§ 26 Abs. 2 und 38 Abs. 2 dieses Bundesgesetzes) bilden.

§ 3. (1) Das Erweiterte Präsidium kann abweichend von Art. 1 § 13 Abs. 3 dieses Bundesgesetzes in der zum im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes

laufenden Funktionsperiode eine Spartenordnung beschließen, die sieben Sparten umfasst und vor Beginn der nächsten Funktionsperiode in Kraft tritt.

(2) Für den Fall einer Änderung der Spartenordnung gemäß Abs. 1 gilt folgendes:

- a) Vertreter von Fachverbänden (Fachgruppen, Fachvertretungen), die einer anderen Sparte zugeordnet werden, scheidern aus der Spartenkonferenz ihrer bisherigen Sparte aus; sie verbleiben jedoch als Vertreter für die neue Sparte im jeweiligen Wirtschaftsparlament.
- b) Mitglieder einer Spartenkonferenz, die gemäß lit. a ausscheiden, sind in ihrer bisherigen Spartenkonferenz nicht nach zu besetzen.
- c) Eine durch das Ausscheiden eines Einzelorganes gemäß lit. a erforderliche Nachwahl in dessen bisheriger Spartenkonferenz hat gemäß § 115 Abs. 1 Art. 1 dieses Bundesgesetzes aus dem Kreise der verbliebenen Mitglieder der Spartenkonferenz zu erfolgen.

§ 4. (1) Für jene Sparte, die nicht in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes geltenden Spartenordnung enthalten ist, gelten für die Zusammensetzung der Organe die Bestimmungen der §§ 26 Abs. 2 bis 4 und 38 Abs. 2 bis 4 des Art. 1 dieses Bundesgesetzes. Die weiteren Mitglieder der Spartenkonferenz sind durch eine Hochrechnung der Ergebnisse der bei den Urwahlen im Jahre 2000 in den betroffenen Fachorganisationen erreichten Mandate zu ermitteln. Dabei ist gemäß § 102 und 110 des Art. 1 dieses Bundesgesetzes vorzugehen.

(2) Die gemäß § 3 Abs. 2 lit. a im jeweiligen Wirtschaftsparlament verbliebenen Vertreter der Fachorganisationen, die in die neue Sparte umgegliedert wurden, bilden die Spartenvertretungen im Sinne der §§ 26 Abs. 4 Z 3 und 38 Abs. 4 Z 4 des Art. 1 dieses Bundesgesetzes.

(3) Der Obmann und seine beiden Stellvertreter sind gemäß der §§ 103 und 111 des Art. 1 dieses Bundesgesetzes zu wählen, wobei die Wahlvorschläge nicht auf die Mitglieder der Spartenvertretungen beschränkt sind; wählbar ist jedes Mitglieder der Spartenkonferenz.

(4) Das gemäß Abs. 3 gewählte Präsidium der Landessparte gehört dem Erweiterten Präsidium und dem Wirtschaftsparlament der Landeskammer mit Sitz und Stimme an. Der gemäß Abs. 3 gewählte Obmann der Bundessparte gehört dem Erweiterten Präsidium der Bundeskammer, das Spartenpräsidium dem Wirtschaftsparlament der Bundeskammer mit Sitz und Stimme an.

§ 5. Die Kuratorien der Wirtschaftsförderungsinstitute gemäß der §§ 30 und 41 Wirtschaftskammergesetz 1998 bleiben bis zum Auslaufen der zum im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes laufenden Funktionsperiode bestehen.

§ 6. Die Finanzausschüsse der Landeskammern und der Bundeskammer gemäß § 134 Wirtschaftskammergesetz 1998 bleiben bis zum Auslaufen der zum im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes laufenden Funktionsperiode bestehen.

§ 7. Gemäß § 64 Wirtschaftskammergesetz 1998 bestellte Ehrenmitglieder behalten ihre Rechte bis zum Auslaufen der zum im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes laufenden Funktionsperiode.

§ 8. Die in den Dienstvorschriften für die Angestellten der Kammern der gewerblichen Wirtschaft, zuletzt geändert vom Kammertag am 16. Juni 1981, der Dienstordnung für die bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft beschäftigten Angestellten, beschlossen vom Kammertag am 2. Dezember 1991, in der Dienstordnung für die bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft beschäftigten Arbeiter, zuletzt geändert am Kammertag am 20. November 1998 sowie in der Dienstordnung für die bei den Wirtschaftskammern beschäftigten Angestellten, beschlossen vom Kammertag am 20.11.1998, dem Bundespersonalausschuss gemäß § 55 Abs. 4 Wirtschaftskammergesetz 1998, übertragenen Aufgaben fallen ab dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes in die Zuständigkeit des jeweiligen Präsidenten, sofern es sich nicht um grundsätzliche Angelegenheiten handelt, die dem Erweiterten Präsidium der Bundeskammer gemäß § 36 Abs. 3 Z 7 zur Beschlussfassung vorbehalten sind. Die aufgrund der in Satz 1 genannten

Vorschriften bestehende Zuständigkeit der Präsidien der Bundeskammer und der Landeskammern gemäß § 23 und § 35 WKG 1998 zur Beschlussfassung kommt ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes dem jeweiligen Präsidenten zu, sofern es sich nicht um grundsätzliche Angelegenheiten handelt, die dem Erweiterten Präsidium der Bundeskammer gemäß Art 1 § 36 Abs. 3 Z 7 zur Beschlussfassung vorbehalten sind. Die den Präsidien der Bundeskammer und der Landeskammern aufgrund der genannten Vorschriften zukommenden Vorschlags- und Antragsrechte entfallen ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes.

Artikel III - Inkrafttreten

§ 1 Dieses Bundesgesetz tritt mit Kraft.

§ 2. § 122 Abs. 1 tritt am 1.1.2004 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt lautet § 122 Abs. 1 wie folgt:

„§122. (1) Zur Bedeckung der in den genehmigten Jahresvoranschlägen vorgesehenen und durch sonstige Erträge nicht gedeckten Aufwendungen der Landeskammern und der Bundeskammer kann von den Kammermitgliedern eine Umlage nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Inanspruchnahme eingehoben werden; die Verhältnismäßigkeit ist auch an dem Verhältnis zwischen den Umlagebeträgen und der Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen zu messen. Ist an einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts ein Kammermitglied, dem für die im Rahmen der Gesellschaft ausgeübten Tätigkeiten keine Unternehmereigenschaft im Sinne der Umsatzsteuer zukommt, gemeinsam mit einer oder mehreren physischen oder juristischen Personen beteiligt, so gelten die Bemessungsgrundlagen der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Bemessungsgrundlage für die Umlage; diesfalls kann die Erhebung der Umlage bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts erfolgen. Die Umlage ist in einem Tausendsatz zu berechnen von jenen Beträgen, die

1. aufgrund der an das Kammermitglied für dessen Unternehmen von anderen Unternehmern erbrachten Lieferungen oder sonstigen Leistungen vom anderen Unternehmer, ausgenommen aufgrund von Geschäftsveräußerungen, als Umsatzsteuer geschuldet werden,
2. aufgrund der Einfuhr von Gegenständen für das Unternehmen des Kammermitglieds oder aufgrund des innergemeinschaftlichen Erwerbs für das Unternehmen des Kammermitglieds vom Kammermitglied als Umsatzsteuer geschuldet werden.

Der Tausendsatz beträgt für die Bundeskammer 2,2 vT, und für alle Landeskammern einheitlich 2,1 vT der Bemessungsgrundlagen gemäß Z 1 und 2. Das Erweiterte Präsidium der Bundeskammer kann jeweils geringere Tausendsätze beschließen.“

§ 3. § 122 Abs.2 Z2 tritt am 1.1.2004 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt ist das Umlagenaufkommen aufgrund dieser Bemessungsgrundlage im Verhältnis der Hebesätze gemäß § 122 Abs. 1 zwischen der Bundeskammer und den Landeskammern aufzuteilen.

§ 4. § 122 Abs. 7 tritt mit Ausnahme des letzten Satzes am 1.1.2004 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt darf der Hebesatz 0,32 vH der Bemessungsgrundlage nicht übersteigen.

§ 5. § 122 Abs. 8 tritt am 1.1.2004 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt darf der Hebesatz 0,23 vH der Beitragsgrundlage nicht übersteigen.

§ 6. § 123 Abs. 2 und 3 sind erstmalig für das Haushaltsjahr 2003 anzuwenden.

§ 7. § 123 Abs. 4 tritt mit Ausnahme des letzten Satzes am 1.1.2004 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt lautet § 123 Abs. 4 Satz 1 bis 5 wie folgt:

„Die Grundumlage wird von der Fachgruppentagung (im Falle des § 14 Abs. 2 vom Präsidium der Landeskammer im Einvernehmen mit den jeweiligen Fachvertretern) beschlossen und von der Direktion der Landeskammer vorgeschrieben und eingehoben. Bei der Beschlussfassung der Fachgruppentagung über die Höhe der Grundumlage ist der vom Vorstand der Landeskammer festgelegte Anteil an der Grundumlage zu berücksichtigen. Dieser Anteil ist zur pauschalierten Abgeltung der allgemeinen Aufwendungen der Landeskammer für die Fachgruppe und deren Mitglieder bestimmt. Er darf bis zu einem Drittel der Grundumlage betragen. Der Beschluss der Fachgruppentagung über die Grundumlage bedarf der Genehmigung des Präsidiums der Landeskammer.“

§ 8. Die Bemessungsgrundlage(n) der Grundumlage je Fachverband und den ihm entsprechenden Fachgruppen oder Fachvertretungen gemäß § 123 Abs. 8a hat (haben) spätestens am 1.1.2007 einheitlich zu sein.

§ 9. Die Einhebegebühr gemäß § 127 Abs. 1 kann ab dem 1.1.2004 verrechnet werden.

Anlage zu § 2

Zu den Mitgliedern der Wirtschaftskammer- und Fachorganisationen gemäß Abs. 2 zählen insbesondere:

- Bäder,
- Bootsvermieter und Bootseinsteller,
- Buchmacher und Wettkommissionäre,
- Campingplatzbetreiber,
- Eisenbahnunternehmungen
- Eislaufplätze,
- Energieversorgungsunternehmungen ausschließlich der Elektrizitätswerke, jedoch einschließlich der Erdgasversorgungsunternehmen und Energieverteilungsunternehmen, letztere ausschließlich der Elektrizitätsverteilungsunternehmen,
- Garagen - und Parkplatzunternehmungen,
- Geschäftsstellen der Klassenlotterie,
- Golf - und Minigolfplätze,
- Go - Kart - Bahnen
- Heil - und Kuranstalten,
- Heilquellen, Mineralquellenbetriebe und verwandte Unternehmungen,
- Hilfsanstalten sowie Neben - und Hilfseinrichtungen des Verkehrs,
- Fahrschulen und Motorbootfahrschulen,
- Infrastrukturunternehmungen und Infrastrukturfinanzierungsgesellschaften des Verkehrs
- Konzertdirektionen und Konzertbesorger,
- Künstlervermittler (Konzertbühnen - , Filmmusiker - und Artistenvermittler),
- private Krankenanstalten (Privat - , Kranken - , Heil - und Pflegeanstalten sowie Sanatorien),
- Lichtspieltheater,
- Lottokollekturen,
- Privattheater und verwandte Unternehmungen,
- Schausteller,
- Schleplifte,
- Spielautomatenaufsteller,
- Spielbanken (Casinos),
- Tabaktrafikanten,
- Tanzschulen
- Tennis - und Tischtennisplätze,
- Unternehmungen der zivilen Luftfahrt,
- Unternehmungen des Nachrichtenverkehrs,
- Unternehmungen des Kraftfahrlinienverkehrs,
- Unternehmungen des Straßengüter - und Personenverkehrs,
- Unternehmungen für Ausspielungen nach dem Glücksspielgesetz,
- Unternehmungen der audiovisuellen Programmproduktionen,
- Unternehmungen der Vermittlung des Personen - und Lastenverkehrs,
- Unternehmungen der zivilen Schifffahrt und

- Wasserversorgungsunternehmen
- Wertpapierdienstleister einschließlich der Subvermittler

In formeller Hinsicht wird ersucht, den Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Wirtschaftsausschuß zuzuweisen.

Erläuternde Bemerkungen

Allgemeiner Teil:

Beim Kammertag am 30. November 2000 haben 156 Delegierte ohne Gegenstimme und ohne Stimmenthaltung Leitlinien für eine Erneuerung der Wirtschaftskammerorganisation beschlossen.

Das Ergebnis dieser politischen Einigung ist in den gegenständlichen Entwurf für eine Novelle zum Wirtschaftskammergesetz 1998 - WKG eingeflossen und soll das juristische Fundament für neue Strukturen und ein sparsameres, effizienteres und zukunftsorientiertes Handeln der WK - Organisation sein.

Dieser Entwurf der Novelle wurde bei der Sitzung des Kammertages am 27.4.2001 ebenfalls einstimmig beschlossen.

Die wesentlichen Neuerungen der Novelle sind:

1. Erhöhte Flexibilität

Für die innere Organisation soll der Wirtschaftskammer - Organisation als Selbstverwaltungskörper - im Rahmen des Legalitätsprinzips des Art. 18 B - VG - eine größtmögliche Flexibilität eingeräumt werden.

2. Schlankere und effizientere Organstruktur

Die Anzahl der Organe wird reduziert. Das WIFI - Kuratorium, der Finanzausschuss und der Bundespersonalausschuss wurden abgeschafft.

Bei den großen Organen der Kammern (bisher Vollversammlung und Kammertag; neu Wirtschaftsparlamente) wird die Anzahl der Mitglieder erheblich reduziert.

Das Erweiterte Präsidium der WKÖ wird zu einem Organ ausgebaut, dem die strategische Führung und Steuerung der Gesamtorganisation obliegt. Durch die föderalistische Zusammensetzung des Organes (alle Präsidenten der Landeskammern gehören diesem Organ an) soll eine effizientere Entscheidungsfindung ermöglicht und Doppel - und Mehrgleisigkeiten vermieden werden.

3. Reduzierung des Beitragsvolumens

Die vom Kammertag am 30. November 2000 beschlossene Absenkung des Beitragsvolumens der Kammerumlagen im Gesamten um 30 Prozent oder 2,1 Milliarden Schilling wird mit den nachstehenden Regelungen realisiert.

- Der höchstzulässige Hebesatz der Kammerumlage 1 wurde von 4,3 Promille auf 3,2 Promille herabgesetzt.
- Bei der Kammerumlage 2 wird der höchstzulässige Hebesatz bei den Landeskammern von 0,32 Prozent auf 0,29 Prozent und bei der WKÖ von 0,23 Prozent auf 0,15 Prozent abgesenkt.
- Bei der Grundumlage werden die Höchstsätze reduziert und zwar bei der umsatzbezogenen von fünf auf vier Promille und bei jener, die die Brutto -Lohn - und Gehaltssumme als Bemessungsgrundlage hat, von 15 auf 10 Promille.

4. Neufassung des Wahlrechtes

Das Wahlrecht der Wirtschaftskammerorganisation soll mit den nachstehend angeführten Neuerungen beschleunigt und vereinfacht werden.

- Die Wirtschaftsparlamente der Landeskammern und der WKÖ werden künftig schon am Wahltag feststehen.
- Die Mitglieder wissen künftig bereits zum Zeitpunkt der Wahl, wer ihre Vertreter in den Wirtschaftsparlamenten sein werden.
- Die Vertretung der Wählergruppen in den höheren Organen (Spartenkonferenz, Erweitertes Präsidium, Wirtschaftsparlament) bildet das Ergebnis der Urwahlen ab.
- Die Ausübung des Wahlrechtes wurde erleichtert (Zahl der notwendigen Unterstützungserklärungen für Wahlvorschläge, Wahlkarten).
- Die Durchführung der Wahl auf elektronischem Weg (e - Voting) wird ermöglicht.
- Die bereits bisher bestehenden Minderheitenrechte werden erweitert (ein stimmberechtigtes Mitglied eines Fachgruppenausschusses steht künftig schon bei einer Stimmenanzahl von fünf Prozent statt bisher zehn Prozent zu)

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Z 2 (§ 2 - Mitgliedschaft):

Abs. 1:

Nach dem WKG 1998 sind alle physischen und juristischen Personen sowie sonstige Rechtsträger, die zum selbständigen Betrieb von Unternehmungen des Gewerbes, der Industrie, des Bergbaues, des Handels, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, des Verkehrs, der Nachrichtenübermittlung, des Tourismus und der Freizeitwirtschaft berechtigt sind, Mitglieder der Wirtschaftskammern und deren Fachorganisationen. Der solcherart umschriebene Mitgliederkreis soll durch die Novelle in keiner Weise verändert werden. Die Novelle soll jedoch in einigen Bereichen der Klarstellung dienen.

Durch die Einfügung des Wortes „Rundfunk“ im Abs. 1 stellt die Novelle der weitaus überwiegenden Auffassung entsprechend klar, dass Unternehmungen des Rundfunks Unternehmen der Nachrichtenübermittlung bzw. des Nachrichtenverkehrs sind und daher Mitglieder der Wirtschaftskammern und deren Fachorganisationen. Ebenso dient die Ergänzung der Aufzählung der verschiedenen Sektoren der Wirtschaft um das Handwerk und die sonstigen Dienstleistungen der erläuternden Feststellung des von den Wirtschaftskammern und ihren Fachorganisationen erfassten Mitgliederkreises. Die Verfassungsbestimmung des Art. IV der 8. Handelskammergesetznovelle (BGBl. 1991/620) stellt wie bisher unverändert die Grundlage und die verfassungsrechtliche Grenze der Kammermitgliedschaft dar.

Durch die Formulierung der Novelle „rechtmäßig selbständig betreiben oder zu betreiben berechtigt sind“ soll klargestellt

werden, dass auch Berechtigungen, die sich unmittelbar aus gesetzlichen Bestimmungen ergeben, ohne dass ein dazwischentretender behördlicher Individualakt erforderlich wäre, die Mitgliedschaft zu den Wirtschaftskammern und ihren Fachorganisationen begründen.

Abs. 5:

Der neu eingefügte Abs. 5 regelt, in welchen Landeskammern und Fachorganisationen die Mitgliedschaft gemäß Abs. 1 begründet wird. Zur Bundeskammer entsteht jedenfalls eine entsprechende Mitgliedschaft. Diese Zuordnungsbestimmung des Abs. 5 ist vor allem dann von Bedeutung, wenn die Berechtigungen nicht auf eine Haupt- oder weitere Betriebsstätten lauten, sondern wie etwa jene nach dem VAG - zum Betrieb von Unternehmungen im gesamten Bundesgebiet berechtigen. Für diese Fälle sieht die Novelle vor, dass die Mitgliedschaft in der Bundeskammer sowie in jenen Landeskammern und Fachorganisationen begründet wird, in deren Wirkungsbereich eine Betriebsstätte vorhanden ist, die der regelmäßigen Entfaltung von unternehmerischen Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 dient.

Betriebsstätte im Sinne des Abs. 5 ist jede feste örtliche Anlage oder Einrichtung, die der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeit dient. Als Betriebsstätten gelten insbesondere die Stätte, an der sich die Geschäftsleitung befindet, Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Ein- und Verkaufsstellen, Geschäftsstellen und sonstige Geschäftseinrichtungen, die zur Ausübung der unternehmerischen Tätigkeit dienen.

Landungsbrücken (Anlegestellen von Schifffahrtsgesellschaften), Bauausführungen und Räumlichkeiten, die nur der Aufbewahrung von Waren oder Betriebsmitteln dienen, sofern in diesen weder Waren abgegeben noch Bestellungen entgegenenommen werden, sind keine Betriebsstätten.

Zu Z 3 (§ 3 - Wirtschaftskammerorganisation):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 3.

Abs. 1:

Zur Klarstellung wurde die Bestimmung aufgenommen, dass die Gesamtheit aller nach dem WKG errichteten Körperschaften die Wirtschaftskammerorganisation bildet.

Abs. 2:

Da sich die Wirtschaftskammerorganisation auch über Leistungsentgelte finanziert, wurde eine entsprechende Bestimmung eingefügt.

Zu Z 4 (§ 6 - Räumlicher Wirkungsbereich):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 6.

Zu Z 5 (§ 10 - Begutachtungsrecht):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 10.

Die Textierung ermöglicht eine erhöhte Flexibilität in der Abwicklung des internen Begutachtungsverfahrens.

Zu Z 8 (§ 13 - Fachliche Gliederung - Spartenordnung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 13.

Abs. 6:

Die Verlautbarung und die zur Kenntnisbringung von Satzungen wurde einheitlich im § 141 geregelt.

Zu Z 9 (§ 14 - Fachorganisationen)

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 14.

Zu Z 10 (§ 15 - Fachorganisationsordnung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 15.

Abs. 1:

Die Fachorganisationsordnung ist künftig keine Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, sondern eine Verordnung (Satzung), die die Wirtschaftskammerorganisation durch einen Beschluss des Wirtschaftsparlamentes selbst erlässt.

Abs. 3:

In der Fachorganisationsordnung ist eine Ermächtigung vorzusehen, dass im Bereich jeweils einer Landeskammer Fachvertretungen für die Dauer einer Funktionsperiode zusammengeslossen werden können. Ein derartiger Beschluss einer Landeskammer ist nach der Wahl der jeweiligen Fachvertreter zu fassen. Bezüglich der Anzahl von Fachvertretungen, die zusammengeschlossen werden können, enthält das Gesetz keine Beschränkung, d.h. es könnten theoretisch alle in den Bereich einer Sparte fallenden Fachvertretungen zu einer Fachvertretung zusammengeschlossen werden. Der Zusammenschluss hat jedoch auf Grund von Beschlüssen der jeweiligen Fachvertretungen zu erfolgen. Da die Fachvertretungen keine Rechtspersönlichkeit besitzen, ist eine Mitgliederversammlung einzu-berufen.

Die gewählten Vertreter der Fachvertretung, die Fachvertreter, behalten aber in bestimmten Angelegenheiten ihre Funktion (z.B. § 123 Abs. 4).

Zu Z 11 (§ 16 - Arbeitsgemeinschaften):

Zur Behandlung von Angelegenheiten, die verschiedene Organisationen der gewerblichen Wirtschaft gemeinsam berühren, hat das WKG 1998 die Möglichkeit geschaffen, Arbeitsgemeinschaften (ARGE) zu errichten. Insbesondere die Kooperation von Organisationen der gewerblichen Wirtschaft mit einzelnen Kammermitgliedern, Verbänden oder auch Behörden wurde im Rahmen von ARGE ermöglicht. Mit der Novelle wurde die Rechtsnatur der ARGE, die bisher umstritten war, geklärt.

Abs. 3:

Die ARGE hat Rechtspersönlichkeit und kann innerhalb ihres satzungsgemäßen Wirkungsbereiches Vermögen besitzen, erwerben und darüber verfügen. Die ARGE ist eine juristische Person des öffentlichen Rechtes. Da sie jedoch keine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist (§ 3 Abs. 1), ist sie eine juristische Person sui generis.

Abs. 5:

Geklärt wurde, dass die Satzung der ARGE jedenfalls ein Leitungsorgan (z.B. Obmann der ARGE) und eine Generalversammlung enthalten muss.

Abs. 9:

Das Aufsichtsrecht der Kammer über die ARGE wurde ausgebaut. Geklärt wurde, dass für die Gebarung der ARGE die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit gelten.

Zu Z 12 (§ 17 - Fachliche und sparteneigene Angelegenheiten):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 17.

Zu Z 13 (§ 18 - Gemeinsame Angelegenheiten):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 18.

Zu Z 14 (§ 19 - Eigener Wirkungsbereich):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 19.

Abs. 1:

Die Einrichtung eines Wirtschaftsförderungsinstitutes im Bereich einer Landeskammer war bisher im § 30 geregelt. Aus Gründen einer erhöhten Flexibilität wurde nunmehr eine Grundsatzbestimmung in das Gesetz aufgenommen. Die näheren Bestimmungen wie Bestellung des Kuratoriums, Wahl des Kurators, Anzahl der Kuratoriumsmitglieder usw. sollen in der Geschäftsordnung festgeschrieben werden.

Zu Z 15 (§ 21 - Organe):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 21.

Der Vorstand einer Landeskammer wurde jedoch abgeschafft und dafür als Steuerungsorgan ein Erweitertes Präsidium installiert.

Die bisherigen Sektionen wurden ebenfalls abgeschafft und durch Sparten ersetzt.

Zu Z 16 (§ 22 - Präsident):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 22.

Abs. 3:

Die Dringlichkeitskompetenz wurde für alle Organe im § 64 geregelt.

Abs. 4:

Die Übertragung von Aufgaben von Einzelorganen wurde einheitlich im § 65 a geregelt.

Abs. 5:

Auch das Recht auf Teilnahme an Sitzungen wurde einheitlich geregelt und zwar im § 60 Abs. 3.

Zu Z 17 (§ 23 - Präsidium):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 23.

Die Dringlichkeitskompetenz (bisher Abs. 2) wird nunmehr im § 64 geregelt.

Zu Z 18 (§ 24 - Erweitertes Präsidium):

Das Erweiterte Präsidium ist das Nachfolgeorgan für den Vorstand der Landeskammer. Diesem Organ obliegt die strategische Führung und Steuerung aller im Bereich einer Landeskammer gebildeten Organisationen in ihrer Gesamtheit.

Abs. 1:

Die Spartenobmann - Stellvertreter können dem Erweiterten Präsidium angehören, wenn dies das Wirtschaftsparlament beschließt. Ein derartiger Beschluss kann aber nur die Beiziehung sämtlicher Spartenobmann-Stellvertreter beinhalten. Eine Beiziehung einzelner Spartenobmann - Stellvertreter im Sinne der Bestimmung der Z 2 ist nicht zulässig.

Abs. 3:

Im Hinblick auf die politisch gewünschte Aufwertung dieses Organs, wurden auch die Kompetenzen des Erweiterten Präsidiums gegenüber dem Vorstand erheblich erweitert (Z 2, 3, 41 5 und 8).

Zu Z 19 (§ 25 - Wirtschaftsparlament):

Die Zusammensetzung des Wirtschaftsparlamentes, dem Nachfolgeorgan für die Vollversammlung, wurde systematisch verändert. Während nach dem bisher geltenden Recht das große Organ einer Sektion, die Sektionsleitung, auch die Vertretung dieser in der Vollversammlung war, ist künftig ein eigener Funktionärskreis, die „Spartenvertretung“, die Vertretung der Sparte im Wirtschaftsparlament.

Abs. 1:

Das „Gerippe“ im künftigen Wirtschaftsparlament sind die Spartenvertretungen. Die Anzahl der Mitglieder einer Spartenvertretung ist im Sparten - Wahlkatalog festzusetzen (siehe Erläuterungen zu § 75).

Die weiteren Mitglieder (Z 3) sollen die Repräsentanz der Wählergruppen im Wirtschaftsparlament im Verhältnis ihrer bei den Urwahlen im Bereich der Landeskammer mandatsmäßig erreichten Stärke sichern (Siehe Erläuterungen zu § 104).

Zu Z 20 (§ 26 - Spartenobmann, Spartenpräsidium und Spartenkonferenz):

Die Sparten ersetzen die nach dem bisherigen Recht errichteten Sektionen. Die Bestimmung entspricht daher im wesentlichen - mit Ausnahme der Zusammensetzung des großen Organes - dem bisherigen § 26.

Abs. 4:

Die Spartenkonferenz ist das Nachfolgeorgan für die Sektionsleitung. Während die Sektionsleitung jedoch ein eigener Funktionärskreis war, bilden nunmehr alle Obmänner der Fachgruppen und die Vorsitzenden der Fachvertreter der betreffenden Sparte im wesentlichen die Spartenkonferenz. Mitglied in der Spartenkonferenz sind jedoch auch die Funktionäre, die Mitglied der Spartenvertretung sind. Die weiteren Mitglieder (Z 4) sollen wiederum die Repräsentanz der Wählergruppen im Verhältnis der

bei den Urwahlen in der betreffenden Sparte erzielten Mandate in der Spartenkonferenz sichern.

Zu Z 21 (§ 27 - Regionalstellen (Bezirksstellen))

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 27, jedoch ist künftig neben dem Regionalstellenausschuss auch der Obmann der Regionalstelle ein Organ der Regionalstelle.

Zu Z 22 (§ 29 - Direktor):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 29.

Zu Z 24 (§ 31 - Eigener Wirkungsbereich):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 31.

Abs. 3:

Aus Gründen einer erhöhten Flexibilität wurde der bisherige § 42 (Außenwirtschaftsorganisation) ersatzlos gestrichen. Um eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung dieser Organisation zu haben, wurden die Inhalte des § 42 sinngemäß in der Z 1 festgeschrieben.

Zu Z 25 (§ 32 - übertragener Wirkungsbereich):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 32.

Zu Z 26 (§ 33 - Organe):

Die Organisationsstruktur der WKÖ wurde neu gestaltet und gestrafft. Der Vorstand wird durch das Erweiterte Präsidium, der Kammertag durch das Wirtschaftsparlament der WKÖ und die Organe der Sektionen durch solche der Sparten ersetzt. Der Bundespersonalausschuss als Organ wurde abgeschafft, seine Agenden übernimmt künftig das Erweiterte Präsidium der WKÖ bzw. der jeweilige Präsident.

Zu Z 27 (§ 34 - Präsident):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 34.

Die Dringlichkeitskompetenz (bisheriger Abs. 3) wurde generell im § 64, die Übertragung der Geschäfte (bisheriger Abs. 4) im § 65 a und die Sitzungsteilnahme im § 60 Abs. 4 geregelt.

Zu Z 28 (§ 35 - Präsidium):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 35.

Die Dringlichkeitskompetenz wurde im § 64 allgemein geregelt.

Zu Z 29 (§ 36 - Erweitertes Präsidium):

Dem Erweiterten Präsidium der WKÖ soll nach der politischen Willensbildung in der WK Organisation die strategische Führung und Steuerung der gesamten Wirtschaftskammerorganisationen übertragen werden. Diesem Ziel entsprechend wurden auch die Kompetenzen dieses Organs entsprechend ausgestattet (Abs. 3).

Abs. 4:

Die Beschlüsse im Erweiterten Präsidium der WKÖ bedürfen einer qualifizierten Mehrheit und zwar generell einer solchen von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. In Angelegen -

heiten, die Landeskammerinteressen stark tangieren, ist zudem die Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Präsidenten erforderlich.

Abs. 7:

Mit der Novelle wird auch das Ziel einer schlankeren Organstruktur verfolgt. Der Bundespersonalausschuss, bisher ein Organ der WKÖ, wurde abgeschafft (siehe Erläuterungen zu § 55). Zur Verwirklichung des Grundsatzes, wonach das gesamte Personal der nach diesem Bundesgesetz errichteten Körperschaften einen einheitlichen Körper bildet, wird die Kompetenz zur Beschlussfassung in Personalangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung sowie zur Beschlussfassung über die Dienst- und Pensionsfondsordnung dem Erweiterten Präsidium der WKÖ zugewiesen. Grundsätzliche Personalangelegenheiten sind etwa die Teuerungsabgeltung, die Prüfungsordnung, Betriebsvereinbarungen, die für alle Organisationseinheiten verbindlich sein sollen u.a.m.

Zu Z 30 (§ 37 - Wirtschaftsparlament):

Das Wirtschaftsparlament der WKÖ ist das höchste Organ der Wirtschaftskammerorganisation. Die Systematik seiner Zusammensetzung wurde gegenüber dieser des Kammertages ebenfalls grundlegend verändert (siehe dazu auch die Erläuterungen zu § 25).

Abs. 1:

Als Vertreter der Landeskammern gehören dem Wirtschaftsparlament der WKÖ ex lege nur mehr die Präsidenten dieser an (Z 2). Das „Gerippe“ des Wirtschaftsparlamentes der WKÖ bilden wiederum die Spartenvertretungen. Die Anzahl der Mitglieder der einzelnen Spartenvertretungen sowie die Gewichtung dieser zueinander, ist im Sparten - Wahlkatalog festzulegen (Siehe Erläuterungen zu § 75).

Die weiteren Mitglieder (Z 4) sollen wiederum die Repräsentanz der Wählergruppen sicherstellen. Berechnungsbasis hierfür sind die bei den Urwahlen im gesamten Bundesgebiet von den Wählergruppen erreichten Mandate (siehe dazu auch die Erläuterungen zu § 112 bzw. § 104).

Zu Z 31 (§ 38 - Spartenobmann, Spartenpräsidium und Spartenkonferenz)

Da die Sparten die bisherigen Sektionen ablösen, entspricht der neue § 38 im wesentlichen dem bisherigen § 38, jedoch ändert sich die Zusammensetzung des großen Organes.

Abs. 4:

Während das große Organ der Bundessektion, die Bundessektionsleitung, ein eigener Funktionärskreis war, setzt sich das große Organ der Bundessparte aus verschiedenen Funktionsträgern zusammen. Alle Obmänner der Fachverbände einer Sparte bilden gemeinsam mit den Obmännern der betreffenden Landessparten und den Mitgliedern der Spartenvertretungen der WKÖ die Spartenkonferenz. Die weiteren Mitglieder (Z 5) sollen wiederum die Repräsentanz der Wählergruppen im Verhältnis der

bei den Urwahlen im gesamten Bundesgebiet in der betreffenden Sparte erzielten Mandate sicherstellen.

Zu Z 32 (§ 40 - Generalsekretär):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 40.

Zu Z 35 (§ 43 - Errichtung, Aufgaben und Mitglieder):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 43.

Zu Z 36 (§ 44 - Fachgruppenzuordnung und Entscheidung in strittigen Fällen):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 44.

Zu Z 37 (§ 45 - Organe):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 45, die Bezeichnung für das Einzelorgan wurde jedoch von Fachgruppenvorsteher auf Fachgruppenobmann geändert.

Zu Z 38 (§ 46 - Berufsgruppenausschüsse):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 46.
Die Inhalte des bisherigen Abs. 2 sollen in der Geschäftsordnung geregelt werden.

Zu Z 39 (§ 47 - Errichtung, Aufgaben und Mitglieder):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 47.

Zu Z 40 (§ 48 - Organe):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 48.
Die Bezeichnung für das Einzelorgan ist nunmehr der Fachverbandsobmann (bisher Fachverbandsvorsteher)

Zu Z 41 (§ 50 - Rechte und Pflichten):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 50.
Abs. 2:
Die Verpflichtung für die Einzelorgane zur Einhaltung der rechtlichen Vorschriften sowie für die Umsetzung der Beschlüsse der Organe ihres Wirkungsbereiches Sorge zu tragen, war bisher bei den jeweiligen Einzelorganen geregelt.

Zu Z 42 (§ 54 - Misstrauensvotum):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 54, jedoch wurde die Textierung vereinfacht. Außerdem wurden Fristen für die Einberufung und für die Abstimmung eingeführt; wird eine Frist nicht eingehalten geht die Zuständigkeit auf das übergeordnete Organ über (§ 67).

Zu Z 43 (§ 55 - Allgemeine Bestimmungen):

Die Bestimmungen über das Personal wurden gestrafft. Das Organ Bundespersonalausschuss wurde beseitigt (bisher Abs. 4 bis 8). Seine Agenden übernimmt künftig das Erweiterte Präsidium der WKÖ (§ 36 Abs. 3 Z 7) bzw. der jeweilige Präsident (§ 8 der

Übergangsbestimmungen) . Im Sinne eines effizienten Personal -

management sollen Entscheidungen in Einzelfällen bzw. Entscheidungen, die einzelne Mitarbeiter betreffen vom Präsidenten jener Kammer eigenverantwortlich getroffen werden, in deren Bereich der jeweilige Mitarbeiter beschäftigt ist. Dazu gehören Karenzierungen, Gehaltsfestsetzungen, Sondervergütungen u.a.m.

Abs. 4:

In der WKÖ ist bei Personalentscheidungen, welche die Bundesparten oder Fachverbände betreffen das Einvernehmen mit dem jeweils leitenden Organ dieser Dienststelle oder Körperschaft (Spartenobmann bzw. Obmann des Fachverbandes) anzustreben. Bisher war das Einvernehmen herzustellen. Da dies aber in der Praxis bei einer Mehrzahl von betroffenen Funktionären zu Schwierigkeiten führen kann, wurde festgelegt, dass das Einvernehmen anzustreben ist.

Zu Z 44 (§ 56 - Betriebsrat):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 56.

Abs. 3:

Da die Personalangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung vom Erweiterten Präsidium der WKÖ festgelegt werden (§ 36 Abs. 3 Z 7) wurde festgelegt, dass in der Geschäftsordnung die Rechte des Betriebsrates in Personalangelegenheiten zu treffen sind.

Zu Z 45 (§ 57 - Pensionsfonds):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 57.

Zu Z 46 (§ 58 - Geschäftsordnung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 58.

Zu Z 47 (§ 59 - Interessenausgleich):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 59.

Zu Z 48 (§ 60 - Sitzungen):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 60.

Abs. 1:

Für die Abhaltung einer beantragten Sitzung, wurde eine Frist von zwei Monaten eingeführt.

Abs. 3 und 4:

Diese Bestimmungen waren früher in den §§ 22 Abs. 5, 29 Abs. 5, 34 Abs. 5 und 40 Abs. 6 geregelt.

Zu Z 49 (§ 61 - Beschlusserfordernisse):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 61.

Abs. 1:

Beim Erweiterten Präsidium einer Landeskammer bzw. der WKÖ hat zur Beschlussfähigkeit mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend zu sein (bisher für den Vorstand ein Drittel). Bezüglich der Beschlussfähigkeit des Kontrollausschusses hat sich nichts geändert; diese war bisher im § 135 Abs. 4 geregelt.

Wenn die Grundumlage (§ 123) erhöht werden soll, muss dies als Tagesordnungspunkt auf der Einladung zur Fachgruppentagung aufscheinen. Die Einladung zur Fachgruppentagung ist an alle Mitglieder zu versenden; die Versendung muss nicht bescheinigt erfolgen, da ja die Einladung samt der Tagesordnung auch in der Kammerzeitung oder in einem anderen allen Mitgliedern zugänglichen Publikationsorgan oder in der Fachzeitschrift der Fachgruppe zu verlautbaren ist. Vor der Beschlussfassung über die Erhöhung der Grundumlage ist zudem die Meinung der Mitglieder auf geeignete Weise, etwa durch Mitgliederbefragung, zu erkunden.

Abs. 2:

Klargestellt wurde dass, wenn ein Funktionär in mehrfacher Funktion Mitglied eines Organes ist (z.B. Spartenkonferenz), er in diesem nur eine Stimme hat.

Abs. 3:

Die Möglichkeit zur Beschlussfassung im Umlaufwege wurde auf die Kammer und die Spartenpräsidien eingeschränkt. Die Dringlichkeit als Voraussetzung für die Fassung eines solchen Beschlusses ist aus Gründen der Rechtssicherheit nicht mehr erforderlich. In Fällen der Dringlichkeit ist ein Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 64 zu fassen.

Klargestellt wurde auch, dass eine Stimmenthaltung einer Einstimmigkeit nicht im Wege steht (... der abgegebenen Stimmen).

Zu Z 50 (§ 62 - Stellvertretung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 62.

Abs. 2:

Die Möglichkeit von Stimmrechtsübertragungen wurde auf die Fachverbands- und Fachgruppenausschüsse eingeschränkt. Bei der Abstimmung über einen Misstrauensantrag gemäß § 54 ist eine Stimmrechtsübertragung nicht zulässig.

Abs. 3:

Die Vertretungsregelung für das Erweiterte Präsidium ist in der Geschäftsordnung zu regeln.

Zu Z 51 (§ 63 - Kooptierung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 63.

Zu Z 52 (§ 64 - Dringlichkeitskompetenz):

Bisher war die Dringlichkeitskompetenz in verschiedenen Paragraphen geregelt (§§ 22, 23, 24, 34, 35, 36 u.a.m.). Nunmehr wurde die Dringlichkeitskompetenz von Organen - ohne inhaltliche Änderungen - einheitlich geregelt.

Zu Z 53 (§ 65 - Delegierung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 65.

Abs. 4:

Eine Delegierung der Befugnis zur Beschlussfassung über die Grundumlage ist künftig nicht mehr zulässig. Ein bereits gefasster Delegierungsbeschluss verliert auf Grund der Über-

gangsbestimmung des § 1 Abs. 6 mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes seine Gültigkeit.

Die Kundmachung von Delegierungsbeschlüssen wird nunmehr im § 141 Abs. 1 geregelt.

Zu Z 54 (§ 65 a - Übertragung von Aufgaben der Einzelorgane):

Die Inhalte dieser Bestimmung waren bisher in verschiedenen Paragraphen enthalten (§§ 22 Abs. 4, 26 Abs. 4, 34 Abs. 4, 38 Abs. 4, 45 Abs. 3 und 48 Abs. 3).

Zu Z 55 (§ 65 b - Übertragung von Aufgaben der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft):

Diese Bestimmung soll eingeführt werden, um der WK - Organisation bei der Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben eine erhöhte Flexibilität einzuräumen.

Die Übertragung von Aufgaben der WK - Organisationen kann entweder auf juristische Personen, sonstige Rechtsträger oder Personenvereinigungen, die am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnehmen, erfolgen (Outsourcing von Leistungen) oder an juristische Personen des privaten Rechtes, die ausschließlich und unmittelbar für die übertragenden Organisationen tätig werden, vorgenommen werden.

Zu Z 56 (§ 66 - Beharrungsbeschlüsse):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 66.

Die Verpflichtung zur Befassung des Bundesministers ist weggefallen (bisheriger Abs. 2).

Zu Z 57 (§ 67 - Übergang der Zuständigkeit):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 67.

Zu Z 58 (§ 71 - Statistik):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 71.

Zu Z 59 (§ 72 - Datenschutz):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 72, jedoch wurden die Bestimmungen dem neuen Datenschutzgesetz 2000 angepasst.

Zu Z 60 (§ 73 - Wahlen, Wahlrecht und Wählbarkeit):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 73.

Abs. 1:

Der 1. Satz des Abs. 1 war bisher im § 11 festgeschrieben und wurde nunmehr aus Gründen der besseren Übersicht in den Wahlrechtsteil überführt. Der 2. Satz war bisher im § 76 Abs. 3 geregelt; er wurde, da er programmatischen Charakter hat, in den Grundsatzbestimmungen für das Wahlrecht aufgenommen. Außerdem wurde der bereits bisher für die Wahlen der Fachgruppenausschüsse und der Fachvertreter verwendete Begriff „Urwahlen“ gesetzlich verankert.

Der 3. Satz ist die grundsätzliche Ermächtigung für die Durchführung der Urwahlen auf elektronischem Weg (e - Voting). Die näheren Determinierungen sind im § 74 enthalten.

Abs. 2:

Im Wahlrecht der Wirtschaftskammern war schon bisher für die Mandatsermittlung das D'Hondtsche Verfahren angeordnet. Es war jedoch an verschiedenen Stellen festgeschrieben (z.B. §§ 102 Abs. 5, 104 Abs. 5, 115 Abs. 4, 117 u.a.m.)

Nunmehr wird klargelegt, dass die Mandatsermittlung in allen Fällen, in denen das Gesetz nichts anderes anordnet (§§ 117 Abs. 3 und 118 Abs. 3), nach dem D'Hondtschen Verfahren zu erfolgen hat.

Abs. 6:

Entscheidend für die Ausübung des passiven Wahlrechtes ist die tatsächliche Ausübung des Gewerbes. Geklärt wurde, dass ein Ruhen der Berechtigung als Nichtausübung gilt, sofern es sich nicht um einen Saisonbetrieb (Schlift, Schihütte, Christbaumhändler u.a.m.) handelt. Inhaber solcher Berechtigungen sind wählbar, sofern sie in der Wählerliste eingetragen sind; dies erfordert unter Umständen einen Antrag gemäß Abs. 3.

Zu Z 61 (§ 74 - Wahlordnung):

Abs. 1:

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 74, jedoch wurde die zur Kenntnisbringung von Satzungen einheitlich in § 141 geregelt.

Abs. 2 bis 4:

Diese Bestimmungen sollen die Durchführung der Urwahlen auf elektronischem Weg ermöglichen und den rechtlichen Rahmen für die Regelung der näheren Bestimmungen in der Wahlordnung geben. Die tatsächliche Durchführung einer Urwahl im Bereich einer Landeskammer bedarf allerdings der Genehmigung durch die Hauptwahlkommission der WKÖ (§ 76 Abs. 5).

Zu Z 62 (§ 75 - Wahlkataloge):

Abs. 2:

Die Zusammensetzung der Wirtschaftsparlamente der Landeskammern und der WKÖ wurde systematisch völlig verändert und erfolgt künftig im wesentlichen durch die Spartenvertretungen (siehe die Erläuterungen zu den §§ 25 und 37). Die Anzahl der Mitglieder einer Spartenvertretung auf Landeskammerebene hat mindestens 4, darf jedoch höchstens 15 betragen; die Gesamtzahl der Spartenvertreter im Wirtschaftsparlament der mitgliederstärksten Landeskammer (Wien) darf die Zahl 80 nicht überschreiten. Die Anzahl der Mitglieder einer Spartenvertretung der WKÖ hat mindestens 9 und höchstens 20 zu betragen, wobei die Gesamtzahl die Zahl 100 nicht überschreiten darf.

Die Gewichtung der Sparten zueinander in der Vertretung im Wirtschaftsparlament ist bei der Festsetzung der Anzahl der Spartenvertreter unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Bedeutung der Sparte im Sparten-Wahlkatalog vorzunehmen. Zur jeweiligen Höchstzahl kommen jedoch allfällige Minderheiten- und Zusatzmandate hinzu.

Zu Z 63 (§ 76 - Anordnung der Wahlen):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 76.

Abs. 1:

Neu definiert wurde der Zeitraum innerhalb dessen die Urwahlen abzuwickeln sind.

Abs. 3:

Die Hauptwahlkommission hat nunmehr neben dem zeitlichen Rahmen für die Durchführung der Urwahlen in den Landeskammern auch den Tag der Wahlauschreibung festzusetzen.

Abs. 5:

Falls eine Landeskammer die Urwahlen mittels e-Voting durchführen will, ist hierfür, neben einem Beschluss der eigenen Hauptwahlkommission, die Genehmigung der Hauptwahlkommission der WKÖ erforderlich.

Zu Z 64 (S 77 - Wahlkosten):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 77, jedoch wurden detailliertere Bestimmungen hinsichtlich der Kostentragung sowie der Aufteilung der Kosten im Gesetz festgeschrieben.

Zu Z 65 (§ 78 - Hauptwahlkommission):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 78.

Abs. 2:

Die Zahl der Mitglieder einer Hauptwahlkommission (HWK) wurde von sechs auf sieben erhöht, das heißt die HWK besteht künftig aus neun Mitgliedern: dem Vorsitzenden, seinen Stellvertreter und sieben Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder wurde mit der Anzahl der vorgesehenen Sparten gleich gesetzt. Damit hat jede Sparte rechnerisch die Möglichkeit, mit einem Vertreter in der HWK vertreten zu sein.

Die sieben Mitglieder der HWK sind auf die im jeweiligen Wirtschaftsparlament vertretenen Wählergruppen nach D'Hondt aufzuteilen; Basis sind die von den Wählergruppen bei den letzten Urwahlen im Gesamten erzielten Mandate.

Abs. 5:

Das WKG normiert für die Einbringung von Wahl- und Besetzungsvorschlägen sowie von Einsprüchen und Anträgen Fristen. Die Hauptwahlkommission kann auf Grund dieser Bestimmung anordnen, dass diese Schriftstücke schon vor Ablauf des letzten Tages der Frist, etwa zum Büroschluss, bei ihr eingelangt sein müssen.

Abs. 6 und 7:

Diese Bestimmung musste eingefügt werden für den Fall, dass eine elektronisch durchgeführte Urwahl auf Grund eines Systemfehlers abgebrochen werden muss.

Zu Z 66 (§ 79 - Wahlkommissionen):

Abs. 1:

Bisher musste im Bereich einer Kammer (Landeskammer oder WKÖ) zumindest eine Wahlkommission eingerichtet werden. Nunmehr fällt diese Verpflichtung weg; in den Fällen, in denen keine

Wahlkommission errichtet wird, obliegen der Hauptwahlkommission ihre Aufgaben.

Abs. 2:

Die Wahlkommission hat künftig aus sechs Mitgliedern, dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und vier weiteren Mitgliedern zu bestehen. Für die Zusammensetzung der Wahlkommission ist das Verhältnis der bei den Urwahlen in der betreffenden Sparte erreichten Mandate zu berücksichtigen; die Ermittlung des Verhältnisses hat auf Grund des D'Hondtschen Verfahrens zu erfolgen.

Abs. 4:

Diese Bestimmung war bisher bei den entsprechenden Paragraphen (§§ 102 Abs. 2, 105 u.a.m.) statuiert. Aus systematischen Gründen wurde sie nunmehr bei der Bestimmung über die Wahlkommission verankert.

Zu Z 67 (§ 80 - Zweigwahlkommissionen):

Abs. 2:

Künftig muss nur mehr mindestens ein Mitglied einer Zweigwahlkommission (ZWK) aus dem Kreis der wahlberechtigten Personen kommen. Die übrigen Mitglieder können aus dem Kreis der Mitarbeiter oder ehemaligen Mitarbeitern der Wirtschaftskammer bestellt werden.

Abs. 6:

Bei der Festsetzung der Gesamtzahl aller Mitglieder von allen zu errichtenden ZWK ist das Verhältnis der Wählergruppen im Wirtschaftsparlament zu berücksichtigen; für die Ermittlung des Verhältnisses siehe die Erläuterungen zu § 78.

Zu Z 68 (§ 81 - Angelobung, Einberufung, Beschlussfassung und Geschäftsführung der Wahlbehörden):

Abs. 2:

Neu eingefügt wurde die Bestimmung, dass aus Gründen der Zweckmäßigkeit zur ersten Sitzung der Wahlkommission(en) und der Zweigwahlkommissionen auch der Vorsitzende der Hauptwahlkommission einberufen kann.

Abs. 5:

Für den Vorsitzenden der Hauptwahlkommission wurde eine Dringlichkeitskompetenz eingeführt.

Abs. 6:

Diese Bestimmung, die bisher im § 82 geregelt war, wurde aus systematischen Gründen nunmehr im § 81 eingefügt.

Abs. 10:

Aus arbeitstechnischen Gründen wurde festgelegt, dass der Generalsekretär (Direktor) sowie der Leiter der Geschäftsstelle der HWK künftig berechtigt sind, an den Sitzungen sämtlicher Wahl- und Zweigwahlkommissionen teilzunehmen.

Zu Z 69 (§ 82 - Funktionsdauer):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 83.

Abs. 4:

Da auch bei einem Vorsitzenden einer Hauptwahlkommission oder einem Stellvertreter Abberufungsgründe eintreten können, wurde eine ausdrückliche Bestimmung für deren Abberufung eingeführt.

Zu Z 70 (§ 83 Zustellungsbevollmächtigter):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 84.

Zu Z 71 (§ 84 - Wahlkundmachung):

Das System der Wahlkundmachung musste völlig neu konzipiert werden, da künftig die Wirtschaftsparlamente schon nach dem Abschluss der Urwahlen feststehen und den Wählern aus demokratiepolitischen Gründen ihre potenziellen Vertreter in den Wirtschaftsparlamenten schon zum Zeitpunkt der Urwahlen bekannt sein sollen.

Abs. 2:

Die Wahlkundmachung muss aus den o.a. Gründen je einen Abschnitt für die Besetzung der Spartenvertretungen in der Landeskammer und in der WKÖ enthalten. Aus Gründen einer effizienteren Abwicklung der weiteren Wahlgänge wurde auch die Besetzung der Fachverbandsausschüsse in die Wahlkundmachung übernommen. Die Wahlkundmachung hat daher künftig fünf Abschnitte.

Abs. 3:

In der Ziffer 1 wurden die Inhalte für die Urwahlen, die bisher im wesentlichen im § 85 Abs. 2 geregelt waren, aufgenommen. Vereinfacht wurde die Regelung über die Unterstützung von Wahlvorschlägen (Z 1 lit. e).

In den Ziffern 2 und 3 werden die Voraussetzungen für die Einbringung eines Besetzungsvorschlages für eine Spartenvertretung in der Landeskammer bzw. der WKÖ statuiert. Voraussetzung, dass eine Wählergruppe einen Besetzungsvorschlag für eine Spartenvertretung einbringen kann, ist, dass sie für die Urwahlen in der betreffenden Sparte zumindest einen gültigen Wahlvorschlag eingebracht hat. Besetzungsvorschläge für eine Spartenvertretung einer Landeskammer oder der WKÖ können bis spätestens vier Wochen vor dem ersten möglichen Wahltag eingebracht werden (§ 101 Abs. 2 bzw. 109 Abs. 2; siehe dazu auch die Erläuterungen zu § 78 Abs. 5). Die Besetzungsvorschläge müssen von so vielen wahlberechtigten Mitgliedern der betreffenden Sparte unterstützt werden, wie Mandate zur Vergebung gelangen.

Wenn der Zustellungsbevollmächtigte einer Wählergruppe für die Besetzung der Spartenvertretung einer Landeskammer eine Zurechnungserklärung abgibt, hat dieser, wenn für die betreffende Fachorganisation mehrere gültige Wahlvorschläge eingebracht wurden, auf dem eigenen Wahlvorschlag bei jedem Bewerber anzuführen, welcher Wählergruppe dieser zuzurechnen ist (§ 101 Abs. 4; siehe die Erläuterungen zu § 89).

In der Ziffer 4 werden die Voraussetzungen für die Einbringung eines Besetzungsvorschlag für einen Fachverbandsausschuss festgeschrieben. Die Einbringung der Besetzungsvorschläge für die Fachverbandsausschüsse hat erst nach der Durchführung der

Urwahlen zu erfolgen (Abs. 2 ... Mandate erreicht haben) . Die Hauptwahlkommission der WKÖ hat für die Einreichung der Besetzungsvorschläge einen zeitlichen Rahmen von einer Woche festzusetzen und diesen den HWK der Landeskammern zwölf Wochen vor den Urwahlen, d.h. zwei Wochen vor der Erlassung der Wahlkundmachung mitzuteilen (§ 107 Abs. 1).

Berechtigt einen Besetzungsvorschlag für einen Fachverbandsausschuss einzubringen, sind die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die bei den Urwahlen der in den Wirkungsbereich des jeweiligen Fachverbandes fallenden Fachorganisationen Mandate erreicht haben. Für die Einreichung eines Besetzungsvorschlages für einen Fachverbandsausschuss ist keine Unterstützung erforderlich.

In der Ziffer 5 sind die allgemeinen Bestimmungen für die Einreichung von Wahl- und Besetzungsvorschlägen angeführt.

Zu Z 72 (§ 85 - Aktives und passives Wahlrecht):

Entspricht inhaltlich im wesentlichen den bisherigen §§ 86 und 87.

Die Möglichkeit, dass sich Inhaber von Einzelunternehmungen für die Ausübung des aktiven Wahlrechtes vertreten lassen können (bisher § 86 Abs. 4) wurde jedoch nicht mehr aufgenommen.

Abs. 6:

Diese Bestimmung war früher im bisherigen § 85 Abs. 5 geregelt.

Zu Z 73 (§ 86 - Wählerlisten):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 88.

Zu Z 74 (§ 87 - Einspruch gegen die Wählerlisten und Anträge

auf Aufnahme in die Wählerlisten):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 89.

Abs. 1:

Neu aufgenommen wurde die Möglichkeit, dass die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die in der abgelaufenen Funktionsperiode im Wirtschaftsparlament der betreffenden Kammer vertreten waren, Einsprüche wegen der Aufnahme vermeintlich Nichtwahlberechtigter oder wegen der Nichtaufnahme vermeintlich Wahlberechtigter in die Wählerliste vornehmen können.

Einwendungen der Betroffenen müssen vor Ablauf der Entscheidungsfrist für die Wahlkommission und zwar am letzten Tag vor Ablauf dieser bei der Wahlkommission eingelangt sein.

Abs. 5:

Da die Wahlverfahren unter einem enormen Zeitdruck abgewickelt werden müssen, war und ist gegen die Entscheidung einer Wahlkommission ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig (Abs. 4). Um für die HWK die Möglichkeit zu schaffen offensichtliche Verfahrensfehler einer Wahlkommission zu korrigieren, wurde die Möglichkeit einer amtswegigen Berichtigung einer Entscheidung einer Wahlkommission durch die HWK eingeführt.

Abs. 6:

Der § 85 Abs. 3 lit. e stellt bei der Unterstützung für einen Wahlvorschlag auf die Anzahl der Wahlberechtigten der betreffenden Fachgruppe (Fachvertretung) ab. Da sich diese durch Einsprüche gemäß Abs. 1 und durch Anträge gemäß Abs. 2 ändern kann, wurde gesetzlich festgeschrieben, dass eine diesbezügliche Änderung in der Anzahl der Wahlberechtigten keinen Einfluss auf die erforderliche Anzahl an Unterstützern hat.

Zu Z 75 (§ 88 - Wahlvorschläge):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 90.

Zu Z 76 (§ 89 - Prüfung, Abänderung und Verlautbarung der Wahlvorschläge):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 91.

Abs. 6:

Die Verpflichtung zur Kennzeichnung der einzelnen Wahlwerber ist nur für den Fall vorgesehen, dass eine Wählergruppe, (die) Mandate, die sie bei der Urwahl in der betreffenden Sparte erreicht, mehreren anderen Wählergruppen zurechnen lässt und außerdem für diese Fachgruppe (Fachvertretung) mehrere Wahlvorschläge eingereicht werden. Diese Verpflichtung erfolgt deshalb, da ja zum Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung noch nicht feststeht, wie viele Mandate die Wählergruppe bei der Wahl erreichen wird und somit eine entsprechende Zurechnung ohne diese Kennzeichnung der Mandatare nicht möglich wäre.

Zu Z 77 (§ 90 - Wahlkarten):

Die Bestimmungen über die Abgabe der Stimme mittels Wahlkarte wurden administrativ vereinfacht. Während nach dem bisherigen § 92 nur jene Wahlberechtigte einen Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte hatten, die sich voraussichtlich am Wahltag (an den Wahltagen) an einem anderen Ort, als dem, der der zuständigen Zweigwahlkommission entspricht, aufhielten, haben diesen Anspruch nunmehr generell alle Wahlberechtigten. Außerdem musste der Wahlberechtigte bisher den Anspruch geltend machen (bisheriger § 92 Abs. 1).

Künftig soll jedem Wahlberechtigten mit der Wählerversündigung - neben den sonstigen Unterlagen für die Wahl wie z.B. Vollmacht für juristische Personen und sonstige Rechtsträger - auch die Wahlkarte übermittelt werden. Der Wahlberechtigte kann dann selbst entscheiden, ob er die Stimmabgabe mittels Wahlkarte oder traditionell in einem Wahllokal durchführen will.

Um organisatorische Schwierigkeiten zu vermeiden, wurde festgelegt, dass die Wahlkarte spätestens zwei Tage vor dem ersten möglichen Wahltag bei der zuständigen HWK eingelangt sein muss. Damit ist sichergestellt, dass ein Wahlberechtigter sein Wahlrecht nur einmal ausüben kann.

Die Wahlkarte kann allerdings nur mehr auf postalischem Weg an die HWK oder an eine von dieser bestimmten Stelle rücküber-

mittelt werden. Eine Abgabe der Wahlkarte bei einer Zweigwahl - kommission ist aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich. Im Falle der Durchführung der Wahl auf elektronischem Weg sind Wahlkarten nicht zulässig (Abs. 1).

Zu Z 78 (§ 91 - Stimmzettel):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 93.

Abs. 3:

Mit dieser Bestimmung wird sichergestellt, dass auch bei einer Durchführung der Wahl auf elektronischem Weg das Stimmzettel - dokument den Anforderungen eines papierenen Stimmzettels ent - spricht.

Zu Z 79 (§ 92 - Abstimmungsverfahren):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 94.

Abs. 4.

Auch bei Durchführung der Wahl auf elektronischem Weg muss dem Wahlberechtigten die geheime Stimmabgabe ermöglicht werden.

Zu Z 80 (§ 93 - Stimmabgabe):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 95.

Zu Z 81 (§ 94 - Gültige Stimmen):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 96.

Zu Z 82 (§ 95 - Vorzugsstimme):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 97.

Zu Z 83 (§ 96 - Organisatorische Maßnahmen nach der Wahl und Stimmzählung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 98, jedoch sollen einige organisatorische Bestimmungen in der Wahlordnung fest - gelegt werden (Abs. 2).

Der bisherige Abs. 7 soll ebenfalls in der Wahlordnung ge - regelt werden.

Zu Z 84 (§ 97 - Mandatsermittlung und Verlautbarung des Wahl - ergebnisses)

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 99.

Abs. 4:

Die Minderheitenbestimmung wurde ausgebaut. Künftig steht einer Wählergruppe, wenn sie bei der Wahl in einer Fachgruppe zumindest fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen er - halten und nach der Wahlarithmetik kein Mandat erhalten hat, ein stimmberechtigtes Mitglied für den jeweiligen Fachgruppen - ausschuss zu (bisher zehn Prozent; bei fünf Prozent der Stimmen stand bisher nur ein Mandat mit beratender Funktion zu).

Abs. 5:

Das Minderheitenrecht gemäß Abs. 4 steht, wenn mehrere Wähler - gruppen Anspruch auf das Minderheitenrecht haben, nur der stimmenstärksten Wählergruppe zu.

Abs. 6:

Das Minderheitenmandat gemäß Abs. 4 ist an und für sich ein vollwertiges Mandat. Um eine Verzerrung des Wählerwillens bei der Wahl des Fachgruppenobmannes zu vermeiden, wurde festgeschrieben, dass das Wahlrecht bei der Obmannwahl nur dann zu - steht, wenn die Wählergruppe bei der Urwahl der betreffenden Fachgruppe mehr als zehn Prozent der gültigen Stimmen erreicht hat.

Abs. 8:

Diese Bestimmung war im bisherigen § 100 geregelt.

Zu Z 85 (§ 98 - Einspruch gegen die Ermittlung und das Wahlergebnis):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 101.

Abs. 1:

Zur Klarstellung wurde die bereits bisher bestehende Rechts - meinung, wonach Einsprüche keine aufschiebende Wirkung haben, im Gesetz festgeschrieben.

Abs. 6:

Ebenfalls zur Klarstellung wurde die Bestimmung aufgenommen, dass, wenn die Wahl in einer Fachorganisation wiederholt wer - den muss, dadurch die anderen Wahlen und Besetzungen nicht ge - hemmt und beeinflusst werden.

Zu Z 86 (§ 99 - Wahl des Obmannes der Fachgruppe und seiner Stellvertreter sowie der Vorsitzenden der Fachvertreter)

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 102.

Zu Z 87 (§ 100 - Wahlen innerhalb einer Funktionsperiode):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 103.

Abs. 3:

Im bisher geltenden WKG war nicht geregelt, ob, wenn in einer laufenden Funktionsperiode eine Fachvertretung in eine Fach - gruppe umgewandelt wird, neu gewählt werden muss. Nunmehr wurde dies ausdrücklich angeordnet.

Abs. 4:

Im Falle einer Umgliederung von Berufsgruppen innerhalb be - stehender Fachverbände in einer laufenden Funktionsperiode, kann künftig eine Neuwahl unterbleiben, sofern von den be - troffenen Fachorganisationen nachgewiesen wird, dass eine Ver - tretung der umgliederten Berufsgruppe in den neuen Fachorga - nisationen gewährleistet ist. Dies kann dadurch erfolgen, dass im Falle eines Ausscheidens eines bisherigen Mandatars der be - treffenden Fachorganisation ein Vertreter der betroffenen um - gegliederten Berufsgruppe im Sinne des § 115 Abs. 2 nachbe - setzt wird.

Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, hat die HWK der WKÖ eine Neuwahl anzuordnen.

Zu Z 88 (§ 101 - Besetzung der Spartenvertretungen):

Die Spartenvertretungen aller nach der Spartenordnung (§ 13) eingerichteten Sparten, bilden im wesentlichen das Wirtschaftsparlament einer Landeskammer (§ 25)

Politische Absicht war, dass den Wahlberechtigten aus demokratiepolitischen Gründen zum Zeitpunkt der Durchführung der Urwahlen bekannt ist, wer ihre (potenziellen) Vertreter im Wirtschaftsparlament der Landeskammer sind.

Abs. 2:

Die Besetzungsvorschläge für die Spartenvertretungen einer Landeskammer müssen künftig bereits spätestens vier Wochen vor dem ersten Wahltag bei der zuständigen HWK eingereicht werden (siehe erläuternde Bemerkungen zu § 84 Abs. 3 lit. 2).

Berechtigt einen Besetzungsvorschlag einzubringen sind die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppe, die in der betreffenden Sparte zumindest einen gültigen Wahlvorschlag für die Urwahlen eingebracht haben. Hinsichtlich der erforderlichen Unterstützung von Besetzungsvorschlägen für Spartenvertretungen siehe die Erläuterungen zu § 84 Abs. 3.

Eine Zurückziehung eines eingebrachten Besetzungsvorschlages ist bis spätestens zehn Tage vor dem ersten Wahltag möglich.

Abs. 3:

Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen die berechtigt sind einen Besetzungsvorschlag einzubringen, können stattdessen der HWK auch mitteilen, dass ihre Wählergruppe mit einer (mehreren) anderen Wählergruppe(n) für die Besetzung der Spartenvertretung neue Wählergruppe bildet und diese einen Besetzungsvorschlag einbringt (lit. a) oder dass die Wählergruppe erreichte Mandate einer oder mehreren anderen Wählergruppe(n), die einen Besetzungsvorschlag eingebracht hat (haben), zurechnen lässt. Eine solche Mitteilung einer Wählergruppe hat bis spätestens eine Woche vor dem ersten möglichen Wahltag zu erfolgen.

Abs. 4:

Siehe die erläuternden Bemerkungen zu § 89 Abs. 6.

Abs. 8 bis 11:

Das bisher für die Sektionsleitung bestehende Minderheitenrecht (bisheriger § 104 Abs. 6 bis 10) wurde auch für die Spartenvertretung beibehalten. Allerdings wurden die Prozentsätze für die Erreichung des ersten und des zweiten Minderheitenmandates im Hinblick auf die gegenüber der Sektionsleitung stark reduzierten Anzahl der Mitglieder der Spartenvertretungen verhältnismäßig erhöht.

Zu Z 89 (§ 102 - Bestellung weiterer Mitglieder der Spartenkonferenz)

Abs. 1 und 2:

Die Wählergruppen sollen künftig auch in der Spartenkonferenz (diese bilden im wesentlichen alle Obmänner und Vorsitzende der Fachvertreter einer Sparte) in dem Verhältnis, wie dies dem mandatsmäßigen Ergebnis der Urwahlen in der betreffenden Sparte entspricht, vertreten sein. Um den „kleineren“ Wählergruppen dies zu ermöglichen, wurde festgeschrieben, dass diese

so viele Mandate in die betreffende Spartenkonferenz entsenden können, wie dies diesem Verhältnis entspricht. Die Mandatszahl ist aus der Summe der Anzahl der Obmänner aller Fachgruppen (Vorsitzende der Fachvertreter) der betreffenden Sparte und der Mitglieder der betreffenden Spartenvertretung zu ermitteln. Die Feststellung des Verhältnisses erfolgt auf Grund des D'Hondtschen Verfahrens (§ 73 Abs. 2).

Abs. 3:

Um sicherzustellen, dass Mandate von Wählergruppen nicht mehrmals beansprucht werden, wurde festgeschrieben, dass einer Wählergruppe dieses Entsendungsrecht nicht zusteht, wenn sie sich für die Besetzung der betreffenden Spartenvertretung mit einer anderen Wählergruppe vereint; in diesem Fall ist ohnehin die vereinigte Wählergruppe in der Spartenkonferenz vertreten. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, wurde bestimmt, dass bei der Berechnung für die zusätzlichen Vertreter jene Mandate nicht zu zählen sind, die eine Wählergruppe für die Besetzung der Spartenvertretung einer anderen Wählergruppe zurechnen ließ.

Abs. 4:

Um zu verhindern, dass auf Grund der Rechte gemäß Abs. 1 anderen Wählergruppen Mandate wieder weggenommen werden, wurde bestimmt, dass die Rechte jener Wählergruppen, die in der Spartenkonferenz bereits entsprechend ihrem Stärkeverhältnis oder besser vertreten sind, nicht geschmälert werden.

Abs. 5:

Die entsendeten Vertreter müssen in eine der Fachgruppen (Fachvertretungen) der betreffenden Sparte wählbar sein. Sie sind der HWK binnen einer Woche nach Verlautbarung der Ergebnisse der Wahlen der Obmänner der Fachgruppen sowie der Vorsitzenden der Fachvertreter namhaft zu machen und von dieser zu bestellen und zu verlautbaren.

Zu Z 90 (§ 103 - Wahl des Spartenobmannes und seiner Stellvertreter):

Die Mitglieder der Spartenkonferenz haben die Wahl des Spartenobmannes und seiner beiden Stellvertreter (= das Spartenpräsidium) durchzuführen. Wählbar sind nur Funktionäre, die der Spartenvertretung angehören.

Zu Z 91 (§ 104 - Bestellung weiterer Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes):

Abs. 1:

Diese Bestimmung sichert den kleineren Wählergruppen im „großen Organ“ der Landeskammer eine Vertretung, wie dies dem mandatsmäßigen Ergebnis der Urwahlen im Bereich der betreffenden Landeskammer entspricht.

Die Mandatszahl ergibt sich aus der Summe aller Mitglieder sämtlicher Spartenvertretungen einschließlich der Minderheitenmandate gemäß § 101 Abs. 7 bis 9.

Die Ermittlung der weiteren Vertreter erfolgt durch das D' Hondtsche Verfahren.

Abs. 3:

Haben sich Wählergruppen für die Besetzung einer Spartenvertretung vereinigt¹ gelten die von den ursprünglichen Wählergruppen bei den Urwahlen erreichten Mandate als von der vereinigten Wählergruppe erreicht. Der vereinigten Wählergruppe steht dann ein allfälliges Recht gemäß Abs. 1 zu.

Der Zustellungsbevollmächtigte der vereinigten Wählergruppe kann der HWK jedoch auch mitteilen, dass die bei den Urwahlen erreichten Mandate den ursprünglichen Wählergruppen zugerechnet werden sollen. Diesfalls hat der Zustellungsbevollmächtigte jedoch auch die Aufteilung der Mandate, die die vereinigte Wählergruppe bei der Besetzung der entsprechenden Spartenvertretung erreicht hat, auf die ursprünglichen Wählergruppen bekannt zu geben. In solchen Fällen steht den ursprünglichen Wählergruppen, sofern sie im Wirtschaftsparlament vertreten sind, ein allfälliges Recht gemäß Abs. 1 zu.

Die Bestimmung des lit. b soll vermeiden, dass Mandate mehrfach gezählt werden.

Abs. 4:

Wählergruppen, die auf Grund der Wahlarithmetik im Wirtschaftsparlament bereits entsprechend dem sich aus der Berechnung gemäß Abs. 1 und 2 ergebenden Verhältnis oder stärker vertreten sind, werden in ihren Rechten nicht geschmälert, d.h. sie verlieren keine Mandate.

Zu Z 92 (§ 105 - Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 107.

Zu Z 93 (§ 106 - Bestellung weiterer Mitglieder des Erweiterten Präsidiums):

Abs. 1:

Die erläuternden Bemerkungen zu § 104 Abs. 1 gelten sinngemäß.

Abs. 2:

Bei der Mandatszahl für die Berechnung der weiteren Mitglieder im Erweiterten Präsidium der Landeskammer sind die mit Sitz und Stimme kooptierten Mitglieder des Präsidiums der Landeskammer und die mit diesen Rechten kooptierten Spartenobmann-Stellvertreter, sofern ihre Beiziehung vom Wirtschaftsparlament beschlossen wird, mitzurechnen.

Erfolgt eine solche Kooptierung erst zu einem späteren Zeitpunkt oder wird eine vorgenommene Kooptierung widerrufen, ist die Berechnung gemäß Abs. 1 neu durchzuführen; dies gilt auch wenn der Beschluss über die Beiziehung der Spartenobmann-Stellvertreter erst zu einem späteren Zeitpunkt gefasst wird.

Abs. 3 und 4:

Entsprechen dem Minderheitenrecht des bisherigen § 106 Abs. 1, jedoch wurde die Größe des Organes entsprechend berücksichtigt (Abs. 4).

Abs. 5:

Ein Vertreter einer Wählergruppe, der auf Grund der Bestimmung des § 63 Abs. 2 in das Präsidium der Landeskammer oder in ein Präsidium einer Sparte kooptiert wurde, ist der betreffenden Wählergruppe bei der Berechnung der Anzahl der weiteren Vertreter gemäß Abs. 1 natürlich anzurechnen.

Abs. 6:

Siehe erläuternde Bemerkungen zu § 104 Abs. 3 und 4.

Abs. 7:

Die Frist für die Wählergruppen zur Bekanntgabe der Mandatare an die HWK beginnt mit der Wahl des Spartenpräsidiums, welches zuletzt gewählt wurde, zu laufen. Wird die Wahl des Landes - kammer - Präsidiums jedoch ausnahmsweise erst nach den Wahlen aller Spartenpräsidien durchgeführt, beginnt die Frist mit der Wahl des Landeskammer - Präsidiums. Bezüglich des Beschlusses des Wirtschaftsparlamentes über die Beiziehung der Spartenob - mann - Stellvertreter ist davon auszugehen, dass dieser bei der Sitzung des Wirtschaftsparlamentes, in der das Präsidium ge - wählt wird, gefasst wird. Wird der Beschluss erst zu einem späteren Zeitpunkt gefasst, ist die Berechnung gemäß Abs. 1 vorerst einmal durchzuführen, sofern der Zeitpunkt der Be - schlussfassung über die Beiziehung nicht schon absehbar ist.

Zu Z 94 (§ 107 - Besetzung der Fachverbandsausschüsse):

Abs. 1:

Für die Einreichung der Besetzungsvorschläge für die Aus - schüsse der Fachverbände hat die HWK der WKÖ einen zeitlichen Rahmen von einer Woche festzusetzen und diesen den HWK der Landeskammern mitzuteilen, da dieser in der Wahlkundmachung enthalten sein muss (§ 84 Abs. 3 Z 4).

Abs. 2:

Der Zeitrahmen für die Einreichung der Besetzungsvorschläge für die Fachverbandsausschüsse wird zeitlich nach dem Vor - liegen der Ergebnisse der Urwahlen fixiert werden. Zur Ein - reichung eines Besetzungsvorschlages sind nämlich nur die Zu - stellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen berechtigt, die bei den Urwahlen der in den Wirkungsbereich des jeweiligen Fachverbandes fallenden Fachorganisationen Mandate erreicht haben. Eine Unterstützung eines Besetzungsvorschlages ist nicht erforderlich.

Abs. 3:

Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die bei den Urwahlen der in den Wirkungsbereich des betreffenden Fach - verbandes fallenden Fachorganisationen Mandate erreicht haben, können der HWK der WKÖ statt der Einreichung eines Besetzungs - vorschlages jedoch auch mitteilen, dass sich ihre Wählergruppe mit einer anderen Wählergruppe vereint oder dass sie ihre er - reichten Mandate ganz oder teilweise einer oder mehreren an - deren Wählergruppe(n) zurechnen lässt.

Eine Erklärung über eine Vereinigung von Wählergruppen gemäß Abs. 3 lit. a, muss jedoch spätestens zu Beginn der Einreichfrist für Besetzungsvorschläge bei der HWK der WKÖ eingelangt sein.

Zu Z 95 (§ 108 - Wahl des Obmannes des Fachverbandes und seine Stellvertreter):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 109.

Zu Z 96 (§ 109 - Besetzung der Spartenvertretungen):

Die Besetzungsvorschläge für die Spartenvertretungen der WKÖ sind ebenfalls vor der Durchführung der Urwahlen in den Landeskammern bei der HWK der WKO einzureichen und zwar vier Wochen vor dem ersten möglichen Wahltag; siehe dazu auch die grundsätzlichen Bemerkungen zu § 101.

Abs. 2:

Berechtigt einen Besetzungsvorschlag einzubringen, sind die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die bei den Urwahlen in die Fachorganisationen der betreffenden Sparte zu - mindest einen gültigen Wahlvorschlag eingebracht haben. Besetzungsvorschläge für eine Spartenvertretung der Bundeskammer müssen von so vielen Wahlberechtigten unterstützt werden, wie Mandate zur Vergebung gelangen (§ 84 Abs. 3 Z 5 lit. b).

Abs. 3:

Die Zustellungsbevollmächtigten jener Wählergruppen, die berechtigt sind einen Besetzungsvorschlag einzubringen, können der HWK der WKÖ jedoch auch mitteilen, dass sich ihre Wählergruppe mit einer anderen Wählergruppe für die Besetzung der Spartenvertretung vereinigt und diese vereinigte Wählergruppe einen Besetzungsvorschlag einbringt oder dass die Wählergruppe einzelne Mandate oder alle Mandate die sie bei der Urwahl erreicht, einer oder mehreren anderen Wählergruppe(n) zurechnen lässt. Eine solche Mitteilung einer Wählergruppe hat bis spätestens eine Woche vor dem ersten möglichen Wahltag zu erfolgen.

Abs. 4:

Siehe dazu die erläuternden Bemerkungen zu § 101 Abs. 4 und 10 bis 11. Die Minderheitenmandate für eine Spartenvertretung werden jedoch bereits bei einem Prozentsatz von fünf Prozent der Mandate bzw. mehr als neun Prozent der Mandate erreicht.

Zu Z 97 (§ 110 - Bestellung weiterer Mitglieder der Spartenkonferenz der Bundeskammer)

Siehe dazu die erläuternden Bemerkungen zu § 102.

Zu Z 98 § (111 - Wahl des Spartenobmannes der Bundeskammer und seiner Stellvertreter)

Siehe dazu die erläuternden Bemerkungen zu § 103.

Zu Z 99 (§ 112 - Bestellung weiterer Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes der Bundeskammer)

Siehe dazu die erläuternden Bemerkungen zu § 104.

Zu Z 100 (§ 113 - Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten der Bundeskammer)

Siehe dazu die erläuternden Bemerkungen zu § 105.

Zu Z 101 (§ 114 - Bestellung weiterer Mitglieder des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer)

Siehe dazu die erläuternden Bemerkungen zu § 106.

Zu Z 102 (§ 115 - Wahl und Besetzung von Organen und Mitgliedern von Kollegialorganen während der Funktionsperiode):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 114.

**Zu Z 103 (§ 116 - Wahl der Berufsgruppenausschüsse):
Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 116.****Zu Z 104 (§ 117 - Bestellung des Kontrollausschusses und Wahl des Obmannes)**

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 115.

Zu Z 105 (§ 118 - Bestellung der Mitglieder der Regionalstellenausschüsse und Wahl des Regionalstellenobmannes)

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 119.

Zu Z 106 (§ 119 - Verlautbarung von Wahlangelegenheiten):

Bisher war im Wirtschaftskammergesetz nur angeordnet, dass Wahl- und Besetzungsvorschläge, Ergebnisse von Wahlen, die Wählerlisten u.a.m. zu verlautbaren sind. Nunmehr trifft das Gesetz eine Aussage, wie diese Verlautbarung zu erfolgen hat.

Zu Z 107 (§ 120 - Wahlschutz):

Zur Klarstellung wurde eine bereits im ehemaligen Handelskammergesetz enthaltene Bestimmung, wonach Wahlen (Besetzungen) der Wirtschaftskammerorganisation den Bestimmungen des Strafgesetzbuches unterliegen, wieder in das Gesetz aufgenommen.

Zu Z 108 (§ 121 - Finanzierung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 121.
Das bisher im § 12 normierte Bedarfsdeckungsprinzip wurde nunmehr inhaltsgleich im ersten Satz des zweiten Absatzes geregelt.

Zu Z 109 (§ 122 - Kammerumlagen):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 122.
Abs. 1:
Aufgrund des WKG 1998 ist die Kammerumlage 1 (KU 1) nach der Z 1 von jenen Beträgen zu berechnen, die aufgrund der an das Kammermitglied für dessen Unternehmen von anderen Unternehmern erbrachten Lieferungen oder sonstigen Leistungen vom anderen Unternehmer, ausgenommen aufgrund von Geschäftsveräußerungen, als Umsatzsteuer geschuldet werden. Hat ein Kammermitglied im

Inland Lieferungen oder sonstige Leistungen für seine ausländischen (rechtlich unselbständigen) Unternehmensteile bezogen, so war die für diese Lieferungen und sonstige Leistungen geschuldete Umsatzsteuer gemäß der Z 1 Berechnungsgrundlage für die KU 1. Hätte das Kammermitglied dieselben Leistungen für seine ausländische (rechtlich selbständige) Tochtergesellschaft bezogen, so wäre dies umlagenrechtlich irrelevant gewesen. Um diese Ungleichbehandlung zu vermeiden, soll die Bemessungsgrundlage nach der Z 1 nur mehr jene Beträge umfassen, die aufgrund der an das Kammermitglied für dessen inländische Unternehmensteile von anderen Unternehmern erbrachten Lieferungen oder sonstigen Leistungen von anderen Unternehmer, ausgenommen aufgrund von Geschäftsveräußerungen, als Umsatzsteuer geschuldet werden.

Erbringen ausländische Unternehmer sonstige Leistungen der in § 3a Abs. 10 UmsatzsteuerG 1994 genannten Art (sogenannte Katalogleistungen) oder Vermittlungsleistungen an einen inländischen Unternehmer, so wird die Umsatzsteuer gemäß § 19 Abs. 1 UStG vom Leistungsempfänger geschuldet (sogenanntes reverse charge - System). Diese Leistungen sind daher ohne Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen, der österreichische Leistungsempfänger hat die Leistungsschuld selbst zu ermitteln. Das WKG 1998 stellt ausschließlich auf die vom Unternehmer der Vorstufe geschuldete Umsatzsteuer ab und hat somit diese Fälle des Übergangs der Steuerschuld versehentlich nicht berücksichtigt. Beträge einer übergegangenen Umsatzsteuerschuld waren daher systemwidrigerweise nicht Bemessungsgrundlage für die KU 1. Nach der neueingefügten Z 2 sind auch jene Beträge Bemessungsgrundlage der KU 1, die aufgrund der an das Kammermitglied für dessen Unternehmen von anderen Unternehmern erbrachten Lieferungen oder sonstigen Leistungen nach dem reverse - charge - System als Umsatzsteuerschuld übergehen. Der Hebesatz der KU 1 wurde bislang vom Kammertag in einem Tausendsatz der Bemessungsgrundlage festgesetzt; der Tausendsatz durfte höchstens 4,3 vT betragen. Das Umlagenaufkommen war gemäß dem zweiten Satz des Abs. 6 im Verhältnis 12:13 zwischen den Landeskammern und der WKÖ aufzuteilen. Um die Flexibilität der Landeskammern und der WKÖ bei der Erreichung der vom Kammertag beschlossenen Einsparungsziele zu erhöhen, soll der bislang einheitliche Hebesatz gesplittet werden. Er beträgt 1,3 vT für die WKÖ und für alle Landeskammern einheitlich 1,9 vT der Bemessungsgrundlage.

Der Hebesatz beträgt statt bisher höchstens 4,3 vT mit Inkrafttreten dieser Bestimmung am 1.1.2004 (Art. III § 2 der Novelle) in Summe höchstens 3,2 vT. Bis zu diesem Zeitpunkt beträgt der Tausendsatz für die WKÖ 2,2 vT und für alle Landeskammern einheitlich 2,1 vT.

Abs. 2:

Die Novelle vermeidet Bezugnahmen auf bestimmte Sektionen. In der Z 2 wird daher der Hinweis auf die Sektion Bank und Ver -

sicherung gestrichen. Der Begriff „Versicherer“ wird durch den moderneren „Versicherungsunternehmen“ ersetzt. Der bislang höchst zulässige Hebesatz von 0,55 vT der Bemessungsgrundlage nach der Z 2 wird mit 1.1.2004 (Art. III § 3) auf 0,41 vT abgesenkt. Da § 122 Abs. 6 zweiter Satz, der anordnet, wie das Umlagenaufkommen zwischen den Landeskammern und der WKÖ aufzuteilen ist, gestrichen wird, und der Hebesatz gemäß Z 2 nicht wie jener nach Abs. 1 geteilt wird, war für die Aufteilung des Umlagenaufkommens gemäß Z 2 vorzusorgen. Es soll im Verhältnis der für das jeweilige Erhebungsjahr geltenden Hebesätze gemäß Abs. 1 zwischen der WKÖ und den Landeskammern aufgeteilt werden.

Abs 6:

Der zweite Satz, der die Aufteilung des Umlagenaufkommens im Verhältnis 12:13 zwischen den Landeskammern und der WKÖ anordnet hat, ist aufgrund der Teilung des KU 1 - Hebesatzes gemäß Abs. 1 hinfällig und soll daher entfallen. Die Aufteilung des Umlagenaufkommens gemäß § 122 Abs. 2 Z 2 wurde in der Z 2 eigens geregelt.

Abs 7:

Der höchst zulässige Hebesatz der Landeskammer für die Kammerumlage nach § 122 Abs. 7 (KU 2) wird, um die Umlagenbelastung für die Mitglieder zu reduzieren, von 0,32 vH auf 0,29 vH abgesenkt. Die abgesenkten Hebesätze gelten gemäß Art. III § 4 ab dem 1.1.2004.

Bemessungsgrundlage der KU 2 ist die Beitragsgrundlage nach § 41 FamilienlastenausgleichsG 1967. Gemäß § 43 FamilienlastenausgleichsG 1967, der auf die KU 2 sinngemäß anzuwenden ist, iVm § 57 Abs. 2 der Bundesabgabenordnung ist das Finanzamt der Betriebsstätte für die Angelegenheiten der KU 2 örtlich zuständig. Wird etwa die Lohn- und Gehaltsverrechnung eines Kammermitgliedes für alle Betriebsstätten einheitlich an einem Standort durchgeführt, kann es aufgrund dieser Bestimmung zu einem im Verhältnis zur Summe der Arbeitslöhne der Arbeitnehmer der Mitglieder der einzelnen Landeskammern ungleichgewichtigen Aufkommen aus der KU 2 kommen. Die Novelle ordnet für diese Fälle einen kammerinternen Ausgleich dieses ungleichgewichtigen Umlagenaufkommens an. Die näheren Bestimmungen hat gemäß § 129 Abs. 1 die Umlagenordnung zu treffen.

Abs 8:

Der höchst zulässige Hebesatz der WKÖ aufgrund der Bemessungsgrundlage nach § 122 Abs. 7 wird, um die Umlagenbelastung für die Mitglieder zu reduzieren, von 0,23 vH auf 0,15 vH abgesenkt. Der abgesenkte Hebesatz gilt gemäß Art. III § 5 ab dem 1.1.2004.

Zu Z 110 (§ 123 - Grundumlagen):

Bei Fachvertretungen diene die Grundumlage gemäß Abs. 1 Z 1 bislang zur pauschalen Bedeckung der durch sonstige Erträge nicht gedeckten Kosten der Landeskammer, die ihr durch die Vertretung der Interessen der betreffenden Fachverbandsmit-

glieder erwachsen. Im Sinne der Kostentransparenz und der Kostenwahrheit soll künftig der tatsächliche und nicht der pauschale Aufwand durch die Grundumlagen bedeckt werden. Nach dem geltenden Recht ist der zur Bedeckung der Aufwendungen der Fachverbände erforderliche Anteil an den Grundumlagen von den Ausschüssen der Fachverbände vorzuschlagen und durch das Präsidium der WKÖ im Einvernehmen mit den Präsidien der Landeskammern unter Bedachtnahme auf die Belastungsfähigkeit der zahlungspflichtigen Unternehmungen bis zum 31. August eines jeden Jahres für das kommende Jahr festzusetzen. Kann bis zu diesem Termin das Einvernehmen nicht hergestellt werden, so entscheidet der Vorstand der WKÖ. Dieses aufwendige und langwierige Fachverbandsanteilsverfahren soll aufgrund der Novelle entfallen.

Satt dessen sollen die Fachverbandsausschüsse selbst über die Höhe des zur Bedeckung ihrer Aufwendungen erforderlichen Anteils an den Grundumlagen beschließen. Bei der Neuregelung war für jene Fälle Vorsorge zu treffen, in denen nicht alle Fachgruppen im entsprechenden Fachverbandsausschuss vertreten sind. Daher wurden durch den neu eingefügten Abs. 2 zur Beratung der Höhe der Fachverbandsanteile an den Grundumlagen bei den Fachverbänden eigene Ausschüsse (sogenannte Grundumlagenausschüsse) eingerichtet. Den einzelnen Ausschüssen gehören die Mitglieder des Ausschusses des jeweiligen Fachverbandes sowie die Vorsteher der entsprechenden Fachgruppen und die Vorsitzenden der jeweiligen Fachvertreter an. Der Grundumlagenausschuss ist berechtigt, mit der Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen Beschlüsse über die Höhe des Anteils des Fachverbandes an den Grundumlagen zu fassen. Dieser Beschluss gilt als Antrag an den zur Beschlussfassung gemäß Abs. 3 berufenen Fachverbandsausschuss. Liegt kein derartiger Antrag des Grundumlagenausschusses an den Fachverbandsausschuss vor oder soll ihm nicht entsprochen werden, entscheidet an Stelle des Fachverbandsausschusses das Erweiterte Präsidium der WKÖ. Dasselbe soll gelten, wenn der Fachverbandsausschuss nicht termingerecht über die Höhe der Fachverbandsanteile Beschluss gefasst hat. Den Wünschen der Praxis entsprechend wurde diese Entscheidungsfrist des Fachverbandsausschusses vom 31. August auf den 15. September erstreckt. Dieses Verfahren der Beschlussfassung über die Fachverbandsanteile an den Grundumlagen ist gemäß Art. III § 6 erstmalig für das Haushaltsjahr 2003 anzuwenden. Über die Grundumlage beschließt wie bisher die Fachgruppentagung. Diesem Beschluss ist der vom Fachverbandsausschuss (allenfalls vom Erweiterten Präsidium der WKÖ) beschlossene Fachverbandsanteil an der Grundumlage zu Grunde zu legen. Bei Fachvertretungen hat das Präsidium der Landeskammer bei der Beschlussfassung über die Grundumlage nach dem geltenden Recht die Fachvertreter zu hören. Dem Beschluss des Kammertages vom 30.11.2000 entsprechend sieht die Novelle vor, dass nunmehr das Einvernehmen mit den jeweiligen Fachvertretern herzustellen ist. Hinsichtlich der Besonderheiten des Verfahrens

bei der Erhöhung von Grundumlagen wird auf § 61 Abs. 1 und die entsprechenden Erläuterungen verwiesen.

Der Beschluss der Fachgruppentagung über die Grundumlage bedarf der Genehmigung des Präsidiums der Landeskammer. Bislang war diese Genehmigung zu erteilen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt waren. Aufgrund der Novelle hat das Präsidium der Landeskammer das Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen, die neben dem Wirtschaftskammergesetz etwa auch die aufgrund des Gesetzes ergangenen Verordnungen sowie die im jeweiligen Zusammenhang verbindlichen Organbeschlüsse umfassen. Ein ordnungsgemäß gefasster und genehmigter Grundumlagenbeschluss bleibt, sofern er nicht zeitlich beschränkt wurde, bis zu einer Abänderung durch die Fachgruppentagung in Geltung.

In Entsprechung des Beschlusses des Kammertages ordnet die Novelle ab dem 1.1.2004 den Entfall der Landeskammeranteile an den Grundumlagen an. Die diesbezüglichen Bestimmungen des Abs. 4 treten daher mit diesem Zeitpunkt außer Kraft. Bis dahin ist es Aufgabe der zuständigen Organe, den Landeskammeranteil an der Grundumlage schrittweise aufzuheben. Derzeit sind die Bemessungsgrundlagen für die Grundumlage auch innerhalb einer Branche äußerst heterogen. Dies erhöht nicht nur die Kosten der Umlagenentrichtung für Unternehmen, die in mehreren Landeskammern Mitglied sind und erschwert gleichzeitig den Vollzug ohne die zuständigen Kammerdienststellen; es widerspricht aber auch dem Grundsatz der Transparenz des Finanzierungssystems. Abs. 8a ordnet an, dass die Bemessungsgrundlage(n) der Grundumlage je Fachverband und den ihm entsprechenden Fachgruppen und Fachvertretungen einheitlich zu sein hat (haben). Die einheitliche Bemessungsgrundlage(n) ist (sind) vom Fachverbandsausschuss im Einvernehmen mit den Fachgruppen und Fachvertretern zu beschließen. Kann das Einvernehmen über die einheitliche Bemessungsgrundlage(n) nicht hergestellt werden, entscheidet subsidiär das Erweiterte Präsidium der WKÖ. Die Einheitlichkeit der Bemessungsgrundlage(n) der Grundumlage je Fachverband und den ihm entsprechenden Fachgruppen und Fachvertretungen ist gemäß Art. III § 8 bis spätestens 1.1.2007 herzustellen.

Die demonstrative Aufzählung der möglichen Bemessungsgrundlagen für die Grundumlage in Abs. 8 Z 1 wurde um die Anzahl der Betriebsstätten oder der Berechtigungen erweitert. Durch die Streichung der Verweise auf Abs. 7 Z 2 des geltenden Rechts in Abs. 9 des geltenden Rechts stellt die Novelle klar, dass die Rechtsformstaffelung zum Tragen kommt, wenn die Grundumlage in einem festen Betrag festgesetzt ist. Das gilt auch dann, wenn dieser feste Betrag etwa je Betriebsstätte oder je Berechtigung zu entrichten ist.

Die vom Kammertag beschlossene Beitragssenkung findet in der Absenkung der in Abs. 10 genannten Höchstbeträge ihren Niederschlag: Wird die Grundumlage in einem Tausendsatz von der Bruttolohn- und -Gehaltssumme oder in einem Tausendsatz von der Umsatzsumme festgesetzt, so darf sie aufgrund der Novelle

nicht mehr als 10 vT statt bisher 15 vT der Brutto - Lohn - und Gehaltssumme bzw. nicht mehr als 4 vT statt bisher 5 vT der Summe der Gesamtumsätze betragen; bei allen anderen variablen Bemessungsgrundlagen und bei Kombination der Varianten nach Abs. 8 Z 1 und Z 2 darf die Grundumlage nicht mehr als 4 vT statt bisher 5 vT der Summe der Gesamtumsätze betragen. Zur Klarstellung spricht die Novelle in Abs. 10 statt „Umsatz - summe“ von "Summe der Gesamtumsätze“, wobei sich die Umsätze auf jeweils eine Mitgliedschaft beziehen.

Zu Z 111 (§ 125 - Gebühren für Sonderleistungen Gebührenver - ordnung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 125.

Zu Z 112 (§ 127 - Vorschreibung und Einhebung der Grundumlage und der Gebühren für Sonderleistungen):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 127. Da der Anteil der Landeskammern an den Grundumlagen entfällt und mit diesem Anteil auch die Kosten der Landeskammer für die Vorschreibung und Einhebung der Grundumlage abgegolten waren, wurde nunmehr die Möglichkeit vorgesehen, dass den Landes - kammern eine Vergütung für diese Tätigkeiten gewährt wird. Die Vergütung ist in der Umlagenordnung zu regeln und darf drei Prozent der eingehobenen Beträge nicht übersteigen.

Zu Z 113 (§ 128 - Feststellung der Umlagenpflicht bei Grundum - lagen und bei Gebühren für Sonderleistungen):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 128. Inhaltlich musste die Bestimmung wegen des Entfalls der Ein - tragungsgebühr adaptiert werden.

Zu Z 114 (§ 129 - Umlagenordnung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 129.

Zu Z 116 (§ 131 - Gebarungsgrundsätze):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 131.

Zu Z 117 (§ 132 - Jahresvoranschlag und Rechnungsabschluss):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 132.

Abs. 2:

Das Erweiterte Präsidium der Landeskammer und der WKÖ kann die Zustimmung zu einem Voranschlag einer Fachgruppe (eines Fach - verbandes) verweigern, wenn die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Zu den rechtlichen Voraussetzung zählen jedenfalls Bestimmungen des WKG und Bestimmungen, die in Satzungen enthalten sind; auch die Beschlüsse von Organen (Präsidium, Erweitertes Präsidium, Wirtschaftsparlament) sind als solche zu qualifizieren, sofern sie diesbezügliche In - halte, wie Richtlinien und dergleichen, enthalten.

Abs. 5:

Die Verpflichtung zur Erstellung eines Nachtragsvoranschlages entfällt, wenn der Mehraufwand durch Mehrerträge, die mit dem

Mehraufwand in unmittelbarem Zusammenhang stehen oder durch die Auflösung von Rücklagen gedeckt werden kann.

Abs. 6:

Der Termin bis zu dem die Fachverbände und die Landeskammern ihren Rechnungsabschluss der WKÖ zur Genehmigung bzw. zur Weiterleitung an das Bundesministerium vorzulegen haben, wurde vom 31. Mai auf 15. Juni verschoben.

Zu Z 118 (§ 133 - Haushaltsordnung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 133.

Zu Z 120 (§ 135 - Gebarungskontrolle):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 135.

Abs. 1:

Die Kompetenz des Kontrollausschusses zur Prüfung der Gebarung, wurde auf ausgegliederte Rechtsträger der WK - Organisation und auf solche Rechtsträger bei denen Organisationen der gewerblichen Wirtschaft mit mindestens 50 Prozent beteiligt sind, ausgedehnt. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass dies die für diese Rechtsträger maßgeblichen Rechtsvorschriften zulassen.

Zu Z 121 (§ 138 - Parteistellung):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 138.

Zu Z 122 (§ 139 - Schiedsgerichtsbarkeit):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 139.

Zu Z 123 (§ 141 - Genehmigung und Verlautbarung von Satzungen)

Die bisher in den verschiedenen Paragraphen enthaltenen Bestimmungen über die Genehmigung bzw. Verlautbarung von Satzungen wurden zu einer einheitlichen Bestimmung zusammengezogen (bisher §§ 13 Abs. 6, 55 Abs. 2, 65 Abs. 6, 74, 125, 129, 133 und 139 Abs. 3).

Abs. 3:

Die Kontrollausschussordnung, die Pensionsfondsordnung und die Dienstordnung waren schon bisher genehmigungspflichtige Verordnungen (Satzungen). Aus Gründen der Rechtssicherheit ist dies künftig auch die Wahlordnung sowie die Fachorganisationsordnung (FOO). Die FOO war bisher eine Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit.

Zu Z 124 (§ 146 - Stempel - und Rechtsgebühren):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 146.

Klargestellt wurde, dass Stimmrechtsübertragungen gemäß § 62 Abs. 2 von Stempelgebühren befreit sind.

Zu Z 125 (§ 149 - Weitergeltung von Rechtsvorschriften):

Entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 149.

Die bisherigen Abs. 3, 5 und 6 wurden als überholt aufgehoben.